

# fonction publique

**CGFP**  
Organe de la Confédération Générale  
de la Fonction Publique

numéro 266  
juillet 2020  
52<sup>e</sup> année  
paraît 4 fois par an

CGFP-Nationalvorstand

## Soziale Krise abwenden

Im Herbst steht eine weitere Tripartite-Runde bevor. Kurz vor der Sommerpause hat sich der CGFP-Nationalvorstand diesbezüglich mit einer klaren Botschaft zu Wort gemeldet. Die Regierung müsse sich dazu verpflichten, bis zu den kommenden Parlamentswahlen keine Entscheidungen zu treffen, die sich in irgendeiner Weise negativ auf die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger auswirken.

Jetzt gelte es, alle erdenklichen Anstrengungen zu unternehmen, um eine verheerende soziale Krise abzuwenden. Von diesem Standpunkt aus betrachtet seien Steuererhöhungen und Verschlechterungen bei den Sozialleistungen das falsche Mittel. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Ungewissheit würden sich die verunsicherten Menschen nach Planungssicherheit sehnen.

Im Rahmen einer Pressekonferenz am vergangenen 14. Juli zogen die CGFP-Vertreter eine Parallele zur Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008-2009. In den kommenden Wochen würde sich abzeichnen, ob aus der damaligen finanziellen Schiefelage die richtigen Lehren gezogen worden seien. Damals habe die Politik versprochen, die Steuerzahler nicht zur Rettung der Banken zusätzlich zu belasten. Im Endeffekt sei dieses Versprechen jedoch nicht eingelöst worden.

Auch wenn nach einer zehnjährigen Unterbrechung endlich wieder ein Dreiertreffen zwischen der Regierung und den Sozialpartnern stattfand, gebe es aus Sicht der CGFP keinen Grund zum Jubeln, hieß es



weiter. Die nächste Tripartite im Herbst dürfe nicht nur auf das Thema Beschäftigung fokussiert sein.

Ein weiterer Kritikpunkt betraf die mangelnde Wertschätzung gegenüber der Berufskammer aller öffentlich Bediensteten bei der Begutachtung von Gesetzentwürfen. In diesem Zusammenhang wurde ein geharnischter Beschwerdebrief an Staatsminister Xavier Bettel verschickt.

Viel Kritik prasselte unterdessen auf Marc Hansen. Der konfliktfreundige Beamtenminister habe im Zusammenhang mit der Exit-Strategie beim Staat beinahe alle CGFP-Vorschläge ohne schriftliche Stellungnahme von der Hand gewiesen. Diesen nie da gewesenen Affront werde die CGFP nicht auf sich sitzen lassen.

*Lesen Sie dazu unseren ausführlichen Bericht auf Seite 5*



### Ungeschicktes politisches Manöver

Im Rahmen einer Parlamentsdebatte zur Polizeireform preschte die CSV im Mai mit einer Motion vor, die EU-Bürgern den Beitritt in den Polizeidienst ermöglichen soll. Bei diesem parlamentarischen Trauerspiel schienen Mehrheit und Opposition gemeinsame Sache zu machen. Zudem wurden kühne Behauptungen aufgestellt, die jeglicher Wahrheit entbehren. Es ist höchst bedauerlich, dass die Politik, ohne vorherige Rücksprache mit der CGFP, so leichtfertig mit diesem hochsensiblen Thema umging. Bevor eine weitere Öffnung des Staatsdienstes für EU-Bürger ins Auge gefasst wird, müssen nach Ansicht der CGFP konkrete Alternativen geprüft werden.

*Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 12 und 13*



### Grundrechte in Corona-Zeiten

Die beiden Covid-19-Gesetze, die im Juni den Corona-Sondermaßnahmen eine gesetzliche Basis verschafft haben, wurden ohne Meinungsaustausch mit den Sozialpartnern ausgearbeitet. Dies bewog die CGFP dazu, als Erste die Regierung davor zu warnen, nicht übers eigentliche Ziel hinauszuschließen. Die Grundrechte und -freiheiten aller Bürger dürften nicht langfristig eingeschränkt werden, so die Mahnung. Dank ihrer Standhaftigkeit gelang es der CGFP, eine Gewerkschaftsfront aufzubauen und somit eine folgenreiche Debatte anzustoßen. Die angepassten Gesetzestexte wiesen weiterhin Mängel auf. Dennoch konnten bereits viele Schwachstellen behoben werden.

*Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 8 und 9*



### Unbequeme Fragen zur Rentrée

Nach anfänglichem Zögern lenkte die Regierung auf Druck der Gewerkschaften ein und rief am vergangenen 3. Juli eine Tripartite ein. Das von manchen Kritikern abfällig als „Kaffiskränzchen“ bezeichnete Kriseninstrument feierte somit nach einer zehnjährigen Unterbrechung ein gelungenes Comeback. Die CGFP begrüßt es, dass sich Regierung und Sozialpartner in einem konstruktiven Klima auf eine Reihe von Maßnahmen geeinigt haben. Eine davon betrifft den öffentlichen Dienst, in dem weiter eingestellt wird. Bei der im Herbst anstehenden Dreierunde darf die Regierung jedoch nicht erneut einen großen Bogen um heikle Themen wie die Sozialversicherung und die Steuerreform schlagen.

*Mehr zu diesem Thema auf Seite 6*

PERIODIQUE

POST  
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:  
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ  
PS/141



# L'évasion est proche

**LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:**

**Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger**

**Voyages organisés**

**Billets d'avion, de train et de bateau**

**Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier**

**Tarif spécial pour membres CGFP**

**OUVERT  
LE SAMEDI MATIN**



## LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg  
Tél. 47 00 47 -1 • Fax 24 15 24 • e-mail: [info@luxvoyages.lu](mailto:info@luxvoyages.lu)  
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

## Sozialdialog „reloaded“

Auch wenn zu Beginn der Corona-Krise, die noch längst nicht überstanden ist, der Motor des Sozialdialoges nicht anspringen wollte, so ist es durch beharrliches Einwirken der Gewerkschaften schlussendlich doch zu einer ersten Tripartite-Runde gekommen.

Ohne den unermüdbaren Einsatz der Arbeitnehmervertreter wäre dies ein Ding der Unmöglichkeit gewesen.

Obwohl in der ersten Sitzung nur ein einziges, wenn auch sehr wichtiges Thema, nämlich die Beschäftigung, auf der Tagesordnung stand, so wird die Regierung nicht umhinkommen, im Herbst bei einer zweiten Verhandlungsrunde, über andere essenzielle Themen, wie die Steuerreform, den Kaufkraftverlust, die Sozialversicherung, usw., zu diskutieren.

Die jüngsten Entwicklungen machen eines ganz deutlich: Die sanitäre Krise bleibt uns erhalten. Trotz zahlenmäßig übertriebener Pressekonferenzen, des Öfteren ohne irgendeinen Mehrwert, fehlt es den Regierungsaussagen ganz oft an der nötigen Transparenz.

Dennoch ist es zu diesem Zeitpunkt unerlässlich, die von der Regierung vorgegebenen sanitären Regeln im Interesse aller Bürger einzuhalten.

Dinge, die in der aktuellen Lage keinen Sinn ergeben (z.B. eine Schueberfouer im Kleinformat über ganz Luxemburg-Stadt verteilt) sollten tunlichst vermieden werden.

Hier wäre gerade jetzt der gesunde Menschenverstand gefragt, konsequentes und für jeden verständliches Handeln von den politischen Entscheidungsträgern sollte das Maß aller Dinge sein.

Darüber hinaus bleibt das ganze Ausmaß der Corona-Krise schwer abzuschätzen. Im kommenden Herbst

wird dies aller Voraussicht nach etwas konkreter sein.

Auch wenn derzeit noch vieles vage ist und man nur spekulieren kann, wie es in ein paar Wochen aussehen mag, so steht etwas außer Zweifel: Nach der sich aus der sanitären Krise entwickelnden Wirtschaftskrise darf es auf keinen Fall zu einer sozialen kommen.

Die steigenden Arbeitslosenzahlen bereiten jetzt schon Sorgen. Arbeitsverträge auf bestimmte Zeit werden immer häufiger zur Regel – was es besonders jungen Berufseinsteigern schwer macht, sich eine Existenz aufzubauen – Konkurse werden immer häufiger, Lebensgrundlagen in beachtlichem Maße infrage gestellt. Rosige Zeiten sehen anders aus.

Gerade hier sind alle Sozialpartner gefordert, gemeinsam mit der Regierung, Lösungsansätze zu suchen, um die Folgen einer solchen Lage bestmöglich abzufedern.

Fakt ist, dass ein starker Staat in einer solchen Lage von größter Wichtigkeit ist. Ohne die Anstrengungen im Privatsektor schmälern zu wollen, hat sich gezeigt, dass ein gut funktionierender öffentlicher Dienst, Staat und Gemeinden inbegriffen, wesentlich dazu beigetragen hat, die Zeit des „Lockdown“ so gut wie nur möglich zu bewältigen.

Die öffentliche Hand hilft, wo sie nur kann. Wenn auch nicht augenblicklich, so wird sich dennoch in absehbarer Zeit die Frage stellen, wer dies alles finanzieren soll.

Damit es überhaupt zu einem wirtschaftlichen Wiederaufschwung kommen kann, dürfen auf keinen Fall Steuererhöhungen für natürliche Personen ins Auge gefasst werden.

In diesem Zusammenhang werden Erinnerungen an die Bankenkrise im Jahr 2008 wach: Damals hatten Re-

gierungsmitglieder behauptet, der Steuerzahler müsse nicht für die Rettung einiger Banken geradestehen (LW 30/9/2008).

Die betroffenen Regierungen hatten damals keinen Spielraum. Alternativen zu den Rettungsaktionen gab es nicht.

Und die CGFP war, ganz zu Recht, sehr skeptisch in Anbetracht solcher Aussagen der politischen Entscheidungsträger.

Die darauffolgenden Jahre zeigten eindeutig, dass die Bürger sehr wohl zur Kasse gebeten wurden. Realistischerweise ist auch diesmal davon auszugehen, dass im Endeffekt der „normale“ Steuerzahler Gefahr läuft, die Zeche zu zahlen. Das Ganze in sehr hohem Maße.

Dies wird noch klarer, wenn man die jüngsten Aussagen der Entscheidungsträger der Handelskammer hört, laut denen die Unternehmen mit „Steueransätzen, die unter dem OECD-Durchschnitt lägen“, steuerlich begünstigt werden müssten.

Darüber hinaus gibt es lukrative Aktivitäten, die fast gänzlich steuerfrei sind.

Hierzu gehören zweifellos ganz besonders die „Fonds d'investissement spécialisés“ (FIS), die es in einem solchen Ausmaß überhaupt nicht geben dürfte.

Hier besteht auch weiterhin ein enormer Handlungsbedarf. Diese FIS lassen jegliche Beschränkungen hinsichtlich der Aktiva, in die investiert werden darf, vermissen.

Bezüglich dieser Fonds steht im Regierungsprogramm Folgendes zu lesen: „Le Gouvernement veillera à contrecarrer les abus issus de l'utilisation du régime fiscal applicable aux SICAV-FIS dans le secteur immobilier au Luxembourg“. Eine ganz klare Bot-

schaft, die besagt, dass hier wirkliche Missstände bestehen. Diese gilt es zu bekämpfen, gerade jetzt.

Und hier geht es nicht um Kleinigkeiten. Einige Hundert MILLIARDEN Euro sind bereits in diesen Fonds von „gut informierten“ Investoren angelegt worden.

Und auch wenn ich mich wiederhole: Diese Fonds sind von allen traditionellen Steuerarten befreit, die „taxe d'abonnement“ einmal ausgenommen.

Gleiches gilt für die von den FIS ausgeschütteten Dividenden, die sogar von der Quellensteuer verschont bleiben.

Zinszahlungen sind bis zu einem jährlichen Betrag von 1.500 Euro steuerbefreit. Seit dem 1. Januar 2017 wird jeder weitere Cent der Ersparnisse eines in Luxemburg wohnhaften Verdieners mit einer Quellensteuer von 20 Prozent belegt. Derzeit tendieren die Zinserträge gegen null oder sie sind sogar negativ. Die Inflation frisst zudem das Ersparte auf. Angesichts dieser Tatsache, kann hier keinesfalls von einer Steuergerechtigkeit die Rede sein.

In Krisenmomenten, wie wir sie gerade erleben, vergrößern solche steuerliche Instrumente bestehende Ungleichheiten erheblich.

Auch wenn wir Gewerkschaften die Steuerreform nicht ausarbeiten – dies ist Aufgabe der Regierung – so ist eines glasklar: Es ist politischer Mut gefordert. Gerade jetzt ist der Moment für mehr Steuergerechtigkeit gekommen.

Damit nicht erneut der „normale“ Steuerzahler die ganze Zeche zahlen muss!

Wir lassen jedenfalls nicht locker!

**Romain Wolff**  
CGFP-Nationalpräsident

Konstituierende Sitzung der Berufskammer der öffentlich Bediensteten (Chfep)

## Romain Wolff als Chfep-Präsident bestätigt

Die aus den Sozialwahlen vom vergangenen März hervorgegangene Berufskammer aller öffentlich Bediensteten (von Staat, Gemeinden und öffentlichen Einrichtungen) hat am vergangenen 25. Juni ihre konstituierende Sitzung abgehalten.

In seiner Begrüßungsansprache wies Beamtenminister Marc Hansen auf die schwierigen Bedingungen hin, unter denen die Berufskammerwahlen während der Corona-Krise stattfanden. Trotz dieser außergewöhnlichen Situation habe die Regierung es für wichtig empfunden, an diesem demokratischen Prozess festzuhalten. Ein großer Dank ging an all diejenigen, die mit einem Kraftakt dazu beigetragen haben, dass diese Wahlen wie geplant abgehalten werden konnten. Zudem bedankte sich der Minister bei den Kandidaten, die sich dazu bereit erklärt hatten, mit viel Engagement für Andere einzutreten.

Nach den einführenden Worten des Ministers wurde aufgrund von Artikel 23 des Gesetzes über die Berufskammern die Zusammensetzung des neuen Kammerbüros der Chfep bestimmt. Einstimmig wurde Romain Wolff für eine zweite Amtszeit als Präsident wiedergewählt. Auch Gilbert Goergen, der im Oktober 2018 den aus beruflichen Gründen zurückgetretenen Claude Heiser abgelöst



Beamtenminister Marc Hansen, umgeben von Kammerpräsident Romain Wolff, Vizepräsident Gilbert Goergen sowie den beiden Assessoren Mona Guirsch und Marco Thomé.

hatte, wurde als Vizepräsident bestätigt. Zudem wurden Mona Guirsch und Marco Thomé für fünf weitere Jahre zu Assessoren berufen.

Nach den getrennten Wahlgängen vermittelte der Minister den Anwesenden auch einige politische Botschaften. Angesichts der rasanten Digitalisierung sei es an der Zeit, eine modernere, innovative Wahlprozedur in Erwägung zu ziehen. Ferner rief der Minister die Chfep dazu auf, ihm Vorschläge über die künftige Zusammensetzung der Berufskammer zu unterbreiten. Im Zuge

der neu entstandenen Laufbahnen sei diese Reform längst überfällig.

Stellvertretend für das neugewählte Kammerbüro dankte Präsident Romain Wolff der Plenarversammlung nach der Wahl für das erneute Vertrauen. Aufgrund der Covid-19-Verhaltensregeln finde die konstituierende Sitzung dieses Mal ausnahmsweise nicht in den Räumlichkeiten der Chfep statt. Bei der Suche nach einem geeigneten Ersatzort habe Minister Hansen die Handelskammer vorgeschlagen. Dabei handele es sich um eine Premiere,

die sich jedoch so schnell nicht mehr wiederholen werde, so Wolff.

Im Interesse aller öffentlich Bediensteten und deren Angehörigen gelte es, die fruchtbare Zusammenarbeit der vergangenen Jahre fortzusetzen, fuhr der Redner fort. Mit ihren fundierten Gutachten zu zahlreichen Gesetzentwürfen und -vorschlägen habe die Berufskammer ihr Arbeitspensum wesentlich erhöht. Allein in den letzten beiden Jahren seien rund 250 Gutachten ausgearbeitet worden, was eine rekordverdächtige Zahl darstelle.

Mit Bedauern stellte Romain Wolff jedoch fest, dass die Regierung es bei wichtigen Angelegenheiten manchmal nicht für nötig halte, die Berufskammern zu konsultieren. Falls erforderlich schreibe die Chambre des fonctionnaires et employés publics nicht davor zurück, aus eigener Initiative tätig zu werden und – wie neulich bei den beiden ersten umstrittenen Covid-19-Gesetzentwürfen – öffentlich Stellung zu beziehen.

Anschließend pflichtete der Redner dem Minister bei, dass im Laufe dieser Amtsperiode eine Reform zur Aufteilung der Chfep-Mandate in Angriff genommen werde. Nach Abschluss der Arbeiten werde die Berufskammer aller öffentlich Bediensteten diesbezüglich eine Reihe von Vorschlägen unterbreiten.

ml



**Bâloise**  
Assurances

# MOINS CHER MAIS PAS MOINS COUVERT

**SOLDE  
RESTANT  
DÛ**

Votre assurance solde  
restant dû moins chère  
Comparez les garanties

[www.cgfp-assurances.lu](http://www.cgfp-assurances.lu)

**CGFP**  
Assurances

16, rue Érasme  
L-1468 Luxembourg  
tél.: (+352) 27 04 28 01  
[info@cgfp-assurances.lu](mailto:info@cgfp-assurances.lu)

CGFP-Nationalvorstand warnt die Regierung

# Kein Sozialabbau in dieser Legislaturperiode

Gerade in Krisenzeiten brauchen die Menschen Planungssicherheit. In seiner ersten Sitzung nach dem Lockdown machte der CGFP-Nationalvorstand deutlich, dass in dieser Legislaturperiode weder verkürzte Sozialleistungen noch eine Senkung der Kaufkraft hinnehmbar seien. Trotz der Einberufung der jüngsten Tripartite lässt der Sozialdialog in vielen Hinsichten noch immer zu wünschen übrig. Auch das Verhältnis zwischen der CGFP und Beamtenminister Marc Hansen verschlechtert sich zunehmend.



Wer soll die Corona-Rechnung bezahlen? Diese Frage wurde im Rahmen einer CGFP-Presskonferenz aufgeworfen, die im Anschluss der jüngsten Sitzung des Nationalvorstandes stattfand.

Auch wenn sich die Regierung auf Drängen der CGFP und der beiden anderen national repräsentativen Gewerkschaften zur Einberufung einer Tripartite bewegen ließ, habe der Sozialdialog längst nicht den erwünschten Stellenwert wiedererlangt, beklagte sich CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff bei einer Pressekonferenz am vergangenen 13. Juli im Anschluss an die jüngste Sitzung des Nationalvorstandes.

Bei den Verhandlungen im Schloss von Senningen sei das Patronat lediglich mit einer zweiköpfigen Delegation angetreten, betonte die CGFP-Exekutive. Die nächsten Wochen würden zeigen, ob der Arbeitgeberverband das Kriseninstrument überhaupt ernst nehme. In der Dreierunde am 3. Juli hätten sich die Diskussionen auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschränkt, so die CGFP-Verantwortlichen. „Das kann man einmal so machen. Bei der nächsten Tripartite im Herbst müssen jedoch auch andere Themen wie die Sozialversicherung, die Steuern und die Finanzierung der Corona-Folgekosten zur Sprache kommen“, setzte Wolff nach.

## Unverzeihliche Vorgehensweise

Bereits zuvor hatte der CGFP-Nationalvorstand mit Bedauern festgestellt, dass die Chambre des fonctionnaires et employés publics (Chfep) nicht ausreichend wahrgenommen werde. Bei der Überarbeitung des Covid-Gesetzes vom 24. Juni, das aufgrund der stetig wachsenden Infektionen angepasst werden musste, sei die Berufskammer aller öffentlich Bediensteten schon zum zweiten Mal nicht um ein Gutachten gebeten worden. „So geht man nicht mit einer Institution um, die mehr als 53.000 Angehörige samt deren Familienmitgliedern vertritt“, ereiferte sich Wolff, der am 25. Juni einstimmig als Chfep-Vorsitzender bestätigt wurde (mehr dazu auf Seite 3).

Auch beim Gesetzentwurf zur Reform des Staatsexamens betreffend die „formation spéciale“ in den Verwaltungen sei die Chfep übergangen worden. Noch bevor die Berufskammer ihr Gutachten vorgelegt habe, sei der entsprechende Text im Amtsblatt veröffentlicht worden.

Diese Vorgehensweise sei unverzeihlich, da keine Dringlichkeit bestanden habe.

Die Berufskammer beließ es nicht dabei und hatte diesbezüglich einen Beschwerdebrief an Premierminister Xavier Bettel verschickt. Erneut sei ersichtlich geworden, dass die Berufskammern in der Verfassung verankert werden sollten, hieß es weiter. Außerdem sollte – wie beim Staatsrat – ein Gesetzentwurf künftig erst dann auf den Instanzenweg gebracht werden, nachdem dieser von allen Berufskammern begutachtet wurde.

Mit der Covid-Krise hätten sich die Staatsfinanzen schlagartig verschlechtert. Es stehe außer Frage, dass das finanzielle Ungleichgewicht zulasten der Privathaushalte gehe, unterstrichen die CGFP-Vertreter vor der Presse. Mit anderen Worten: Vor dem Hintergrund der nächsten Tripartite im Herbst betonte die CGFP mit Nachdruck, dass es zumindest in der laufenden Legislaturperiode weder zu Steuererhöhungen noch zu Verschlechterungen bei den Sozialleistungen für natürliche Personen kommen dürfe.

Überhaupt dürfe die Dreierkoalition keine Entscheidungen treffen, die die Kaufkraft der Bürger in irgendeiner Weise beeinträchtigen. Andernfalls laufe unsere Gesellschaft Gefahr, dass das gesamte Sozialversicherungs- sowie Renten- und Pensionssystem ins Schleudern gerate. Die Anwendung der Kurzarbeit bei vielen Unternehmen und deren Mitarbeitern habe bereits erhebliche Auswirkungen auf die Kaufkraft der Privathaushalte gehabt.

Bald werde sich zeigen, ob die richtigen Lehren aus der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 gezogen wurden. Damals habe die Politik versichert, die Steuerzahler würden nicht für die milliardenschwere Bankenrettung zur Kasse gebeten, doch letzten Endes sei das Gegenteil eingetreten. Ein derartiger Wortbruch dürfe sich nicht erneut wiederholen, warnte Romain Wolff.

Falls die Regierung nach Lösungen zur Finanzierung der krisenbedingten sozialen Begleitmaßnahmen suche, sollte sie endlich den Mut dazu haben, eine Reform der milliardenschweren und weitestgehend steuerbefreiten

„Fonds d'investissement spécialisés“ (FIS) in Angriff zu nehmen. Derzeit werde das verwaltete Vermögen mit einer äußerst geringen „taxe d'abonnement“ belegt. Um den Schock der Corona-Krise abzufedern, sei es sinnvoll, diese sehr niedrige Steuer ein wenig anzuheben.

Seit eh und je würden finanzstarke Investoren die lukrativen FIS als Steuernische nutzen, um insbesondere im Immobilienbereich kräftig abzusahnen. Dieser Praxis müsse ein Riegel vorgeschoben werden, zumal die Regierung im Koalitionsabkommen Besserung ge-

In seiner jüngsten Sitzung gelangte der CGFP-Nationalvorstand zum Schluss, dass sich das Klima zwischen dem Dachverband aller öffentlich Bediensteten und Beamtenminister Marc Hansen zunehmend verschlechtere. Die CGFP habe dem Regierungsmitglied zu Beginn der Exit-Strategie eine Reihe von Vorschlägen zu den Lockerungsmaßnahmen beim Staat unterbreitet.

Anlässlich einer Videokonferenz habe Hansen jedoch Ende Mai fast alle Anmerkungen zurückgewiesen. Der Clou: Der Minister habe darauf verzichtet,

## „PREKÄRE ARBEITSVERTRÄGE DÜRFEN NICHT ZUR REGEL WERDEN DA SONST EINE VERLORENE GENERATION HERANWÄCHST.“

ROMAIN WOLFF, CGFP-NATIONALPRÄSIDENT

lobt habe: „Le gouvernement veillera à contrecarrer les abus issus de l'utilisation du régime fiscal applicable aux SICAV-FIS dans le secteur immobilier au Luxembourg.“

Zum Geldsparen würde sich auch die Abschaffung des fragwürdigen Bewertungssystems eignen, das im Staatsdienst völlig fehl am Platz sei. Das magere Ergebnis rechtfertige den kostenintensiven Aufwand keineswegs.

## Konfliktfreudiger Beamtenminister

Die Lage am Arbeitsmarkt bezeichnete der CGFP-Nationalvorstand in seiner ausgiebigen Analyse als besorgniserregend. Die Zahl der befristeten Arbeitsverträge habe sich in einem Jahr verdoppelt. Sogar der öffentliche Dienst bleibe nicht von dieser bedenklichen Entwicklung verschont. Vor allem jungen Menschen werde so verwehrt, sich eine Existenz aufzubauen. Angesichts der aktuellen Lage sei es verständlich, dass zurzeit eine große Unsicherheit herrsche. Nach der Krise dürften diese prekären Arbeitsverträge jedoch nicht zur Regel werden, da sonst eine „verlorene Generation“ heranwächse.

seine Absage schriftlich mitzuteilen. Ein derartiges Verhalten habe man zuvor noch nie erlebt, hieß es. Zu allem Überfluss lasse der Beamtenminister zahlreiche Briefe, darunter mehrere aus dem vergangenen Jahr, einfach unbeantwortet. Befremdend sei auch seine Reaktion auf den CGFP-Erdrutschsieg bei den Sozialwahlen im März gewesen: In einem Interview meinte Marc Hansen, die Verteilung des Kräfteverhältnisses auf Gewerkschaftsseite sei nicht weiter relevant!

Die Beziehungen zwischen der CGFP und der Regierung würden durch die in Verzug geratenen sektoriellen Abkommen zur Arbeitszeitregelung zusätzlich belastet. In der Tat treten die Verhandlungen bei der Zollverwaltung schon seit Monaten auf der Stelle.

Die aktuelle Textvorlage trägt den gewerkschaftlichen Forderungen kaum Rechnung, sodass der CGFP-Nationalvorstand den Entschluss gefasst hat, ein Schlichtungsverfahren einzuleiten. Beim CGDIS steht eine diesbezügliche Entscheidung noch aus, da im September weiterverhandelt wird.

Max Lemmer



Organe de la Confédération Générale de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**  
488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg  
Tél.: 26 48 27 27 20 – Fax: 26 48 29 29  
E-mail: cgfp@cgfp.lu  
Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-1  
Impression: Saint-Paul Luxembourg s.a.

La reproduction d'articles, même par extraits, n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source.

Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'avis de la CGFP.

Nationale Tripartite-Sitzung:

# Für einen sozialgerechten Wirtschaftsaufschwung

*Seit Beginn der Covid-19-Krise hat sich die CGFP auf drei Schwerpunkte konzentriert: die Gewährleistung des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer, die Absicherung der Sozialleistungen sowie der Erhalt der Kaufkraft. Die ersten Tripartite-Beschlüsse zur Bewältigung der aktuellen Krise waren ein erster Schritt in die richtige Richtung. Bei der nächsten Dreierrunde im Herbst müssen weitere harte Brocken in Angriff genommen werden. Die CGFP ist fest entschlossen, das Sozialmodell mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen.*

Am vergangenen 16. März rief die Regierung den Notstand aus. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde ein derart drastischer Beschluss nicht mehr gefasst. Diese einschneidenden Maßnahmen während des Lockdown trugen zweifelsohne dazu bei, die Zahl der Schwerekranken und der Todesfälle zu senken. Zugleich wurden jedoch die sozialen und wirtschaftlichen Folgen zunehmend sichtbar. In der momentanen Krise war es deshalb von größter Wichtigkeit, dass Regierung, Gewerkschaften und Patronat gemeinsam handelten.

Bereits in der Vergangenheit hat Luxemburg des Öfteren äußerst schwierige Momente durchgestanden. Die 70er- und 80er-Jahre waren von der Stahl- und Ölkrise geprägt. Angesichts der wachsenden Probleme ergriff der damalige Premierminister Gaston Thorn 1976 die Initiative, die Regierung und die Sozialpartner an einen Tisch zu bringen. Dieser Schritt war die Geburtsstunde der heutigen Tripartite. Jahrelang konnte in dieser Dreierkonstellation mehrfach einen Ausweg gefunden werden.

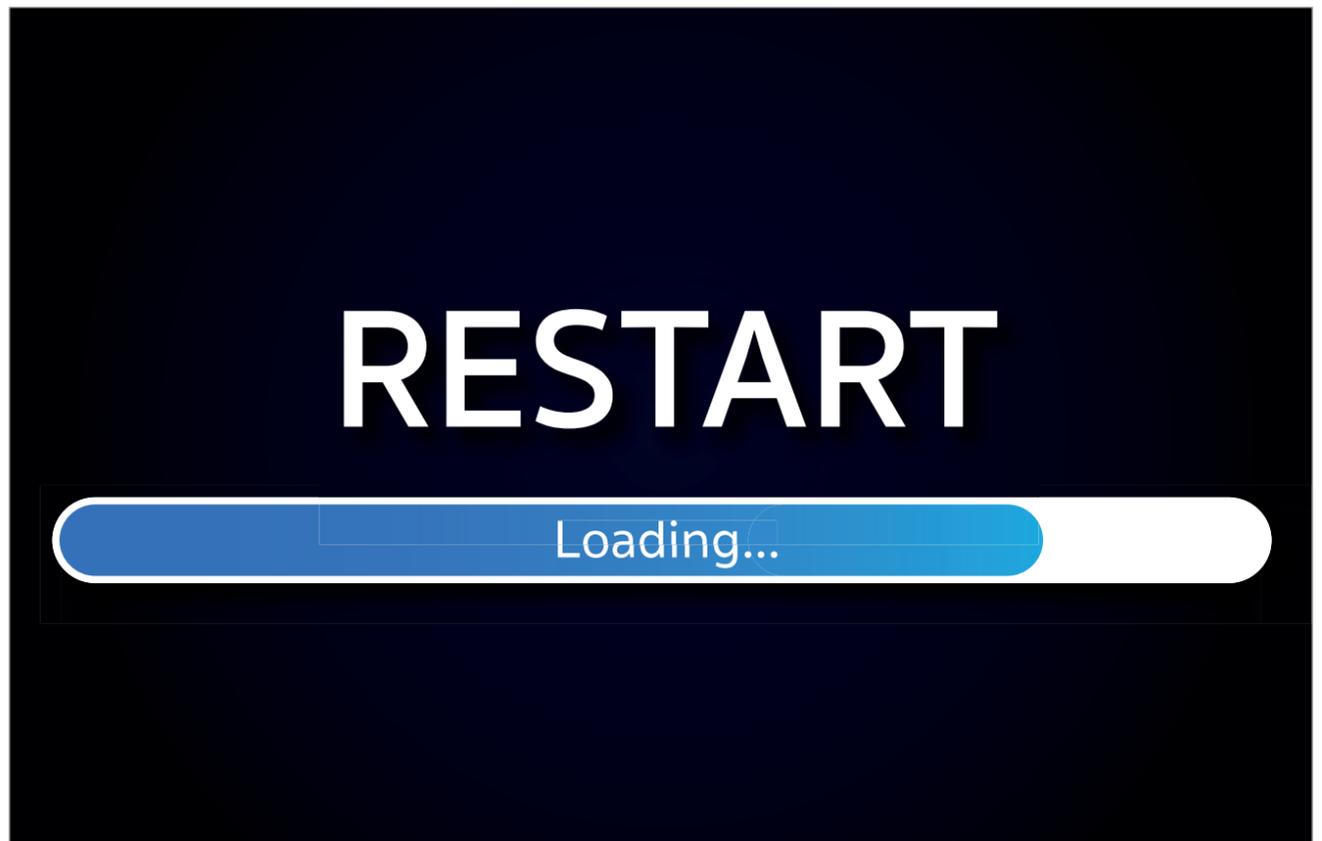
## Politik in der Verantwortung

Im Gegensatz zu vorangegangenen Krisen hat die Ausbreitung des Coronavirus nicht nur einzelne Wirtschaftszweige, sondern die gesamte Wirtschaft stark abgebremst oder gar zum Erliegen gebracht. Umso bedauerlicher ist es, dass ausgerechnet im Lockdown der Dialog zwischen der Regierung und den Gewerkschaften alles andere als transparent verlief.

Sogar als die ersten Lockerungsphasen eintraten, wurden die Arbeitnehmervertreter bestenfalls kurz vor den Regierungspressekonferenzen über die Beschlüsse des Ministerrats informiert. Die Koalition hatte ganz bewusst darauf verzichtet, die Sozialpartner in die Gespräche einzubeziehen. Dabei wäre es opportun gewesen, die Vertreter all jener Beschäftigten, die einen wichtigen Beitrag zur Krisenbekämpfung leisteten, in die Diskussionen einzubinden.

Nur auf gemeinsamen Druck hin von CGFP, LCGB und OGBL fanden am 14. und 19. Mai Bipartite-Treffen statt. Diese getrennt geführten Gespräche schufen jedoch nicht das nötige Vertrauen. Zu allem Überfluss gab die Regierung – ohne Rücksprache mit den Gewerkschaften – am 20. Mai ein Bündel von beschlossenen Sondermaßnahmen bekannt. Tags zuvor hatte die Dreierkoalition diese Beschlüsse bei ihrem Treffen mit den Arbeitnehmervertretern mit keinem Wort erwähnt.

Am vergangenen 8. Juni war das Maß voll: Während einer gemeinsamen



Pressekonferenz mit den beiden anderen Gewerkschaften forderte die CGFP Premierminister Xavier Bettel unmissverständlich dazu auf, seine politische Verantwortung zu übernehmen. Der Staatsminister müsse schnellstmöglich eine Tripartite einberufen, um über Maßnahmen zu beraten, die zur Vermeidung einer sozialen Krise erforderlich seien, hieß es.

## Peinlicher Fehltritt

Auch wenn Xavier Bettel dieser Forderung nachkam, so hatte er bereits zuvor einen peinlichen Fehltritt begangen. Im Anschluss an die erste Bipartite hatte der Staatsminister herabwürdigend gestichelt, die Dreierrunde dürfe nicht zu einem „Kaffiskränzchen“ ausarten. Diese taktlose Aussage war ein Schlag ins Gesicht für alle Gewerkschaften, die in den vergangenen 40 Jahren durch vernünftige Kompromisslösungen das bewährte Sozialmodell unserer Gesellschaft in unzähligen Tripartite-Sitzungen aufrecht erhalten hatten.

Der Verdienst dieser Dreiergespräche besteht nicht nur darin, viele Krisen gemeistert zu haben. Das erprobte Kriseninstrument hat darüber hinaus einen entscheidenden Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und zum

Erhalt des sozialen Friedens geleistet. Dieser Ansicht waren neulich auch sämtliche Fraktionen im Parlament. Im Rahmen einer Aktualitätsdebatte am 16. Juni sprachen sich alle Abgeordneten für einen gut funktionierenden Sozialdialog aus und hoben dessen bedeutende Rolle bei der Zukunftsgestaltung des Landes hervor.

Weitaus weniger mustergültig war unterdessen die befremdende Vorgehensweise der Dreierkoalition. Mitte Juni offenbarte z.B. Arbeitsminister Dan Kersch, die Tripartite werde am 3. Juli stattfinden, obwohl zu diesem Zeitpunkt den Gewerkschaften noch kein konkretes Datum für die bevorstehenden Verhandlungen mitgeteilt worden war.

## Streng vertraulich

Von Anfang an hatte die CGFP viel Wert auf eine gute Vorbereitung der Dreierrunde gelegt. Der Dachverband aller öffentlich Bediensteten war sich bewusst, dass ein Scheitern der Verhandlungen einen unwiderruflichen, schweren Rückschlag für den Sozialdialog zur Folge hätte. Die drei Gewerkschaften ließen keinen Keil zwischen sich treiben. Eine Uneinigkeit im Gewerkschaftslager hätte die Position der Arbeitnehmervertreter unnötig geschwächt.

Im Einverständnis mit der Regierung hatten die Sozialpartner frühzeitig den Rahmen für die Tripartite abgesteckt. Einig war man sich, dass keine sektoriellen Anliegen erörtert werden. Um die Verhandlungen nicht zu torpedieren, verpflichteten sich alle Diskussionsteilnehmer dazu, den Inhalt der Gespräche streng vertraulich zu halten.

Vor dem Auftakt der Dreierrunde hatte sich die Regierung sehr bedeckt gehalten. Man werde alles unternehmen, damit die Dreiergespräche erfolgreich abgeschlossen werden, hieß es lediglich. Konkrete Impulse oder Denkanstöße seitens des Regierungschefs gab es im Vorfeld nicht. Im Gegenteil: Bettel forderte die Sozialpartner auf, eine Liste jener Themen aufzustellen, die ihrer Ansicht nach angesprochen werden sollten.

Im Schulterschluss mit den beiden anderen Gewerkschaften forderte die CGFP, dass bei dem ersten Treffen eine ausführliche Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Lage offengelegt wird. Zudem sollte diskutiert werden, welche Mittel für einen sozial gerechten Wirtschaftsaufschwung im Zusammenhang mit dem ökologischen und digitalen Wandel eingesetzt werden können.

Beantragt wurde eine detaillierte Analyse der Lage am Arbeitsmarkt und eine Profilerstellung der Arbeitssuchenden. Auch ein Aktionsplan zum Erhalt der Beschäftigung sowie zum Abbau der Arbeitslosigkeit sollte auf die Tagesordnung gesetzt werden. Ferner müsse geprüft werden, in welchem Ausmaß sich die sanitäre Krise oder die Immobilienpreise auf die Kaufkraft der Bürger sowie auf die wachsenden Ungleichheiten auswirke.

Zehn Jahre nach ihrem Scheitern hat die von manchen Politikern für tot erklärte Tripartite am vergangenen 3. Juli ein Comeback gefeiert. Die rund fünfstündige Unterredung im Schloss von Senningen war konstruktiv und zielführend. Dabei ging es fast ausschließlich um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Beinahe ein Drittel der Minister gehörten der Regierungsdelegation an: Staatsminister Xavier Bettel, die beiden Vize-Premierminister Dan Kersch (Arbeit) und François Bausch (Nachhaltigkeit, in-



Die CGFP war bei der Tripartite vertreten durch Generalsekretär Steve Heiliger, Nationalpräsident Romain Wolff und den Ersten Vizepräsidenten Claude Heiser.

nerer Sicherheit und Verteidigung), Pierre Gramegna (Finanzen) und Franz Fayot (Wirtschaft). Die CGFP war vertreten durch Nationalpräsident Romain Wolff, Generalsekretär Steve Heiliger und den Ersten Vizepräsidenten Claude Heiser. Mit am Verhandlungstisch saßen zudem die Spitzenleute der beiden anderen Gewerkschaften LCGB und OGBL sowie des Arbeitgeberverbandes UEL.

### Neueinstellungen im öffentlichen Dienst

Zu Beginn der Gespräche wurden die aktuellen Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungszahlen vorgestellt. Anschließend wurden die Auswirkungen der Covid-19-Krise analysiert. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit nehme dramatische Züge an, so die weitgehende Einigkeit (Anm. d. Red: Anfang Juli waren rund 20.000 Menschen bei der Adem eingeschrieben, dies entspricht einer Zunahme von 33 % gegenüber dem Vorjahr).

In ihrer Marathonsitzung haben sich Regierung und Sozialpartner auf ein Bündel von Maßnahmen geeinigt. Mit Zufriedenheit nahm die CGFP zur Kenntnis, dass im öffentlichen Dienst weiter

eingestellt wird, vor allem weil es bei der Besetzung freier Stellen Handlungsbedarf besteht. Außerdem werden 300 weitere gemeinnützige Jobs geschaffen.

Betriebe, die Personal einstellen, werden zusätzlich unterstützt: Die „Aide à l'embauche“, die Arbeitssuchenden ab 45 Jahren zuzustand, wird auf jüngere Mitarbeiter ausgedehnt. Weitere Vereinbarungen gab es u.a. in Bezug auf die Ausbildung von Lehrlingen, den Vertrag zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und die Unterstützung bei der Gründung eines Betriebes.

Zudem wird eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich mit den benötigten „Skills“ befasst. Außerdem sollen künftig offene Stellen besser an Arbeitssuchende vermittelt werden. Ein Begleitausschuss der Arbeitsagentur soll eine Analyse zur Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt durchführen. Im Comité permanent du travail et de l'emploi (CPTÉ) wird sich unter CGFP-Beteiligung mit der Reform des Plans zum Erhalt der Beschäftigung auseinandergesetzt. Weitere Themen sind die Berufsausbildung und der Mangel an Ausbildungsstellen.

Es ist absolut begrüßenswert, dass das Patronat beim CPTÉ den Weg an den Verhandlungstisch zurückgefunden hat. Noch Ende vergangenen Jahres hatten sich CGFP, LCGB und OGBL auf einer gemeinsamen erfolgreichen Protestkundgebung über einen Mangel an Gesprächsbereitschaft seitens der Arbeitgebervertreter beschwert.

### Heikle Themen im Herbst

Positiv aus Sicht der CGFP ist auch, dass die Regierung die jüngste Tripartite-Sitzung nicht als eine lästige Pflichtübung abgetan hat. Im Herbst folgt eine weitere Verhandlungsrunde. Zu diesem Zeitpunkt sollen die ersten Ergebnisse der beschlossenen Maßnahmen überprüft werden. Nach den Sommerferien werden auch die wirtschaftlichen Folgen des Lockdown sichtbar sein.

„Ich habe gespürt, dass ich, wenn es gilt, die Interessen des Landes zu verteidigen, Partner habe, die in die richtige Richtung gehen wollen“, sagte Bettel im Anschluss an die Dreierunde, die zum ersten Mal von ihm geleitet wurde. Die CGFP kann dieser Aussage nur zustimmen. Zur Überwindung der folgenreichen Krise müssen jedoch

weitere Anstrengungen unternommen werden.

Die CGFP bedauert, dass in der ersten Tripartite-Runde nicht untersucht wurde, welchen Einfluss die Covid-19-Krise auf das Sozialversicherungssystem nimmt. Leider wurde dieser Punkt bei der Aufstellung der Tagesordnung von der Regierung nicht zurückbehalten, obwohl sich der Impact der Lockdown-Politik auf die Reserven der Gesundheitskasse mit einem Defizit von mehr als 550 Millionen Euro schmerzhaft verdeutlicht. Wer im Endeffekt die milliarden schwere Corona-Zeche zahlen soll, bleibt offen.

Diese und viele weitere unbequeme Fragen müssen zur Rentrée unbedingt geklärt werden. Die CGFP ist der festen Überzeugung, dass es zu keinen Verschlechterungen bei den Sozialleistungen kommen darf. Eine Intensivierung des Sozialdialogs zugunsten des wirtschaftlichen Aufschwungs ist absolut erforderlich. Dabei darf jedoch der soziale Zusammenhalt zu keinem Zeitpunkt außer Acht gelassen werden.

Max Lemmer

## Treffen zwischen CGFP und FGFC

# Viel Klärungsbedarf beim Homeoffice

Im Rahmen eines Meinungsaustausches zwischen der CGFP und ihrem Kooperationspartner, der Gewerkschaft des Gemeindepersonals (FGFC) wurde sich mit den Auswirkungen der Telearbeit befasst. Einigkeit gab es darüber, dass hart erkämpfte Errungenschaften nicht durch die Hintertür des Homeoffice infrage gestellt werden dürfen. Gegen die neue Arbeitsweise sei prinzipiell nichts einzuwenden. CGFP und FGFC warnten jedoch ausdrücklich davor, unausgereifte Konzepte in Eile umzusetzen.

Im Vorfeld gelte es, eine Reihe von statutarischen Fragen zu klären. Wie steht es z.B. um die Absicherung in Bezug auf Arbeitsunfälle? Zu klären bleibe u.a. auch die Bereitstellung der informatischen Ausstattung sowie die Besteuerung jener Personen, die im Grenzgebiet Homeoffice betreiben.

Um die Mitarbeiter vor psychischen Schäden zu schützen, die infolge der sozialen Isolation bei der Heimarbeit

aufreten können, sprechen sich CGFP und FGFC für eine gesunde Mischung zwischen der Arbeit an der Dienststelle und dem Homeoffice aus. Außerdem werden generelle Richtlinien gefordert, die bei der Umsetzung der Telearbeit für alle Verwaltungen gelten. CGFP und FGFC werden demnächst im Rahmen einer weiteren Unterredung erneut über dieses wichtige Thema beraten.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Einigung zur Arbeitszeitregelung im öffentlichen Dienst. Mit Ungeduld warten beide Gewerkschaften auf den entsprechenden Gesetzentwurf. Die CGFP besteht darauf, dass die längst überfälligen Texte auf den Instanzenweg geschickt werden, damit sie im Herbst begutachtet werden können.

Auf der Tagesordnung stand zudem eine Analyse der beiden Covid-19-Gesetzentwürfe, die zu jenem Zeitpunkt kurz vor der Verabschiedung im Abgeordnetenhaus standen. Trotz vereinzelter Nachbesserungen würden die



Entwürfe noch zahlreiche Schwachstellen aufweisen, betonten beide Seiten. Insbesondere mit dem Artikel 7 zur Zwangseinweisung von Infizierten, die sich weigern in Quarantäne zu gehen, würde die Regierung übers Ziel hinauschießen.

Dieses Prinzip des Freiheitsentzugs bei Nichtgehorsam stelle einen tiefen

Eingriff in die Grundrechte jedes Einzelnen dar. Auch bei der Handhabung der gesammelten Daten sei mehr Feinsinnigkeit erforderlich. Für Gesetzentwürfe mit einer derartigen Tragweite sollte ein breiter gesellschaftlicher und parteiübergreifender Konsens herrschen, unterstrichen CGFP und FGFC (sehen Sie dazu auch die Seiten 8 und 9). ml

## Bilaterale Unterredung zwischen CGFP und SYPROLUX

Auf Initiative des SYPROLUX kam es am vergangenen 17. Juni zu einem intensiven Meinungsaustausch zwischen der CGFP-Exekutive und Vertretern der Eisenbahngewerkschaft. Im Mittelpunkt des konstruktiven Treffens standen insbesondere die umstrittenen Covid-19-Texte, die seit dem Ende des Ausnahmezustandes eine Ausbreitung der Pandemie vermeiden sollen.

Im Vorfeld der Abstimmung im Parlament zeigten sich beide Seiten erfreut darüber, dass die von Gewerkschaftsseite aus geäußerten Bedenken über mögliche Einschränkungen der Grundrechte nicht auf taube Ohren gestoßen sind. CGFP und SYPROLUX sprachen sich für ausgewogene Gesetzestexte aus, die das nötige Gleichgewicht zwischen der Wahrung der persönlichen Freiheiten und der Eindämmung des Corona-Virus schaffen.

Kein Verständnis hatten CGFP und SYPROLUX dafür, dass die entspre-

chenden Entwürfe auf Biegen und Brechen durchgezogen wurden. Zahlreiche Textpassagen seien recht vage, was sich später bei der praktischen Umsetzung rächen könne. Dabei hätte die Regierung ausreichend Zeit gehabt, ohne unnötigen Zeitdruck allen Bedenken Rechnung zu tragen.

Im Laufe des bilateralen Treffens berieten der Dachverband aller öffentlich Bediensteten und die Eisenbahngewerkschaft auch über die Telearbeit. Erstaunt zeigte sich die CGFP-Führung über eine Aussage des Beamtenministers anlässlich des digitalen DP-Parteikongresses. Hansen hatte lauthals verkündet, seine Partei werde sich für drei Tage Homeoffice pro Woche im öffentlichen Dienst einsetzen. Diese kühne Behauptung sei keine Ankündigung der Regierung, sondern lediglich das Wunschdenken von einem der drei Koalitionspartner, betonte die CGFP-Exekutive. Man werde die künftige Entwicklung genau im Blick behalten.



Bevor große Erklärungen in der Öffentlichkeit gemacht würden, sei es mehr als angebracht, die CGFP an der Ausarbeitung teilhaben zu lassen, hieß es weiter. Minister Hansen sei dazu aufgefordert worden, eine Bestandsaufnahme der gesammelten Homeoffice-

Erfahrungen zu machen, unterstrichen die CGFP-Vertreter. Einig waren sich CGFP und SYPROLUX darüber, dass bei einer möglichen flächendeckenden Einführung der Telearbeit gesetzliche Nachbesserungen unumgänglich seien (sehen Sie dazu auch Seite 14). ml

Nachbesserungen der umstrittenen Covid-19-Gesetze

# Chronik eines hartnäckigen CGFP-Widerstands



*Einen Tag nach Nationalfeiertag ging hierzulande der dreimonatige „État de crise“ zu Ende. Dem vorausgegangen waren wochenlange zermürbende Diskussionen über die beiden Covid-19-Gesetzesentwürfe, die den Sondermaßnahmen zur Eindämmung des Virus eine gesetzliche Grundlage gaben. Dank zahlreicher Interventionen brachte die CGFP den Stein ins Rollen: Nach heftigen Debatten wurden die initialen Covid-19-Entwürfe abgeschwächt, sodass der Einschnitt in die Grundrechte weniger radikal ausfiel. Die endgültige Fassung beider Gesetze hat dennoch keine Freudensprünge bei der CGFP ausgelöst. Wie kaum anders zu erwarten, mussten die Texte bereits wenige Wochen später nachgebessert werden.*

Das Virus und die Folgen des Lockdown haben tiefe Spuren in der Gesellschaft und in der Wirtschaft hinterlassen. Zu Beginn der Pandemie war die Regierung noch darum bemüht, einen nationalen Konsens bei der Krisenbewältigung zu erreichen. Im Laufe der Zeit wurde jedoch zunehmend deutlich, dass die mit allen Vollmachten ausgestattete Dreierkoalition immer mehr Gefallen daran fand, auf eigene Faust zu schalten und zu walten. Angesichts der Flut von Pressekonferenzen hegte manch einer den Verdacht, dass die vielen Medienauftritte vom eigentlichen Geschehen hinter den Kulissen ablenken sollten.

Dieser Verdacht erhärtete sich, als Staatsminister Xavier Bettel bei einem Pressebriefing in einem Nebensatz beiläufig erwähnte, die Regierung plane die Ausarbeitung eines Pandemiegesetzes. Dieses solle der Exekutive ermöglichen, auch nach Ablauf des Notstands außergewöhnliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung des Corona-Virus zu ergreifen.

## Ein Affront

Diese Aussage, die weitgehend unbemerkt blieb, rief sofort die CGFP auf den Plan. Die Regierung habe die Gewerkschaften nicht über dieses Vorhaben in Kenntnis gesetzt, erzürnte sich CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff am vergangenen 6. Mai in einem Interview mit Radio 100,7: „Da kennt dat iergendwann op den Dösch, an da kréie mir als Chambre des fonctionnaires et des employés publics (Chfep) wahrscheinlich do nach en Avis ze

maachen. An da muss dat ruckzuck goen.“ Erst später stellte sich heraus, dass die Berufskammer aller öffentlich Bediensteten nicht einmal um ein Gutachten gebeten wurde. Die Chfep ließ diesen Affront allerdings nicht auf sich sitzen und erarbeitete auf eigene Initiative hin ein Papier.

In einer Pressemitteilung warnte die CGFP am 7. Mai die Regierung davor, „nicht über das Ziel hinauszuschießen.“ Je näher der Ablauf des „État de crise“ rücke, desto mehr stelle sich die Frage, was danach folge. Die Freiheitsrechte der Bürger dürften nicht unnötig eingeschränkt werden, lautete die klare Botschaft. Keineswegs dürften Demokratie und soziale Aspekte zu kurz kommen. Ein Gesetzesvorhaben, das auf einer unberechtigten Misstrauenskultur beruhe, wäre kontraproduktiv und der Sache nicht dienlich. Sollte die Dreierkoalition mithilfe des Pandemiegesetzes versuchen, elementare Gewerkschaftsrechte und -freiheiten langfristig zu untergraben, werde die CGFP resolut dagegen vorgehen.

Weder Presse noch Opposition schienen sich der Tragweite des geplanten Pandemiegesetzes zu diesem Zeitpunkt bewusst zu sein. Aus unerklärlichen Gründen waren im Parlament keine kritischen Stimmen zu hören.

Die CGFP stand vor einem Scheideweg: Entweder in Resignation verfallen oder den Versuch unternehmen, die negative Entwicklung umzukehren. Letztendlich entschied sie sich für die zweite Variante. In Windeseile beschloss die CGFP, eine Allianz mit den beiden an-

deren national repräsentativen Gewerkschaften zu schmieden.

„Uns reißt langsam, aber sicher der Faden der Geduld“, ärgerten sich CGFP, LCGB und OGBL am 12. Mai in einem gemeinsamen Presseschreiben. Kritisiert wurde das Vorpreschen der Regierung ohne vorige Rücksprache mit den Sozialpartnern. Bedenklich sei auch, dass die Abgeordneten innerhalb von nur 48 Stunden einen derart wichtigen Text prüfen müssten. Zudem sollte sich die Regierung im Klaren darüber sein, dass man eine langfristige Einschränkung der Gewerkschaftsrechte und -freiheiten nicht zulassen werde. Das Pandemiegesetz dürfe nicht als Vorwand genutzt werden, um soziale und demokratische Errungenschaften aufs Spiel zu setzen. Gefordert wurde ein Dringlichkeitstreffen mit Premierminister Xavier Bettel.

## Staatsminister lenkt ein

Schnell trug der von den Gewerkschaften aufgebaute Druck erste Früchte. Nur einen Tag nach der gemeinsamen Pressemitteilung von CGFP, LCGB und OGBL zeigte sich der Regierungschef plötzlich gesprächsbereit. Zu groß schien Bettel das Risiko zu sein, der Regierung könne die Sache entgleiten. Am 14. Mai empfing die Dreierkoalition die Arbeitnehmervertreter im Schloss von Senningen. Bei diesem ersten Treffen forderten die CGFP-Vertreter mehr Transparenz bei der Ausarbeitung des Pandemiegesetzes. Immerhin gehe es u.a. um die Grundrechte eines Jeden sowie um die gewerkschaftlichen Freiheiten.

Der Inhalt des Gesetzestextes blieb bis auf Weiteres unbekannt. Die Arbeitnehmervertreter wurden auf die darauffolgende Woche vertröstet. Allmählich wurde immer offensichtlicher, dass der Regierung die Zeit dazu fehlte, ihr ambitioniertes Vorhaben umzusetzen. Die Idee, ein krisensicheres Pandemiegesetz auszuarbeiten, wurde fallengelassen. Um jedoch nach dem Ende des Notstandes nicht in ein Rechtsvakuum zu gelangen, entschloss sie sich, das ursprüngliche Vorhaben auf ein Covid-19-Gesetz zurückzustützen.

Nur fünf Tage nach dem ersten Treffen fand eine weitere Bipartite zwischen der Regierung und den drei größten Gewerkschaften des Landes statt. Auf der Tagesordnung stand u.a. der Covid-19-Entwurf. An sich sollten die Arbeitnehmervertreter einen ersten schriftlichen Entwurf vorgelegt bekommen. Diese Ankündigung erwies sich als Fehlanzeige. Angeblich war der Text des Vorentwurfs zu diesem Zeitpunkt noch nicht vollständig verfasst. Bei diesem Treffen wurde auch bekannt, dass die Regierung an zwei Covid-19-Gesetzesentwürfen tüftelte. Der erste Text umfasste die Verhaltensregeln für die Bürger. Der zweite Entwurf bezog sich auf die Hygienemaßnahmen in den Unternehmen.

## Ein Wettlauf mit der Zeit

Auch wenn der Staatsminister es vermied, eine präzise Zeitschiene zu nennen, geriet die Regierung zunehmend in Bedrängnis. Das Unterfangen war ein Wettlauf mit der Zeit, da in einem Monat das Ende des „État de crise“ bevorstand.

Die Ängste vor einer Einschränkung der gewerkschaftlichen Freiheiten seien unbegründet, versicherte Premierminister Bettel. Daraufhin zeigten sich die CGFP-Vertreter optimistisch, wenn auch zurückhaltend. Mit Genugtuung nahmen sie zur Kenntnis, dass die Grundrechte, insbesondere das Versammlungs- und Demonstrationsrecht, nicht infrage gestellt würden. Trotz der konstruktiven Unterredung wurde bedauert, dass der entsprechende Text nach wie vor auf sich warten ließe.

Die CGFP weigerte sich, auf halbem Weg kehrtzumachen. Unmittelbar nach den Pfingstferien rief sie im Schulterschluss mit den beiden anderen Gewerkschaften eine gemeinsame Pressekonferenz ein. Zentrale Themen waren der mangelnde Sozialdialog und die Kritik an den Covid-19-Entwürfen.

CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff forderte zahlreiche Nachbesserungen. Dabei ließ er kein gutes Haar an der geplanten Zwangseinweisung von Patienten, die sich einer Quarantäne widersetzen. Zudem dürfe die „hospitalisation forcée“ nicht ausschließlich vom Gesundheitsamt beschlossen werden. Der zuständige Minister müsse diesbezüglich politische Verantwortung übernehmen. Eine Einschränkung bürgerlicher Freiheiten mit einer einfachen Mehrheit durchzupeitschen, stärke nicht das Vertrauen der Bürger in die Politik. Ähnlich wie bei einer Verfassungsänderung wäre eine Zweidrittelmehrheit angebracht. Die gleiche Überlegung dränge sich auf, wenn die Gesetze nach einer Gültigkeitsdauer von einem Monat verlängert werden sollten.

Dieser geschlossene Auftritt der drei größten Gewerkschaften ließ nicht nur die Journalisten aufhorchen. Der CGFP war es in ihrer Vorreiterrolle gelungen, eine Debatte anzustoßen, die nach Anlaufschwierigkeiten plötzlich schnell an Fahrt aufnahm. Viele Argumente, die die CGFP seit Wochen angeführt hatte,



Über die stark umstrittenen Covid-19-Entwürfe wurde auch beim Bipartite-Treffen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften kontrovers diskutiert.

tauchten inzwischen in den kritischen Stellungnahmen mehrerer Institutionen und Experten auf. Dabei stand die Regierung im Kreuzfeuer der Kritik.

### Keine Verhältnismäßigkeit

Den Anfang machte Stefan Braum, Professor für Strafrecht an der Universität Luxemburg, in einem Interview mit RTL Télé Lëtzebuerg: „Die Zwangseinweisung empfinde ich als einen sehr schweren Eingriff in die Grundrechte, so wie er hier vorgesehen ist, der zudem auch noch über den Ausnahmezustand hinausgeht. Diese Regelung muss am besten abgeschafft werden oder darf gar nicht in dieses Gesetz hineinkommen, weil es zum einen an einer klaren bestimmbar Formulierung der Voraussetzungen fehlt, zum anderen, weil der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz nicht im Text auftaucht, also nicht abgewogen wird, welches mildere Mittel es dafür vielleicht gibt und die justizielle Kontrolle für diese Einweisung ist nicht gegeben.“ Braum riet dazu, sich die nötige Zeit zu nehmen, um ein solides Pandemiegesetz auszuarbeiten.

Zunehmend stellte sich heraus, dass die von der CGFP geäußerten Bedenken absolut berechtigt waren. Ganz kritisch fiel auch das Gutachten der beratenden Menschenrechtskommission aus. Zahlreiche Maßnahmen seien unverhältnismäßig. Der ungenaue Text gewährleiste keine Rechtssicherheit. Insbesondere die Zwangshospitalisierung stieß der „Commission consultative des droits de l'homme“ übel auf. Diese Maßnahme komme einem Freiheitsentzug gleich. Eine Einweisung in eine geschlossene Psychiatrie stelle ein No Go dar.

### Die Justiz schaltet sich ein

Die Kritik an den Covid-Texten flaute nicht ab. Das Gesundheitsministerium, das die Entwürfe im Eiltempo verfasst hatte, geriet zunehmend unter Beschuss. Am 10. Juni schaltete sich die Justiz in die Debatte ein, obwohl sie nicht darum gebeten worden war. Die Generalstaatsanwaltschaft übte scharfe Kritik am Artikel 7. Dem damaligen Entwurf zufolge darf der Generalstaatsanwalt eine Zwangshospitalisierung nur aufgrund einer Benachrichtigung des Gesundheitsamts anordnen. Anschließend soll der Präsident des zuständigen Bezirksgerichts entscheiden, ob der Patient das Krankenhaus verlassen darf oder nicht.

In diesem Zusammenhang blieben viele Fragen zu klären, schlussfolgerte die Generalstaatsanwaltschaft in ihrem Gutachten: „Sur base de quels éléments le président qui n'est pas un expert médical pourra-t-il prendre une autre décision que celle proposée par le directeur de la santé?“ Außerdem sei unklar, wie sich die betroffenen Personen gegen eine Entscheidung wehren können.

Am gleichen Tag formulierte die nationale Datenschutzkommission ihre

Bedenken in Bezug auf die Datenspeicherung. Es sei nicht nachvollziehbar, dass die Daten von negativ getesteten Personen gespeichert würden. Zudem wurde die Frage aufgeworfen, warum die Daten erst nach einer sechsmonatigen Frist anonymisiert werden sollen. Tags darauf legte der CGFP-Exekutivrat nach. Sollten die Covid-19-Gesetze in ihrer aktuellen Form die parlamentarische Hürde nehmen, werde eine CGFP-Delegation am Tag der Abstimmung vor dem Parlament ihren Unmut kundtun, hieß es im Anschluss an die Sitzung.

### Schwachstellen entlarvt

Ratlos musste die Regierung zusehen, wie die von der CGFP angestoßene Debatte eine rasante Eigendynamik entwickelte, die nach und nach sämtliche Schwachstellen der mit heißer Nadel gestrickten Covid-Texten schonungslos entlarvte. Das mit Spannung erwartete Gutachten des Staatsrats setzte dem Ganzen die Krone auf. Nachdem selbst Premierminister Bettel zuvor öffentlich eingeräumt hatte, dass die Texte beider Entwürfe verbesserungsfähig wären, war es nicht sehr verwunderlich, dass die Schlussfolgerungen der Räte ziemlich vernichtend waren.

Gleich zu Beginn seiner Analyse gab der Staatsrat zu bedenken, dass es angesichts des engen Zeitfensters nicht möglich gewesen sei, beide Entwürfe bis ins letzte Detail zu prüfen. Trotz der zeitlichen Einschränkung schaffte es die Hohe Körperschaft dennoch, die beiden Gesetze nahezu neu zu verfassen. Um Zeit zu gewinnen, beließ es der Staatsrat nicht nur bei juristischen Einwänden, sondern schlug für die heiklen Passagen sofort Lösungen vor.

Mit dem „confinement forcé“ tat sich der Staatsrat schwer. Die Zwangseinweisung eines Corona-Patienten, der sich weigert, freiwillig in Isolation zu gehen, sollte nicht auf einem Beschluss der Staatsanwaltschaft, sondern des zuständigen Bezirksgerichts beruhen, unterstrich das Gremium. Dies müsse infolge einer begründeten Anfrage des Direktors des Gesundheitsamts innerhalb eines Tages erfolgen. Die betroffene Person müsse die Entscheidung jederzeit anfechten können. Anschließend sollte das Gericht binnen 24 Stunden ein Urteil fällen.

Die Regeln für die Zusammenkunft mehrerer Personen wurden mit einem formellen Einwand belegt. „En effet, la liberté est la règle et la restriction, l'exception“, so der Staatsrat. Vor allem die Einschränkungen für private Zusammenkünfte seien unverhältnismäßig. Im Privatbereich müssten sämtliche Einschnitte, wie z.B. die Begrenzung der Gästeanzahl, abgeschafft werden. Diese Bedenken gab das Gremium Wochen später in einem anderen Gutachten auf.

Dem Verbot von Zusammenkünften von mehr als 20 Personen im öffentli-

chen Bereich, bei denen die Abstandsregel nicht eingehalten werden kann, widersetzte sich der Staatsrat nicht. Bereits zuvor hatte die CGFP mit Erleichterung festgestellt, dass sich diese Anordnung nicht auf Protestkundgebungen bezieht.

Eine weitere „opposition formelle“ bezog sich auf die Aufbewahrung der Arzneimittel. Die Lagerung der Medikamente müsse gesetzlich, statt per Verordnung geregelt werden. Ferner trat der Staatsrat für eine weitere Klarstellung beim Datenschutz ein. Vorgeschlagen wurde, eine detaillierte Liste der Angaben zu erstellen, die zur Eindämmung der Infektionsketten gesammelt werden dürfen. Überdies soll nachvollzogen werden können, wer wann Zugang zu den gesammelten Daten hatte. Nach drei Monaten sollten die personenbezogenen Daten gelöscht werden.

Selten zuvor wurde einem Gutachten des Staatsrats so viel Beachtung geschenkt, wie dieses Mal. Die Gutachter der Hohen Körperschaft müssen sich im Klaren darüber gewesen sein, dass ihre Überlegungen nahezu eins zu eins übernommen werden. Angesichts des enormen Zeitdrucks, den die Regierung selbst verschuldet hatte, blieb ihr keine andere Wahl, als sämtliche Vorschläge des Staatsrats durchzuwinken. In den zuständigen Parlamentsausschüssen wurde durch vier Gesetzesänderungen den Anmerkungen und Einwänden der Hohen Körperschaft vollends Rechnung getragen.

### Nationale Einheit zerbröckelt

Die nationale Einheit, die zu Beginn des Notstands noch allgegenwärtig war, zerbröckelte zusehends. Nach der von der CGFP losgetretenen Covid-19-Debatte und den zahlreichen negativen Gutachten (Staatsrat, Berufskammern, Generalstaatsanwaltschaft, Datenschutz- sowie Menschenrechtskommission...) mehrten sich auch im Parlament nach anfänglichem Zögern die kritischen Stimmen.

Im Vorfeld der Abstimmung hatte Xavier Bettel noch selbstsicher verkündet, ihm sei viel daran gelegen, in dieser wichtigen Angelegenheit einen breiten parlamentarischen Konsens zu erzielen. Spätestens nach dem Votum stand jedoch fest, dass dieser Wunsch nicht in Erfüllung ging. Am Ende wurden die Covid-19-Gesetze nur mit der hauchdünnen Mehrheit der 31 Abgeordneten von DP, LSAP und déi Gréng verabschiedet. CSV und ADR stimmten dagegen. Déi Lénk und die Piraten enthielten sich.

Die messerscharfen Kritiken, die im Laufe der sechsstündigen Debatte geäußert wurden, waren in vielen Punkten identisch mit den Beanstandungen, die zuvor in den vielen Gutachten erwähnt worden waren. Die Texte seien unausgegoren und nicht präzise genug, beschwerte sich die Opposition. Die kom-



plexen Covid-19-Entwürfe seien zu spät auf den Instanzenweg geschickt worden. Das Parlament habe deshalb auf Biegen und Brechen handeln müssen.

Fazit: Die kritischen Einwände seitens der CGFP sowie der anderen treibenden Kräften haben sich gelohnt. Aufgrund des wachsenden Drucks wurden die Texte umfangreich nachgebessert, sodass weitaus Schlimmeres verhindert werden konnte. Mit Sicherheit wurden dabei nicht alle Bedenken berücksichtigt. Die angepassten Texte sind dennoch um einiges besser als die ursprünglichen Entwürfe.

Der Mangel an Transparenz, der zu Beginn der Pandemie im Regierungslager herrschte, hat seinen Tribut gefordert. Die Strategie, die Gewerkschaften außen vorzulassen, führte dazu, dass bei der Ausarbeitung der Covid-19-Gesetze wertvolle Zeit vergeudet wurde. Die CGFP hatte als erste vor schwerwiegenden Einschnitten in die persönlichen Freiheiten gewarnt. Zu Recht hatte sie dazu aufgerufen, die Sozialpartner bei der Suche nach Lösungen einzubinden. Hätte die Regierung diesem Aufruf sofort Folge geleistet, wäre ihr mancher Ärger erspart geblieben. Die dadurch entstandene unnötige Hektik hätte durchaus vermieden werden können, sodass genügend Zeit vorhanden gewesen wäre, um in Ruhe ausgewogene Texte auszuarbeiten. Es bleibt zu hoffen, dass die Dreierkoalition bei den kommenden Tripartite-Gesprächen und weiteren künftigen Herausforderungen eine andere Taktik wählt als bisher.

Max Lemmer



Mit ihrem geschlossenen Auftritt vor der Presse hatten die drei größten Gewerkschaften des Landes eine Debatte über die Wahrung der Grundrechte losgetreten, die schnell an Fahrt gewann.



Les systèmes de soins de santé à l'épreuve du COVID-19

## Pandémie - Le monde d'après

Le Luxembourg se distingue régulièrement parmi les pays disposant de l'un des meilleurs systèmes de santé au monde. Il se classait ainsi à la 10<sup>ème</sup> place de l'étude Healthcare Access and Quality Index publiée en 2017 dans la revue médicale britannique The Lancet<sup>1</sup>, à la 7<sup>ème</sup> place des meilleurs systèmes de santé d'Europe d'après le rapport Euro Health Consumer Index (EHC)<sup>2</sup> et aux 11<sup>ème</sup> et 7<sup>ème</sup> places du panorama de la santé 2019 de l'OCDE<sup>3</sup> en ce qui concerne les plus bas taux de mortalité évitable (respectivement par prévention et par traitement).

Toutes ces études montrent de grandes disparités non seulement au niveau des résultats, mais surtout au niveau des indicateurs choisis, puisqu'elles tentent d'évaluer la qualité des systèmes de santé d'après des critères tels que la qualité des soins prodigués, de la formation du personnel soignant, des infrastructures de soins, du taux de couverture de la population ou de la quantité de dépenses de santé. Le Conseil Économique et Social soulignait ainsi, dans un rapport de 2019, les défis méthodologiques à relever lorsqu'on tente d'évaluer la productivité du secteur non-marchand<sup>4</sup>.

En temps normal, ces classements permettent aux États de se situer les

uns par rapport aux autres en matière de santé publique. Pourtant, à l'épreuve d'une crise sanitaire telle que l'épidémie COVID-19, que valent vraiment nos systèmes de soins de santé ? L'ampleur de la pandémie était-elle prévisible ? Quelles mesures fallait-il prendre ? Quelles erreurs fallait-il éviter ? Notre personnel soignant et nos infrastructures sont-ils suffisamment bien lotis ? Enfin, qui va payer la facture de cette crise sans précédent ?

### Bons élèves versus mauvais élèves

Avec le tsunami sanitaire causé par la pandémie de coronavirus COVID-19 qui a envahi le monde entier à partir de fin 2019, la plupart des pays développés est partie du postulat que ceux, parmi eux, qui disposaient des meilleurs systèmes de soins feraient face à l'épidémie sans difficultés. Partant de là, ils ont tous tardé à prendre les mesures nécessaires. En mars 2020, il semblait encore évident qu'en analysant, à posteriori, le nombre de cas et la mortalité dans les pays les plus touchés par le COVID-19, nous allions pouvoir confirmer que les pays qui proposent les meilleures couvertures sociales et les meilleures infrastructures de santé seraient les plus à même de protéger leurs populations contre la pandémie.

Chacun pouvait s'imaginer qu'en superposant la carte du monde des meilleurs systèmes de santé avec celle des pays ayant connu le plus petit nombre de décès dus au coronavirus, celles-ci se confondraient parfaitement. Orgueilleux de nos systèmes de santé et des taux de couverture maladie particulièrement larges en Europe occidentale, nos gouvernements ont tardé à prendre des mesures à la hauteur de la pandémie qui arrivait. Pourtant, au sortir de la première vague de contamination, il s'avère que ni la qualité présumée des systèmes de soins de santé, ni les dépenses publiques dans le domaine de la santé, ni la qualité des infrastructures ou les compétences du personnel médical ne semblent avoir fait la différence dans l'impact du virus sur les populations.

En effet, si le triste record en termes de nombre de décès dus au COVID-19 aux États-Unis a marqué les esprits sans réellement surprendre les Européens bien conscients que l'accès aux soins y est nettement moins évident, la mortalité rapportée au nombre d'habitants d'après les chiffres de l'Université de Médecine Johns

Hopkins, révèle que la Belgique (2<sup>ème</sup>), le Royaume-Uni, l'Espagne, l'Italie, la Suède et la France se trouvent devant les États-Unis (9<sup>ème</sup> rang) en termes de morts pour 100.000 habitants. Les États-Unis comptent effectivement beaucoup plus de morts attribués au COVID-19 que chacun de nos pays pris individuellement, mais il ne nous viendrait pas à l'esprit de comparer le nombre absolu de décès au Luxembourg au nombre absolu de décès aux États-Unis.

Le Luxembourg, lui, semble avoir limité les dégâts de façon exemplaire, mais occupe tout de même la 17<sup>ème</sup> place du triste palmarès, relativement loin devant l'Allemagne qui, elle, montre à ce jour les meilleurs résultats avec "seulement" 10,34 morts pour 100.000 habitants.

À l'heure où la plupart des pays européens est sortie du confinement et se prépare à une deuxième vague, il semblerait donc que l'Allemagne soit l'exemple à suivre pour faire face à une nouvelle recrudescence des cas d'infections, voire à l'apparition à l'avenir d'un nouveau virus du même type. Néanmoins, pour suivre l'exemple allemand, encore faut-il identifier l'ensemble des paramètres qui ont pu faire la différence dans la gestion de cette crise sanitaire.

La communauté scientifique tentait déjà d'alerter les gouvernements face au risque d'apparition d'une nouvelle maladie inconnue depuis plus de vingt ans. Prêtant enfin une oreille attentive à ces alertes, l'Organisation mondiale de la santé (OMS) avait d'ailleurs, fin février 2018, ajouté à sa liste des maladies pouvant potentiellement causer un danger international<sup>5</sup> la "maladie X", qui symbolisait une pathologie encore inexistante pouvant être causée par une arme chimique ou biologique, par une mauvaise manipulation dans un laboratoire ou par une maladie se transmettant de l'animal à l'homme ("zoonose") et contre laquelle l'humanité devait se prémunir.

### Une pandémie prévisible ?

L'OMS rappelait ainsi que les grandes épidémies qui ont déjà, par le passé, décimé des populations entières, étaient à chaque fois des maladies encore inconnues auparavant, voire des mutations de maladies existantes qui se manifestaient sous une forme dont on ignorait alors comment les traiter. L'objectif de l'OMS, en ajoutant cette maladie X à sa liste, était donc de sensibiliser les États aux risques à venir afin qu'ils se tiennent

prêts à lutter contre toute nouvelle forme d'épidémie.

Rappelons qu'il y a vingt ans, le rapport sur la santé dans le monde 2000<sup>6</sup> de l'OMS encensait la France pour la qualité de ses soins de santé généraux, suivie de près par l'Italie et l'Espagne alors que l'Allemagne n'atteignait que la 25<sup>ème</sup> place du classement.

Vingt ans plus tard, les nombreuses manifestations de soignants dénonçant l'abandon de l'hôpital public par l'État français qui secouaient déjà la France bien longtemps avant la pandémie permettaient aisément de présager du désastre sanitaire à venir. Par contre, qui aurait pu s'attendre à ce que le voisin belge soit encore plus durement touché tandis que l'Allemagne serait plus largement épargnée par le COVID-19 ?

Pour expliquer les bons résultats allemands, on pourrait être tenté d'évoquer la discipline de la population allemande par opposition à l'indiscipline française qui a certainement joué un rôle dans le respect des gestes barrières, ou encore la réactivité des autorités sanitaires allemandes. Pourtant, l'Allemagne a elle aussi tardé à prendre des mesures à la hauteur de la menace sanitaire.

### Qu'est-ce qui a fait la différence ?

Ce qui est clairement apparu dès les premières mesures prises par les différents gouvernements à partir de mi-mars, c'est que l'objectif n'était pas tant d'empêcher à tout prix la propagation du virus, mais surtout de la ralentir afin d'éviter l'engorgement massif des hôpitaux dont nos dirigeants savaient qu'ils ne pourraient pas faire face à une pandémie de cette ampleur. Or, c'est justement au niveau des capacités à diagnostiquer rapidement et à isoler les malades que l'Allemagne s'est illustrée en mettant au point des tests dès janvier 2020 et en lançant immédiatement leur production à échelle industrielle.

Pour comprendre pourquoi l'Allemagne a réussi à contenir le taux de mortalité dû au COVID-19 (en-dessous de 11 décès pour 100.000 habitants, alors que ce taux a atteint 84,60 morts pour 100.000 habitants en Belgique, 44,11 en France, soit encore plus qu'aux États-Unis (35,75) et 18,10 décès pour 100.000 habitants au Luxembourg), il faut s'intéresser, non pas au nombre de personnes infectées, dont les principes de comptage ont été très différents selon les pays, ni même à la capacité des systèmes de soins à absorber le flux



de personnes atteintes et à les soigner, ni encore à la réactivité des États qui ont tous tardé à réagir, mais surtout à la capacité à détecter et isoler rapidement les personnes atteintes par le virus.

Au Luxembourg, si le nombre relatif de décès semble révéler une excellente gestion de la crise sanitaire, lorsque l'on rapporte ces chiffres au nombre d'habitants, les résultats restent en réalité dans la moyenne des pays les plus touchés ; ce qui pourrait néanmoins être nuancé au vu du nombre de travailleurs frontaliers qui, même s'ils ne résident pas au Luxembourg, y travaillent et ont pu y être testés et soignés, sans compter les patients français accueillis pour désengorger les hôpitaux du Grand-Est français.

### La cigale et la fourmi

La France et la Belgique, quant à elles, ont péché non seulement à cause de leur incapacité à réagir rapidement en prenant les mesures nécessaires pour tester leur population, mais surtout en raison de dix ans de restrictions budgétaires et de libéralisation à l'excès de tous les secteurs qui devraient être protégés par les services publics : destruction et non-renouvellement des stocks de masques, abandon à la concurrence étrangère et délocalisation de la production industrielle de masques et consommables, ignorance des appels au secours des personnels soignants, abandon de la gestion des hôpitaux et maisons de soins pour personnes âgées à des fonds d'investissements ne visant que la rentabilité et développement des traitements en ambulatoire dans une logique de marché sans vision à long terme.

Nos voisins semblent ainsi avoir bradé leurs systèmes de santé dans une logique consumériste dénuée de vision d'avenir. Tels des cigales, ils ont favorisé les restrictions budgétaires et le profit à court terme sans tenir compte du coût à long terme qu'allait leur valoir une catastrophe sanitaire d'une telle ampleur que celle que nous connaissons aujourd'hui. Comme amnésiques et sourds, l'ensemble de nos États, et le Luxembourg n'échappe pas à la règle, a préféré ignorer les signes précurseurs et les appels de la communauté scientifique relayés par l'OMS.

À l'heure de tirer le bilan de la première vague de COVID-19, qui ressemble fort à la maladie X redoutée par l'OMS, quelques conclusions s'imposent : si aucun pays ne peut se targuer de disposer d'un traitement ou d'un vaccin pour vaincre le nouveau coronavirus, les mesures préventives permettant d'éviter, voire ralentir sa propagation existent depuis bien longtemps et sont d'ailleurs également efficaces pour protéger les personnes vulnérables contre d'autres virus particulièrement meurtriers comme la grippe, le virus Ebola ou la fièvre Lassa par exemple.

Le meilleur moyen de protéger la population consiste donc tout simplement à disposer de tous les moyens de protection contre la transmission des virus les plus courants, à savoir tous les consommables tels que masques, gels hydroalcooliques, gants, blouses, etc. L'OMS a d'ailleurs fait le constat qu'alors que la grippe saisonnière fait habituellement 290.000 à 650.000 morts par an dans le monde, les mesures mises en place pour limiter la propagation du COVID-19 ont stoppé net la saison grippale<sup>7</sup> et ainsi sauvé des centaines de milliers de vies. On pourrait même se demander pourquoi ces mesures ne sont pas systématiquement respectées par le personnel dans les maisons de soins pour personnes âgées, où il semble évident que si le virus COVID-19 a été introduit alors que tous les résidents étaient en confinement et privés de visites, il l'a nécessairement été par le personnel qui ne disposait pas ou ne portait pas de dispositif de protection.

Loin d'avoir été plus lucide ou prévoyante que les autres États, l'Allemagne a tiré son épingle du jeu dans la gestion de la crise sanitaire grâce à son assise industrielle solide qui lui a permis dans un temps record d'activer une véritable fourmilière d'usines et de travailleurs afin de fabriquer les tests et les consommables dont sa population avait besoin et d'installer des stations de tests partout dans le pays alors que d'autres avaient délocalisé et bradé leurs productions depuis des années, organisant une dépendance des importations intenable en temps de crise.

Ainsi, il semble essentiel que les États tirent dès aujourd'hui les enseignements qui s'imposent des erreurs commises dans la gestion de la crise sanitaire en s'assurant dès aujourd'hui et sur le long terme de toujours disposer des consommables nécessaires pour protéger leur population contre toute forme prévisible de maladie X.

### Soigner nos soignants et nos hôpitaux

Outre la nécessité d'éviter au maximum les cas de contamination, la crise sanitaire a révélé partout que deux paramètres sont absolument décisifs pour faire face efficacement à une épidémie de grande ampleur : le nombre de lits pour soins aigus disponibles et un personnel soignant compétent, formé, disponible et en nombre suffisant pour traiter les patients.

Le Luxembourg avait d'ailleurs été épinglé par l'OMS pour sa dépendance des professionnels de santé frontaliers, conclusions que la Commission européenne a reprises à son compte dans le cadre du semestre européen 2020<sup>8</sup> en évoquant les risques que feraient peser sur le système de santé luxembourgeois d'éventuelles décisions unilatérales prises par les pays limitrophes en période de crise. Le Luxembourg a effectivement dû réagir très rapidement contre les restrictions de circulation imposées aux travailleurs frontaliers par nos voisins, afin de s'assurer de la disponibilité du personnel soignant. Même s'il peut sembler injuste de reprocher au Grand-Duché des décisions imputables aux pays voisins au mépris de la réglementation européenne applicable en matière de libre circulation des travailleurs, sachant que le modèle luxembourgeois est justement basé sur cette perméabilité des frontières dans la grande région, un travail de fond est très certainement à mener afin qu'une telle situation ne se reproduise pas.

Des mesures encourageantes semblent d'ailleurs être en cours afin de revaloriser les traitements des médecins stagiaires tandis que l'Université du Luxembourg poursuit l'élargissement de son offre de formation avec l'ouverture du nouveau Bachelor en médecine à la rentrée prochaine, l'introduction d'un Master en médecine générale, d'un Diplôme d'Études Spécialisées en médecine générale et de trois filières de spécialisation ainsi que la création de passerelles permettant aux titulaires d'un BTS infirmier de bifurquer vers le Bachelor. Ce vivier de personnel soignant est et sera absolument indispensable au Luxembourg dans les mois et années à venir, car il ne suffit pas de disposer du matériel et des infrastructures nécessaires pour soigner la population, mais encore faut-il disposer du personnel capable d'utiliser le matériel en question.

Par contre, pour ce qui concerne le nombre de lits pour soins aigus, le Luxembourg se targue régulièrement du "virage ambulatoire", c'est-à-dire de la déshospitalisation permettant de faire passer deux ou trois patients par jour sur un même emplacement en pratiquant, par exemple, une opération chirurgicale dans la journée pour renvoyer le patient chez lui le soir même. Or, les représentants des assurés dé-

noncent régulièrement ce choix qui n'est justifié que du point de vue de la réduction des coûts pour les hôpitaux et certainement pas par l'intérêt des patients. Ce choix stratégique orienté vers la seule rentabilité à court terme pousse la planification hospitalière à tendre vers une réduction du nombre de lits par catégories d'établissements hospitaliers, alors que la crise sanitaire actuelle a montré qu'outre la protection de la population contre la contamination, l'efficacité des hôpitaux contre la pandémie dépendait essentiellement du nombre de lits disponibles en secteur de soins aigus et qu'une logique comptable visant la réduction de la durée d'occupation des lits était totalement inapplicable.

Enfin, la plupart des pays s'est rapidement trouvée à court, non seulement des consommables indispensables à la protection du personnel soignant et des malades dans les hôpitaux, mais également des consommables indispensables au fonctionnement du matériel médical lui-même, à savoir les sondes d'intubation, canules de trachéotomie, masques faciaux, valves, filtres anti-infectieux, cathéters, etc. permettant de faire fonctionner les respirateurs artificiels. Là encore, la capacité des États à faire tourner, dans un temps record, leur machine de production a été décisive et révèle l'erreur stratégique des délocalisations à outrance qui vident nos pays à la fois de la main d'œuvre et de l'appareil productif indispensables à une certaine forme d'autosuffisance en temps de crise.

La relocalisation du tissu industriel et de la production agricole semble donc indispensable aujourd'hui pour éviter de devoir à nouveau faire face aux coûts humains, sociaux et économiques astronomiques engendrés par des mesures de confinement moyennageuses qui auraient pu être évitées si les États avaient été plus prévoyants. D'autre part, une profonde réflexion va devoir être menée afin de définir comment l'endettement des États dû aux mesures de confinement va pouvoir être réparti, voire effacé afin de ne pas asservir encore davantage les peuples, déjà premières victimes de la crise.

### Une main lave l'autre

La crise sanitaire, comme chaque crise mondiale, a très certainement révélé le meilleur de l'humanité par certaines réactions de solidarité absolument touchantes, mais aussi le pire de l'être humain et du système mondialisé dans lequel nous évoluons. Alors que nous avons tout à coup réalisé que les professions généralement peu valorisées (personnel soignant, caissières, agriculteurs, éboueurs, facteurs, administrations, services publics, etc.) étaient les plus indispensables à notre survie, nous avons aussi pu constater que lorsque toute la population productive était à l'arrêt, certains secteurs pourtant non-indispensables à notre survie quotidienne, eux, continuaient à tourner comme si de rien n'était grâce au télétravail ou à une distanciation sociale relativement aisée à mettre en place dans des bureaux.

Notre ministre des Finances s'est ainsi félicité dès le 30 avril 2020 de la bonne santé du secteur financier malgré la crise sanitaire puisque, malgré le coup d'arrêt porté à l'économie réelle, le secteur financier a continué à fonctionner, en ne souffrant que faiblement du confinement. Seulement privé de la force de travail que constituent les parents de jeunes enfants, qui ont dû se mettre en congés pour raisons familiales, le secteur financier a continué à prospérer pendant la crise. Mais combien de temps tiendrait-il sans nourriture, sans approvisionnement, sans infrastructures sanitaires ?

Sachant que c'est justement le secteur financier qui a bénéficié des efforts



de l'ensemble de l'économie réelle durant la crise financière de 2008 que l'ensemble des travailleurs a sauvé par son travail, le temps est certainement venu pour le secteur financier de faire preuve à son tour de la solidarité dont il a bénéficié pendant plus de dix ans. Nos États se sont endettés pour faire face à la crise sanitaire et cherchent déjà comment faire payer les pertes aux travailleurs. Le Luxembourg a emprunté à taux négatifs sur les marchés financiers qui préfèrent ainsi prêter à perte à un État dont ils savent qu'il a les reins suffisamment solides pour rembourser la facture à terme, mais cette facture sera une fois de plus présentée aux travailleurs qui devront à nouveau assumer le coût de cette course au profit sans vision d'avenir qui a poussé les États à manquer de prévoyance face à une pandémie pourtant annoncée.

La crise sanitaire a révélé la valeur incommensurable de la santé des populations pour la survie de tous par rapport à la valeur du tout-profit. Il est grand temps de tirer enfin les leçons de nos erreurs et de replacer l'humain au centre des préoccupations en partageant enfin les fruits de l'économie de marché plutôt qu'en n'en répartissant systématiquement que les pertes. Il est grand temps de mutualiser enfin aussi bien les efforts que les gains, car la solidarité est la clé contre tous les maux et que dans un monde solidaire, une main lave l'autre.

**Stéphanie Ravat**

<sup>1</sup> Healthcare Access and Quality Index based on mortality from causes amenable to personal health care in 195 countries and territories, 1990–2015: a novel analysis from the Global Burden of Disease Study 2015, The Lancet, May 18, 2017  
<https://bit.ly/2Z7mh4T>

<sup>2</sup> Euro Health Consumer Index 2018, Health Consumer Powerhouse, February 25, 2019  
<https://bit.ly/3iEmiF1>

<sup>3</sup> OCDE (2019), Panorama de la santé 2019 : Les indicateurs de l'OCDE, Editions OCDE, Paris,  
<https://bit.ly/3iFQkYY>

<sup>4</sup> Analyse de la productivité, de ses déterminants et de ses résultantes, dans un contexte international, Conseil économique et social, 31 janvier 2019  
<https://bit.ly/2ZMhzs9>

<sup>5</sup> Prioritizing diseases for research and development in emergency contexts, World Health Organization  
<https://bit.ly/2DjpTs1>

<sup>6</sup> Rapport sur la santé dans le monde 2000, Organisation mondiale de la santé, juin 2000  
<https://bit.ly/2ZMhKUI>

<sup>7</sup> Influenza surveillance and monitoring, World Health Organization, June 22, 2020  
<https://bit.ly/2O2slFh>

<sup>8</sup> Recommandation de recommandation du Conseil concernant le programme national de réforme du Luxembourg pour 2020 et portant avis du Conseil sur le programme de stabilité du Luxembourg pour 2020, Commission européenne, 20 mai 2020

Vorbehalte gegen eine weitere Öffnung des öffentlichen Dienstes für EU-Bürger

# CGFP schlägt konstruktive Alternativen vor

Mehr als ein Jahr nach dem Inkrafttreten der Polizeireform ging der Minister für innere Sicherheit, François Bausch, am vergangenen 19. Mai anlässlich einer parlamentarischen Debatte auf den derzeitigen Stand der Dinge ein. Zu den Prioritäten dieser Reform zählen die Modernisierung der Polizei sowie deren verstärkte Präsenz, um so mehr Bürgernähe zu gewährleisten.

In seiner Rede vor den Abgeordneten meinte der zuständige Ressortminister, es sei noch zu früh, eine endgültige Bilanz zu ziehen. Kern des Problems sei der chronische Personalmangel, so Bausch: „Mir hunn dësen Personalmangel nach ëmmer net behuewe kritt an dat mécht eis am Alldag beim Schaffe vill Misär, fir datt déi Reform och ka gräifen, esou ewéi mer se eis alleguerte virgestallt hunn.“ Die Covid-Krise habe der Polizei viele Ressourcen abverlangt. Sie habe gezeigt, dass zusätzliche Polizisten eingestellt werden müssten.

Nach Schätzungen der Polizeigewerkschaft SNPGL, die dem CGFP-Dachverband angehört, fehlen derzeit rund 1.300 Beamten. Um diesem lang bekannten Problem zu begegnen, hatten sich CGFP und SNPGL im vergangenen Jahr mit der Regierung auf einen mehrjährigen Einstellungsplan (2020-2023) geeinigt, der die Schaffung von mehr als 800 zusätzlichen Stellen (rund 600 Polizisten und 240 Zivilisten) vorsieht.

Durch die alljährliche Einstellung der 200 Polizisten lassen sich die fehlenden Personalressourcen jedoch nicht im Handumdrehen aus der Welt schaffen. Jahrelang haben es die aufeinanderfolgenden Regierungen stets versäumt, sich ernsthaft dem Problem zu widmen. Erschwerend hinzu kommt, dass jährlich rund 40 Beamte in den Ruhestand treten.

Verstärkt wird die aktuelle Lage durch die rasante demografische Entwicklung. Allein in den vergangenen 25 Jahren wuchs die Einwohnerzahl um 220.000 Bürger. Rechnet man die Grenzgänger hinzu, halten sich an Werktagen 850.000 Personen hierzulande auf. Für die Polizei stellt dieser Zuwachs einen erheblichen Mehraufwand dar.

Angesichts dieser Fakten, war Minister Bausch sichtlich begeistert, als der CSV-Abgeordnete Léon Gloden am vergange-



**Seit Jahren plagen echte Personalprobleme die chronisch unterbesetzte Polizei. Neue Aufgaben, denen sich die Polizei stellen muss, machen die Situation nicht einfacher. Wie aus heiterem Himmel wurde im Mai ein Gesetzentwurf im Parlament eingereicht, der künftig EU-Bürgern den Zugang zum Polizeidienst ermöglichen soll. Die Befürworter dieses Vorhabens haben somit eine Grundsatzzdebatte angestoßen. Die ganze Vorgehensweise lässt sowohl von der Form als auch vom Inhalt her stark zu wünschen übrig.**

nen 19. Mai plötzlich einen Gesetzentwurf aus dem Ärmel zog, der EU-Bürgern die Möglichkeit bieten soll, unter bestimmten Voraussetzungen der Polizei beizutreten. Natürlich sollten die Anwärter die drei Amtssprachen des Landes (Luxemburgisch, Deutsch und Französisch) beherrschen, schob Gloden nach. Ähnlich wie bei der Armee könne in Erwägung gezogen werden, auch bei der Polizei die fünfjährige Frist zum Erlangen der Luxemburger Staatsbürgerschaft zu senken.

## Keine lästige Lappalie

Das Vorpreschen der größten Oppositionsfraktion in dieser Angelegenheit kam überraschend. Die CSV wird nicht müde, darauf hinzuweisen, dass sie für einen breiten Sozialdialog eintrete, der sich nicht nur auf die Regierung beschränke. Die Gelegenheit, diesen Worten konkrete Taten folgen zu lassen, sei hier offensichtlich verpasst worden, unterstrich CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger in einem Interview mit RTL Télé Lëtzebuerg.

Auch der Minister der inneren Sicherheit hat eine 180-Grad-Kehrtwende vollzogen. Vor wenigen Monaten war Bausch noch der Ansicht, die Aufnahme von EU-Bürgern in den Polizeidienst stelle „keine Priorität“ dar. Als die CSV-Motion eingereicht wurde, bezeichnete er diese Initiative als eine „ausgezeichnete Sache“. Der Gesetzentwurf wurde schließlich mit 54 Ja-Stimmen verabschiedet. Die beiden Vertreter von Déi Lénk enthielten sich. Lediglich die vier ADR-Abgeordneten stimmten wegen Souveränitätsbedenken dagegen.

In Bezug auf eine mögliche weitere Öffnung des Staatsdienstes für EU-Bürger scheinen Mehrheit und Opposition im Gleichschritt zu marschieren. Während der Parlamentsdebatte schälte sich auf beiden Seiten auch ein Konsens beim ominösen Thema „Platzverweis“ heraus. Alles Zufall? Wohl kaum: Dieser medienwirksame Doppelpass kommt einem abgekarteten Spiel gleich.

Der Vorgang im Parlament sei ein „erbärmliches Trauerspiel“, lautete der CGFP-Vorwurf in einer Pressemitteilung vom vergangenen 22. Mai. Möge das Anliegen dieser Motion diskutabel sein, so sei die Art und Weise, wie das Ganze ablief, unter aller Kanone gewesen, hieß es weiter. Die mögliche Öffnung des Polizeidienstes für EU-Bürger sei keine lästige Lappalie, die man routinemäßig abhaken dürfe, zumal es hier immerhin um Souveränitäts- und Hoheitsrechte gehe.

Ein derartig hochsensibles und weitreichendes Thema beiläufig am Rande einer Parlamentsdebatte aufzugreifen, ohne zuvor weder den Dachverband der öffentlich Bediensteten noch den zuständigen CGFP-Fachverband mit einzubeziehen, erwies sich als höchst ungeschickt und äußerst respektlos. Hinzu kommt, dass zu diesem Zeitpunkt auch auf anderen Ebenen der Sozialdialog vermisst wurde.

Beim Gesetz von 2009 hatte sich die CGFP nicht widersetzt, viele Bereiche des Staatsdienstes für EU-Bürger zu öffnen. Dem vorausgegangen waren damals ausgiebige Gespräche zwischen der CGFP und der Regierung. Dieser Dialog fand dieses Mal nicht statt. Falls die Politik jetzt eine andere Laufrichtung einschlagen möchte, sollte sie mit der CGFP in Ruhe und ohne Polemik gemeinsam nach Lösungen suchen, wie sich der Personalmangel in den betroffenen Verwaltungen beheben lässt. Mitten in der Krise zogen es die politisch Verantwortlichen vor, den Menschen mit unreifen Ideen Sand in die Augen zu streuen. Dadurch entstand der Eindruck, dass die Krise bloß als Vorwand genutzt wurde, um unbequeme Fakten zu schaffen. So soll man nicht mit einem verantwortungsbewussten Sozialpartner wie der CGFP umgehen.

Die ganze Vorgehensweise seitens der Politik lässt jedoch nicht nur von der Form, sondern auch vom Inhalt her, stark zu wünschen übrig. Die Behauptungen, die einige Parlamentarier im Laufe der Debatte aufstellten, waren teilweise unvollständig und nicht wahrheitsgetreu. Ob diese löchrigen Argumente auf einer mangelnden Fachkompetenz beruhen, oder ob hier versucht

wurde, die Öffentlichkeit durch falsche Aussagen irreführen, entzieht sich unserer Kenntnis.

Die Ausführungen einer grünen Abgeordneten schlugen am Ende dem Fass den Boden aus. Fälschlicherweise ließ die Polit-Newcomerin den Eindruck entstehen, dass es in allen Bereichen der Armee bereits Nicht-Luxemburger gebe. Dies entspricht keineswegs der Realität: Der Zugang zur Armee für EU-Bürger gilt nur für Soldaten und bezieht sich demnach nicht auf die Staatsbeamten.

Demnach können Nicht-Luxemburger lediglich als Freiwillige in die Armee aufgenommen werden. Ihr befristeter Arbeitsvertrag hat eine Dauer von maximal vier Jahren. Gleichzeitig steht ihnen eine Option zu, die es ermöglicht, die Luxemburger Staatsbürgerschaft schneller zu erlangen. Dieser Antrag kann sofort am ersten Tag der Grundausbildung gestellt werden. Je nach Herkunftsland der Anwärter nimmt diese Prozedur zwischen zwei und acht Monate in Anspruch.

Zudem müssen EU-Bürger, die in der Armee dienen möchten, unmittelbar vor ihrer Ausbildung drei Jahre hintereinander in Luxemburg gewohnt haben. Zu erwähnen bleibt, dass längst nicht alle EU-Staaten ihren Bürgern gestatten, der Luxemburger Armee zu dienen. Vor allem osteuropäische Länder haben sich dagegen zur Wehr gesetzt.

## Hohe Ausländerquote

2003 rekrutierte die luxemburgische Armee erstmals EU-Bürger als Soldaten. Ziel war es damals, 17-Jährige, die in Luxemburg aufgewachsen waren, in der Armee aufzunehmen. Nach einem Jahr konnten diese per Option die Luxemburger Nationalität schneller erlangen. Nach der Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft meldet sich inzwischen nur noch ein Bruchteil von Nicht-Luxemburgern als Soldat bei der Armee.

Die CGFP sieht derzeit keinen dringenden Handlungsbedarf, den öffentlichen Dienst zusätzlich für EU-Bürger zu öffnen. Mehr als jeder zehnte Staatsbedienstete ist Nicht-Luxemburger. Mit diesem Prozentsatz braucht das Großherzogtum keinen internationalen Vergleich zu scheuen. In den meisten EU-Staaten liegt die Ausländerquote in den Verwaltungen wesentlich niedriger.

Das Gesetz aus dem Jahr 2009 besagt, dass alle Bereiche, die hoheitsrechtliche Aufgaben beinhalten, Luxemburgern vorbehalten sind. Auch unsere Nachbarstaaten handhaben dies so. Auf EU-Ebene ist Luxemburg in dieser Hinsicht also kein abstruser Sonderling. Auch heute sollte es möglich sein, an dieser Regelung festzuhalten, ohne dabei von Andersdenkenden sofort als ausländerfeindlich und rechtsradikal abgestempelt zu werden. Ein derart wichtiges Thema verdient eine sachliche, tiefgründige und konstruktive Debatte, frei von kontraproduktiven Emotionen.

Aus gutem Grund bevorzugt die CGFP nach wie vor die klassische Einstellungspolitik des öffentlichen Dienstes: Das Staatsexamen sei transparent und objektiv, sodass es nahezu keinen Spielraum für Willkür biete, stellte CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger im RTL-Interview klar. Allerdings kann niemand leugnen, dass bei einigen Berufsprofilen Probleme bei der Rekrutierung auftreten. Insbesondere hochwertig spezialisierte Posten (Informatiker, Ärzte...) sind oft schwer zu besetzen. Die CGFP hat sich nie da-



gegengestemmt, diese Mitarbeiter über andere Kanäle einzustellen, sofern es sich um strikte Ausnahmen handelt.

Seit jeher hat die CGFP darauf hingewiesen, dass für sie eine zusätzliche Öffnung des Staatsdienstes für EU-Bürger nur dann infrage kommt, wenn zuvor alle anderen Optionen geprüft wurden. An dieser Haltung hat sich bis heute nichts geändert. Die CGFP hat diesbezüglich eine Reihe von Alternativen ausgearbeitet.

Mit der Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft wurden völlig neue Perspektiven eröffnet. Fühlt sich ein EU-Bürger derart mit Luxemburg verbunden, dass er nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern in einem als „Hoheitsrecht“ eingestuftem Bereich arbeiten möchte, ist die doppelte Nationalität eine kluge Option, zumal der Antragsteller seine herkömmliche Staatsbürgerschaft beibehalten kann.

### Einstellungen über die Adem

Eine weitere Alternative könnte darin bestehen, neue Mitarbeiter über das Arbeitsamt zu rekrutieren, sofern diese über das nötige Profil verfügen. In dieser Hinsicht wurden bereits in diversen Verwaltungen positive Erfahrungen gesammelt. Die bei der Adem eingetragenen Personen wurden spezifisch für klar definierte Aufgaben ausgebildet. Anschließend waren die Betroffenen sofort einsatzfähig. Auf diese Weise wurden z.B. bei der Steuerverwaltung Dutzende Mitarbeiter in mehreren Rekrutierungsphasen eingestellt. Nach den ermutigenden Ergebnissen wäre es zumindest einen Versuch wert, zu prüfen, ob eine solche Vorgehensweise auch bei der Polizei möglich wäre.

Des Weiteren ist die Politik gefordert, Jobs, wie z.B. den Beruf des Polizisten, nach außen hin attraktiver

darzustellen. Großangelegte öffentliche Rekrutierungskampagnen, die der Öffentlichkeit die vielen Möglichkeiten eines Berufsstandes konkret vor Augen führen, zahlen sich nur dann aus, wenn sie in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden.

Doch diese Maßnahme allein kann den Personalmangel nicht beheben. Die politisch Verantwortlichen müssen auch Sorge dafür tragen, dass die Arbeitsbedingungen in einigen Bereichen des Staatsdienstes verbessert werden. Für eine Verwaltung, die den Ruf hat, dass ihre Belegschaft regelmäßig massiv Überstunden schieben muss, werde es zunehmend schwieriger, neue Mit-

arbeiter zu finden, mahnt CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger.

Die gravierende Personalnot bei der Polizei könnte zum Teil dadurch gelöst werden, dass man künftig noch mehr Menschen mit einem Abschluss der Sekundarschule einstellt. Innerhalb der mittleren Laufbahn (carrière B) sind viele potenzielle Kandidaten vorhanden. Derzeit wird vorwiegend in der Laufbahn C rekrutiert.

Die Reform des Staatsexamens, die aufgrund der hohen Misserfolgsrate vor geraumer Zeit vollzogen wurde, hat dazu geführt, dass sich inzwischen mehr Kandidaten melden als zuvor. Auf Druck der betroffenen CGFP-Fachverbände hin, wurden die theoretischen Examen bei Polizei und Armee an das allgemeine Staatsexamen angepasst. Dieser Reform sollte man zunächst eine Chance geben, anstatt jetzt schon ungeduldig andere drastischere Maßnahmen ins Auge zu fassen.

Angesichts des Personalmangels

bei der Polizei ist es bedauerlich, dass die provisorische Containerstruktur, die für die Übergangsphase bis zum Neubau der Polizeischule vorgesehen ist, in Verzug geraten ist. Derartige Verzögerungen sind mit Sicherheit ein falsches Signal, wenn es darum geht, möglichen Interessenten diesen Beruf schmackhaft zu machen.

Zur Attraktivität eines Jobs gehört auch ein Ausbau der Weiterbildung. Die Mitarbeiter nur einmal im Jahr auf den neusten Stand zu setzen, wie dies derzeit z.B. bei der Polizei der Fall ist, genügt nicht.

An CGFP-Lösungsvorschlägen zur Behebung des Personalmangels fehlt es wahrlich nicht. Der politische Willen, die Probleme offensiv anzugehen, war jedoch bislang nicht wirklich zu erkennen. Die Politik hörte lediglich brav zu, ohne die konstruktiven Ideen aufzugreifen. Stattdessen haben die jeweiligen Regierungen das Problem auf später verschoben, gerade jetzt, wo die personellen Engpässe in einigen Bereichen immer offensichtlicher werden.

Max Lemmer



## LOSCHT DECH ANZESETZEN?

## D'ARMÉI, ENG ERAÜSFUERDERUNG FIR DECH.

### Mir stellen an:

- Offizéier (A1)
- Ënneroffizéier (C1)
- Ënneroffizéier an der Militärmusek (C1)
- Kapereel (C2)
- Fräiwëlleg Zaldoten
- Zivil Personal (All Karriären)



8002 48 88



www.armee.lu



Informationsbüro  
15, bd. Royal • L-2449 Luxembourg



LËTZEBUERGER ARMÉI



# OFFRE EXCLUSIVE POUR LES AGENTS DE L'ÉTAT



**CHANGER DE BANQUE N'A JAMAIS  
ÉTÉ AUSSI INTÉRESSANT ET FACILE**

Profitez de nombreux avantages et de  
notre service de mobilité bancaire ! <sup>1)</sup>

[bgl.lu/fr/compte-fonctionnaire](https://bgl.lu/fr/compte-fonctionnaire)

**100 EUR**  
OFFERTS AUX  
50 PREMIÈRES  
OUVERTURES DE  
COMPTE <sup>2)</sup>



**BGL  
BNP PARIBAS**

**La banque  
d'un monde  
qui change**

1) Offre réservée aux agents de l'État luxembourgeois, en cas de domiciliation de salaire. Ouverture de compte soumise à conditions. Pour plus d'informations sur les conditions d'ouverture de compte et nos tarifs, rendez-vous sur [bgl.lu](https://bgl.lu) ou appelez le (+352) 42 42-2000.

2) 100 EUR versés sur un compte épargne solidaire Finance4Good. Ouverture de compte soumise à conditions.

BGL BNP PARIBAS S.A. (50, avenue J.F. Kennedy, L-2951 Luxembourg, R.C.S. Luxembourg : B 6481) Communication Marketing juillet 2020

CGFP traf Minister Hansen

## Anpassungen bei der Telearbeit erforderlich

Während des Lockdown wurde deutlich, dass das Homeoffice in vielen Ministerien und Verwaltungen umsetzbar ist. Die Regierung hat daher beschlossen, dass Telearbeit künftig an bis zu 3 Tagen pro Woche genehmigt werden kann. Sie verweist dabei auf Artikel 19bis des öffentlichen Statuts, der besagt, dass ein Beamter vom Verwaltungschef dazu ermächtigt werden kann, einen Teil seiner Arbeit von zu Hause aus zu erledigen.

Der CGFP wurde jedoch zugetragen, dass sich mehrere Abteilungsleiter weigern, vom Homeoffice Gebrauch zu machen. Mit Blick auf die jüngste beunruhigende Entwicklung der Neufektionen (Stand: 15. Juli 2020) fordert die CGFP, dass die Vorgaben der Regierung im Zusammenhang mit der Telearbeit innerhalb der Verwaltungen so weit wie nur möglich angewandt werden. Falls möglich, soll sogar an fünf Tagen pro Woche zu Hause im Homeoffice gearbeitet werden. Angesichts der Krisensituation müssen die sanitären und gesundheitlichen Überlegungen absoluten Vorrang haben.

In Bezug auf die Telearbeit ist die CGFP der Ansicht, dass man zwischen Krisenzeiten und „normalen“ Zeiten differenzieren muss. Zur Rentrée im Herbst wird die CGFP mit Beamtenminister Marc Hansen über eine dauerhafte Regelung zur Telearbeit verhandeln. Dabei soll in Ruhe und ohne vorgefasste Meinungen gemeinsam nach Lösungen gesucht werden.

Bei einem ersten Austausch am vergangenen 1. Juli hat die CGFP klargestellt, dass sie sich einer verstärkten Nutzung der neuen Arbeitsweise nicht

widersetzt. Sinnvoll sei es jedoch, eine Rotation zwischen Homeoffice und dem klassischen Arbeitsplatz anzupeilen. Nach einer detaillierten Bestandsaufnahme der in Krisenzeiten gesammelten Erfahrungswerte müsse von Fall zu Fall geprüft werden, welche Gewichtung der Telearbeit beigemessen werde.

An den Minister ging der Aufruf, in den jeweiligen Personalabteilungen zu prüfen, wie groß die Akzeptanz für Telearbeit sei. Zu klären bleibe auch, von wem die Initiative ausgehe, auf Heimarbeit zurückzugreifen. Nach Ansicht der CGFP dürfe kein Vorgesetzter diese Maßnahme gegen den Willen mancher öffentlich Bediensteten durchsetzen. Um einer eventuellen Willkür sofort einen Riegel vorzuschieben, sollten im gesamten öffentlichen Dienst sämtliche Posten definiert werden, die sich für Telearbeit eignen.

Ausschlaggebend für erfolgreiches Homeoffice seien vertrauensbildende Maßnahmen, betonte die CGFP-Exekutive. Statt die Mitarbeiter mit maßlos übertriebenen Kontrollmechanismen zu schikanieren, sollen diesbezüglich einheitliche Regeln ausgearbeitet werden, die in sämtlichen Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen anwendbar seien.

Die CGFP-Vertreter wiesen auf zahlreiche wichtige Punkte hin, bei denen derzeit noch Unklarheit herrsche. Staatsbedienstete, die im Grenzgebiet leben, dürften z.B. keine steuerlichen Nachteile erfahren, da sonst Tür und Angel für eine Zweiklassen-Mentalität geöffnet würden.

Einig waren sich die CGFP und der Minister, dass man bei einer verstärk-



ten Nutzung der Heimarbeit die sozialen Aspekte stets im Blick behalten sollte. Ferner soll bei einer flächendeckenden Einführung des Homeoffice noch mehr Gewicht auf die Ausbildung gesetzt werden. Die öffentlich Bediensteten künftig ausschließlich von zu Hause aus arbeiten zu lassen, sei keine Alternative. Durch Sensibilisierung müsse den Telearbeitern ins Bewusstsein gerufen werden, dass ihnen das Recht auf Nichterreichbarkeit zustehe, ohne dabei ein schlechtes Gewissen zu haben.

Bereits am vergangenen 29. Juni hatte die CGFP eine weitere Unterredung mit dem Minister des öffentlichen Dienstes bezüglich des im Januar 2020 unterzeichneten Abkommens zur Arbeitszeitregelung. Nach mehreren technischen Sitzungen zwischen den Rechtsabteilungen beider Seiten, wurden fast alle Punkte, bei denen es noch Verständigungsprobleme gab, erfolgreich abgeschlossen. Minister Hansen stellte in Aussicht, dass der entsprechende

Gesetzentwurf in Kürze im Ministerrat vorgestellt und anschließend auf den Instanzenweg geschickt wird.

Das Übereinkommen sieht u.a. vor, dass öffentlich Bedienstete, die zwölf Monate ohne Unterbrechung Schichtdienst geleistet haben, ein Anrecht auf fünf zusätzliche Ruhetage haben. Die wöchentliche Ruhezeit wird indes von 35 auf 44 Stunden erhöht.

Für Staatsbedienstete, die Schichtdienst leisten oder über gleitende Arbeitszeiten verfügen, wird eine Referenzperiode eingeführt, die in der Regel einen Monat beträgt. Die mögliche maximale Arbeitszeit steigt somit von zehn auf 12,5 Stunden pro Tag. Binnen der festgelegten Referenzperiode darf jedoch eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 48 Stunden nicht überschritten werden. Die Referenzperiode kommt u.a. jenen Staatsbediensteten entgegen, die im Ausland beruflich tätig sind und bislang nur zehn Stunden am Tag geltend machen konnten. **ml**



Haus a Residenz «Le Faubourg»  
am Néjduerf (Lëtzebuerg-Stad)



Haiser zu Bartreng  
«Cité Am Bruch»



Haiser zu Zéisseng  
(Lëtzebuerg-Stad) «Am Brill»

# TERRAINEN APPARTEMENTER HAISER



A.E.: 00137028/0



# Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

**BHW** und **CGFP**

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit  
und zwar zu den allergünstigsten Bedingungen

## Unschlagbares Angebot

für:	mit:
Wohnungsbau/-kauf	Sofortkredit
Modernisierung	CGFP-Vorzugsdarlehen
Grundstückwerb	Steuervorteilen

**Lassen Sie sich unverbindlich beraten!**

Bitte ausfüllen und einsenden an:

**OEL/CGFP**

Oeuvre CGFP  
d'Épargne-Logement  
B.P. 595  
L-2015 Luxembourg

Baukredit:

Ich bitte um  
unverbindliche  
Beratung durch einen  
CGFP/BHW-Berater

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(Plz. /Wohnort)

(Telefon)

(Dienstbezeichnung)

(Dienststelle)

**Sichern Sie sich Ihre Steuervorteile 2020**

# Baufinanzieren aktuell

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus

## Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement ebnet Ihnen den Weg.

### Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbausparen Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapriolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie entscheiden selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar.

Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Entsprechend Ihren Wünschen haben Sie die Wahl zwischen zwei Darlehensvarianten zu 2,35 % oder sogar zu 1,25 %.

### Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW Wohnbausparen Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen möchten, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

### Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkkonto können Sie steuerlich absetzen: jährlich bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern ergibt das z.B. 2.688 Euro. Seit der Umsetzung der Steuerreform sind weitere Verbesserungen der staatlichen Förderung in Kraft getreten, so zum Beispiel die doppelte Absetzbarkeit der Sparbeiträge für Bausparer bis 40 Jahre. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparkguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!



## „Home Staging“: Alles nur Fassade

Wer eine Immobilie verkaufen will, hat meist zwei Wünsche: Es soll schnell gehen und möglichst gewinnbringend sein. Dafür kommt immer häufiger „Home Staging“ zum Einsatz: Leer stehende Immobilien werden für Fotos und Besichtigungen trendig eingerichtet. Blenden lassen sollten sich Kaufinteressenten davon jedoch nicht.

Anstelle leerer Räume präsentieren Eigentümer und Makler immer häufiger inszenierte Wohnwelten. Hier ein Designersofa, dort eine Lichtquelle, auf dem Beistelltisch schicke Accessoires. „Home Staging soll die Fantasie anregen und Kaufwünsche wecken“, sagt Stefanie Binder von der BHW Bausparkasse. „Kaufinteressenten sollten sich aber dennoch darauf konzentrieren, welche Werte wirklich hinter dem inszenierten Ambiente stehen.“

### „Home Staging“ für höhere Preise

In den USA und Skandinavien hat sich die Inszenierung von Immobilien längst etabliert. Nicht ohne Grund. „Home Staging“ gilt als verkaufsfördernde Werbemaßnahme, mit der sich Immobilien schätzungsweise um bis zu 15 Prozent teurer verkaufen lassen.



Vorher – nachher: Die Möbel wurden nachträglich am Computer ins Foto eingefügt

### Spezialeffekte aus dem Computer

Das Ganze funktioniert mittlerweile auch digital. Beim sogenannten virtuellen „Home Staging“ lässt der Anbieter die Fotos seiner Immobilie mit Bildbearbeitungssoftware am Computer aufhübschen. Ein paar Klicks, und die Wand hat eine andere Farbe, ein Kaminofen ist eingebaut oder ein einladender Lehnstuhl im Raum platziert. Für die Anbieter ist das praktisch. Sie sparen sich Schönheitsreparaturen und den Möbeltransport und wecken in Immobilienportalen möglicherweise mehr Interesse. „Dass es sich um Bildmontage handelt, ist nicht auf Anhieb zu erkennen“, warnt BHW Expertin Stefanie Binder. Umso wichtiger sei die persönliche Besichtigung.

### Den Wert einer Immobilie erkennen

„Geben Sie nicht zu viel auf den ersten Eindruck, sondern prüfen Sie die Substanz des Objektes“, empfiehlt die BHW Expertin. Äußerlichkeiten seien zweitrangig. Für die Kaufentscheidung sollten die Antworten auf folgende Fragen zählen: Wie alt ist die Immobilie? Stimmt die Lage? Wann ist zuletzt modernisiert worden? Wie hoch ist der Energieverbrauch?

## Wie verlässlich sind Maklerexposés?

In Exposés informieren Makler über Verkaufsimmobilien. Doch können sich Käufer wirklich auf die Angaben verlassen? Hier die wichtigsten Fragen und Antworten zu diesem Thema.

### Welche Angaben gehören ins Exposé?

Ein Exposé informiert in der Regel über Angebotspreis, Baujahr, erfolgte Modernisierungen, Grundstücks- und Wohnfläche, Lage des Objekts, Energieverbrauch und Ausstattungsmerkmale wie Böden und Heizungsanlage. Außerdem sollten professionelle Fotos und ein exakter Grundriss enthalten sein.

### Kann man sich auf die Angaben verlassen?

Absolut sicher sein können Käufer nicht. Denn Makler stützen sich meist auf Informationen, die sie vom Verkäufer erhalten. Diese Angaben dürfen sie ungeprüft weitergeben und sind nicht verpflichtet, selber zu recherchieren. Sie haften somit nur bedingt für die Richtigkeit der Informationen. Vor Gericht müsste bewiesen werden, dass der Makler wusste, dass die Angaben falsch waren.

### Lassen sich die Informationen überprüfen?

Ein Exposé gibt nur eine erste Orientierung. Käufer sollten die Angaben bei der Besichtigung kritisch hinterfragen

und Zimmergrößen eigenhändig nachmessen. Misstrauisch sollte man bei frisch gestrichenen, aber nicht modernisierten Wohnräumen sein. Hier wurden Mängel eventuell mit Farbe vertuscht. „Ziehen Sie einen unabhängigen Sachverständigen zurate, der den Zustand der Immobilie untersucht, Bauschäden erkennt und Ihnen sagt, wie viel das Haus wirklich wert ist“, rät Krzysztof Pompa von der BHW Bausparkasse. Das stärkt die Verhandlungsposition. Erbitten Sie vom Makler neben einem Grundriss mit Maßen auch den Lage- und Bauplan des Hauses.

### Welche Rolle spielt der Makler?

Käufer sollten sich darüber im Klaren sein, dass Makler in ihren Exposés die Vorzüge der Immobilie betonen und Mängeln weniger Raum geben.



Lehren aus der Corona-Pandemie:

# Die jederzeit entscheidende Rolle des Staates

## Warum der öffentliche Dienst besser zu strukturieren ist

Ob die Corona-Krise nun definitiv gemeistert ist, wissen wir noch nicht mit letzter Sicherheit, zumindest in medizinischer und sanitärer Hinsicht. Genauso ist das Ausmaß des wirtschaftlichen und sozialen Gesamtschadens derzeit noch nicht zu übersehen. Dafür aber lässt sich bereits jetzt festhalten, dass Luxemburg dem massiven Sturmangriff des Corona-Virus erfolgreicher gegenüberzutreten konnte als die allermeisten Länder in Europa und in der Welt. Ob die Lockerung jetzt genau so klug und erfolgreich gemeistert wird, bleibt allerdings noch zu beweisen.

### Eine erste Lehre aus der Corona-Krise

Wir brauchen noch eine ganze Weile, bis wir wissen, was wir eventuell falsch gemacht haben und wo wir nicht genügend vorbereitet waren, und vor allem, wie es kurz- und mittelfristig weitergehen soll. Indiskutabel aber ist bereits heute die Erkenntnis, dass in der modernen Gesellschaft mit ihren Abhängigkeiten weltweit, unser Wohlergehen und unsere Lebensqualität von der Handlungsfähigkeit des Staates (im weitesten Sinne des Wortes) und von der Wirksamkeit aller seiner Strukturen stark abhängig sind.

Wir könnten jetzt hier ausgiebig darlegen, warum unser Land wirksamer reagieren konnte als andere, in welcher Hinsicht es besser aufgestellt war als andere (etwa finanziell, materiell, veraltungstechnisch, fachlich und kompetenzmäßig) und wieso es schneller, flexibler und wirksamer handeln konnte.

### Die Schwachstellen des Staates aufdecken

Doch wir wollen an dieser Stelle genau das Gegenteil davon tun. Es wäre nämlich fatal, selbstgefällig zu werden, sich gegenseitig zu beglückwünschen und auf die Schulter zu klopfen und die verbleibenden Schwächen Luxemburgs zu übersehen oder zu verstecken.

Vielmehr muss die (jetzt so eindeutig bestätigte) entscheidende Rolle des Staates zum Wohlergehen von uns allen verstärkt dazu genutzt werden, das optimale Funktionieren des Staates und aller öffentlichen Dienste sicherzustellen. Dabei sollte versucht werden, diese Leistung bis zur Perfektion zu steigern.

Dabei geht es sowohl um die ständige Lebensqualität der Bürger dieses Landes, als auch um die wirtschaftlichen Standortvorteile des Arbeitsplatzes Luxemburg. Und beides gilt es sicherzustellen, sowohl in normalen Zeiten als auch in allen erdenklichen, unerwarteten Stresssituationen.

Von der nächsten Katastrophe wissen wir lediglich mit hoher Sicherheit, dass sie kommen wird, nicht aber, wann sie eintreffen und wie sie dann aussehen wird. Vielleicht ist es ein plötzlicher Zusammenbruch der Energienetze unseres ganzen Kontinents, eine generelle, nachhaltige Infizierung aller wesentlichen Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen, die Explosion einer Atomzentrale oder eine überdimensionale Naturkatastrophe.

Was auch immer geschehen mag, als Gesellschaft und als Staat müssen wir optimal auf alles Erdenkliche vorbereitet sein. Und das sind wir nur, wenn die „essenziellen“ Strukturen der öffentlichen Dienstleistungen nicht privatisiert sind und somit nicht der Logik der absoluten Kurzfristigkeit und des maximalen Profits untergeordnet werden. Gut vorbereitet sind wir nur, wenn der öffentliche Nutzen bereits unter normalen Umständen den Vorrang gegenüber Partikularinteressen



und besonders gegenüber der „Geiz-ist geil-Mentalität“ sowie der ominösen „Shareholder Value“ genießt.

### Der Staat ist Beschützer des Bürgers, nicht sein Gegner

Das heißt, dass wir über einen starken, robusten Staat verfügen sollten, der besonnen und nachhaltig agiert und ausreichend finanzielle Ressourcen sowie materielle und menschliche Reserven hat. Seit Jahrzehnten besteht eine der ständigen CGFP-Prioritäten darin, sich den Forderungen der Business-Lobbyisten zu widersetzen, die unseren Staat unter dem Vorwand einer „Verschlingung“ schwächen wollen.

Und Politiker aller Couleur haben in Regierung, Koalitionsmehrheit und Opposition über viele Legislaturperioden hinweg immer wieder versucht, sich durch übertriebene Sparappelle, Budgetausterität, Solidarpakete und sonstige Zukunftspakete persönlich ein staatsmännisches Image aufzubauen. Die CGFP hat ihnen jeder Zeit massiv Paroli geboten.

Infiziert von kapitalistischem und rein profitorientiertem Denken haben bestimmte Patronatsvertreter den Staat immer wieder als ein bürokratisches, steuerfressendes Monster dargestellt. Diese gigantische und unerträgliche Last werde dem (angeblich allein produktiven) Privatsektor aufgebürdet, der deshalb im internationalen Konkurrenzkampf zu ersticken drohe, lautete der Vorwurf. All dies unter dem bösen Schlagwort „Starve the Beast!“ (Lasst uns die Bestie aushungern!).

Doch trotz jahrzehntelanger Kampagnen der angelsächsisch argumentierenden Profitmacher hat Luxemburg, im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern, seine staatlichen Unternehmen und die wesentlichen nationalen Infrastrukturen nicht privatisiert oder sogar an der Börse notiert.

Und als dann plötzlich Schutzmasken herbeigeschafft und Militärlazarette transportiert werden mussten, erwies es sich als äußerst nützlich, die Kontrolle über ein globales Luftfrachtunternehmen zu haben sowie über eine performante Flughafeninfrastruktur und über viele öffentliche Dienstleistungsbereiche zu verfügen. Zudem war und bleibt es extrem hilfreich, dass unser gesamtes Spitalwesen sowie die Pflege- und Altersheime nicht von multinationalen Finanzgruppen kommerziell und renditeorientiert gemanagt und ausgebeutet werden.

### Die wesentliche Rolle des öffentlichen Dienstes

In der jüngsten Krise waren die politischen Entscheidungen wichtig, denn solche braucht jeder ordentlich funktionierende Staat. Wenn noch jemand daran zweifeln sollte, muss er nur den Blick über den Atlantik werfen. Und auch unsere belgischen Nachbarn müssen in der Pandemie bitter dafür zahlen, keine funktionierende Zentralregierung zu haben. Und auch dafür, dass dort die Aufsicht über das gesamte Gesundheitswesen von neun (!) unterschiedli-

chen Ministern in fünf (!) verschiedenen Regierungen ausgeübt wird.

Wir wollen also die Rolle der Politik nicht infrage stellen, wenn wir behaupten, dass es mit Regierung und Parlament allein nicht getan ist. Im Hintergrund der Minister, die vor die Kameras traten, wirkten Tausende Mitarbeiter von öffentlichen wie privaten Strukturen, welche die notwendige Konzeptionsarbeit, Detailplanung und konkrete Ausführung sicherstellten. Sie alle leisteten ihren Dienst gewissenhaft und vielfach deutlich mehr als das. Fleißig, kompetent, motiviert, so wie bereits in ruhigeren Zeiten.

### Der springende Punkt: tüchtige Staatsdiener

Aus unterschiedlichen Umfragen, die unter anderem regelmäßig im Auftrag der EU-Kommission durchgeführt wurden, wissen wir, dass im internationalen Vergleich die Bürger Luxemburgs viel zufriedener mit der Arbeit ihres Staatsdienstes sind als die Menschen anderswo in Europa. Und dass auch beispielsweise unsere Grenzgänger viel positiver über die hiesigen Verwaltungen als über jene ihres Wohnsitzes urteilen. (Politiker sollten dies gelegentlich erwähnen und würdigen.)

Entscheidend für das gute Funktionieren der Verwaltungen und der öffentlichen Dienstleistungen ist der volle Einsatz der Mitarbeiter, ihre Kompetenz, ihre Fähigkeit und ihre Motivation. Und diese Voraussetzungen sind hierzulande offensichtlich besser gegeben als anderswo.

Nicht zuletzt, weil unser öffentlicher Dienst im Laufe der Jahre zu einem attraktiven Arbeitgeber aufgerückt ist, welcher kontinuierlich viele der Besten einzustellen vermag. Wobei jeder weiß, dass es in erster Linie der ständige Druck der CGFP auf alle Regierungen und Minister war, dem wir ein günstiges Arbeitsverhältnis und eine ordentliche Besoldung verdanken.

Die derzeitige Qualität des öffentlichen Dienstes gilt es zu erhalten. Dazu bedarf es aber keines kostspieligen, zeitaufwendigen und unsinnigen Bewertungssystems, wie ihn mehrere Regierungen mit viel Zeit- und Geldaufwand erfolglos versucht haben, durchzuziehen.

Das waren nur populistische, auf Neidreflexe ausgerichtete Manöver, mit denen gewisse Politiker sich als staatsmännische Helden, die der CGFP die Stirn bieten, zu inszenieren versuchten. Denn es gibt ja bekanntlich mehr Wähler außerhalb als innerhalb des öffentlichen Dienstes.

Um im Staatsapparat ein optimales Funktionieren sicherzustellen, muss vielmehr das solide öffentlich-rechtliche Beschäftigungsstatut erhalten und abgesichert werden. Es hat sich über viele Jahre hinweg bewährt und ist ein wesentlicher Bestandteil unserer demokratischen Gesellschaft. Weltweit sehen wir, dass alle Länder, in denen im öffentlichen Dienst Willkür, Parteilichkeit, Günstlingswirtschaft und Chaos herrschen, sichtbar in der Korruption versinken und sich womöglich nie daraus befreien werden.

### Bedingungslos der Allgemeinheit verpflichtet

Eine wesentliche Voraussetzung für eine rechtsstaatliche, gerechte, faire und wirksame Verwaltung ist die Neutralität und politische Unabhängigkeit der Staatsdiener, selbstverständlich samt der damit einhergehenden Disziplin und deren Strafmaßnahmen. Beamte, die ihre Arbeit verrichten, dürfen nur dann sanktioniert werden, wenn sie gegen das Gesetz verstoßen, nie aber, weil sie sich weigern, der hohen Obrigkeit zu helfen und die geltenden Regeln zu beugen.

Die Anstellung auf Lebenszeit ist zweifelsohne ein interessanter beruflicher Vorteil (auch für den Arbeitgeber Staat auf dem Arbeitsmarkt), der allerdings nicht im Interesse der Betroffenen eingeführt wurde, sondern im Interesse des Staates und der Allgemeinheit. Und deswegen ist der öffentliche Dienst auch allen Staatsangehörigen gleichermaßen zugänglich, insofern sie die hohen Voraussetzungen dafür erfüllen.

Wenn die Politik jedoch versucht, die objektiven, gerechten und überprüfbaren Regeln der Beamtenrekrutierung auszuhebeln, um nach Gutdünken zu herrschen, öffnet sie Tür und Tor für Willkür, Vetternwirtschaft, Nepotismus, Korruption und vor allem für einen empfindlichen Qualitätsverlust der erforderlichen Kompetenzen.

Die Staatsbediensteten sind dem Gemeinwohl und dem Staat verpflichtet, nicht jedoch einem Minister oder einer Regierung, und auch nicht irgendeinem Verwaltungschef. Dort wo die öffentlich Bediensteten Entscheidungen zu treffen haben und kritische Sachverhalte bewerten müssen, sind sie zu höchster Unparteilichkeit verpflichtet, auch zu parteipolitischer Neutralität, selbstverständlich im Rahmen der Vorgaben des Gesetzgebers

### Absage an Partikularinteressen und an Parteilichkeit

Ihr Versprechen ist klar: „*Je promets de remplir mes fonctions avec intégrité, exactitude et impartialité.*“ Für dessen Einhaltung haften sie persönlich, wobei für ein gleiches Vergehen die Penalstrafen für die Beamten im Dienst höher sind, als für die übrigen Bürger. Dieser dem breiten Publikum weniger bekannter Umstand gehört auch zum Beamtenstatut.

Die Luxemburger Beamten sind ausschließlich den geltenden Gesetzen verpflichtet, weswegen sie alle in ihrem Dienst den Gehorsam gegenüber der Verfassung und den Gesetzen des Landes, „*obéissance à la Constitution et aux lois de l'État*“, geschworen haben.

Diese Regeln wurden nicht mutwillig eingeführt. Sie abschaffen zu wollen, wäre deshalb ein schwerer Fehler. Pardon: Sie schleichend abzuschaffen, wie dies derzeit tatsächlich geschieht, ist ein großer Fehler! Seit Jahren bemühen sich nämlich viele Minister darum, weniger Personal im Beamtenstatut einzustellen, Beamte durch Angestellte mit einem vertraglichen Arbeitsverhältnis („*employés publics*“ oder gar „*employés privés / salariés*“) zu ersetzen, und weite Teile des

öffentlichen Dienstes arbeitsrechtlich zu privatisieren, nicht zuletzt durch die massive Schaffung von „Établissements publics“ mit privatvertraglichem Personal und durch das ominöse „Outsourcing“ von hoheitsrechtlichen Aufgaben an Unternehmen und Strukturen aller Art.

### Eine flagrante Ungerechtigkeit durch politische Willkür

Auch Angestellte des öffentlichen Dienstes ohne Beamtenstatut sind nicht gänzlich schutzlos, gewiss nicht, aber ihr vertragliches, nicht statutarisches Verhältnis zu ihrem Arbeitgeber, bietet ihnen nicht den nötigen vollen Schutz, um optimal im Allgemeininteresse wirken zu können.

Besonders in den Ministerien wird seit Jahren eine Mehrzahl der offenen und neu geschaffenen Posten nicht mehr für künftige Beamte, sondern für Angestellte ausgeschrieben. Hier wird der Staat geschwächt, seine Wirksamkeit geschmälert, seine sinnvollen Regeln umgangen und außer Kraft gesetzt.

Und dies einzig und allein, um den Regierungsmitgliedern ihre tagtägliche Arbeit zu erleichtern, ihnen künstlich eine Autorität sicherzustellen, die sie persönlich nicht sachlich aufbringen können. Das Parlament, das die Funktionsregeln des Staatsapparates per Gesetz festgelegt hat, müsste in Ausübung seiner Kontrollfunktion gewährleisten, dass diese auch tatsächlich im Verwaltungsalltag respektiert werden.

### Eine offensichtliche Rechtsbeugung

Die Praxis, statt statutarische Beamten lieber Lohnempfänger mit Arbeitsvertrag einzustellen, führt natürlich dazu, dass hier zahlreichen Mitarbeitern, die sämtliche Voraussetzungen zu einer Einstellung als Beamter erfüllen, dieses Statut willkürlich verweigert wird. Seit Jahren unterlaufen die aufeinanderfolgenden luxemburger Regierungen in immer stärkerem Ausmaß die Institution des Beamtentums.

Hier wird einer der Grundpfeiler des Staates ausgehebelt, ohne dass diese Tatsache politisch angekündigt, offen ausgesprochen oder auch nur ehrlich eingestanden würde. Ja, die Missetäter sind sich wohl vielfach nicht einmal selbst dessen bewusst, was sie anrichten. Beschämend dabei ist, dass das Parlament dies stillschweigend zulässt, und dass die Presse dies nicht als eine Beschädigung von Staat und Demokratie brandmarkt.

### Wie es nicht sein soll

Dass ein Minister ein paar Vertraute und Gleichgesinnte um sich haben möchte, ist verständlich und wohl ein politischer Luxus, den ein Land wie Luxemburg sich leisten kann. Wenn aber jene hohen Staatsdiener, die sich bemühen dem jeweiligen Machthaber auf Zeit mit Erfahrung, Sachverstand und Besonnenheit zur Seite zu stehen und ihm deswegen zuweilen klar widersprechen, ohne Weiteres für ihre Gewissenhaftigkeit und ihre Ehrlichkeit kaltgestellt werden können, dann ist dies nicht hinnehmbar.

Wir wollen keine ausführliche Anklageschrift vorbringen und unzählige Missstände und Vorkommnisse anführen. Aber ein konkretes Beispiel sollte doch belegen, um was es hier geht, und wieso die Funktionstüchtigkeit des Staatsapparates durchaus empfindlich beschädigt wird.

Wenn beispielsweise eine (dazu sachlich nicht befugte und ganz offensichtlich unerfahrene) Ministerin den Chef eines nationalen Unternehmens mit Staatsauftrag („établissement public autonome“), der ausdrücklich das volle Vertrauen seines gesetzlich eingerichteten Verwaltungsrates (mit Vorgesetzten-Funktion) genießt, einfach nach Gutdünken und ohne handfesten Grund feuern kann, dann ist das amateurhaft. Und wenn diese offensichtliche Willkür ein jahrelanges Chaos auslöst und die entspre-

chende Institution teilweise lähmt, wird eine unentbehrliche Arbeit im Interesse des Landes um Jahre zurückgeworfen. Diese Vorgehensweise kostet den Steuerzahler viele Millionen.

### Lebenslange Berufsbeamte statt bloße „Söldner“

Wenn überall Parteimitglanten, ehemalige Schulkollegen oder befreundete Kumpel an die Spitze von wichtigen öffentlichen Einrichtungen und Verwaltungen befördert werden, und wenn immer wieder so getan wird, als ob man echte Führungskräfte nur im Privatsektor finden könnte, dann demotiviert man damit das eigene Personal und man verhöhnt die gesamte engagierte und kompetente Beamtenschaft.

Hoheitsrechtliche Aufgaben gehören in die Obhut von Beamten, die ihre ganze Karriere dem Dienst der Allgemeinheit widmen, und nicht von „Söldnern“, die bereits dreimal ihren Arbeitgeber gewechselt haben, schnell mal wieder einen neuen Job suchen und dazu die Beziehung zu einem Politiker nutzen, um von einem Moment auf den anderen als Seiteneinsteiger an die Spitze von staatlichen Institutionen zu gelangen, zu denen sie vorher keinen Bezug hatten und mit deren Funktionsweise sie sich nie vertraut gemacht haben.

Für den einzelnen Politiker ist es schon einfacher, sich mit Kumpanen, Partisoldaten und Jasagern zu umgeben. Da wird alles leichter, angenehmer und schneller, aber bestimmt nicht besser für die Allgemeinheit.

Wenn nämlich ein Politiker, statt sinnvolle Gesetze mühsam abändern zu lassen, lieber schnell administrative Irrwege einschlägt, oder wenn er, statt sachliche Entscheidungen zu treffen, Günstlingspolitik betreibt, so ist lediglich ein Beamter mit seinem soliden Statut, im Gegensatz zu einem Angestellten, in der Lage darauf gebührend und mit Festigkeit zu reagieren, ohne dadurch gleich seinen Lebensunterhalt zu riskieren.

### Auf die administrative „In-house“ Expertise setzen

Einem Angestellten kann schnell die Tür gezeigt werden. Die Abfindung zahlt ohnehin der Steuerzahler. Und noch einfacher ist es, wenn man sich externer Beraterbüros bedient, um komplizierte Sachverhalte zu ergründen, langfristige Strategien zu entwickeln und sogar Gesetzentwürfe auszuarbeiten.

Da werden dann die Vorarbeiten für wichtige legislative Vorhaben von Mitarbeitern in Beraterbüros zusammengeschustert, die nicht den geringsten Bezug zu der hiesigen Realität haben. Eine solche politische Schludrigkeit verdienen die Bürger dieses Landes nicht.

Aber auf derartige ausländische „Söldnertruppen“ muss man natürlich zurückgreifen, wenn man es unterlassen hat, rechtzeitig genügend sachkundige Beamte einzustellen, auszubilden und aufzubauen. Wenn sich nach einem Ministerwechsel erprobte Staatsdiener gleich reihenweise demotiviert in den Privatsektor absetzen, wo sie mit offenen Armen eingestellt werden, sind ernsthafte Pannen vorprogrammiert.

### Kein administratives und legislatives Outsourcing

Der ungehemmte Rückgriff auf externe „Consultants“ und sonstige Expertenbüros hat sich graduell zu einem argen Unwesen ausgeweitet. Wenn diese privaten Herrschaften Unsinn betreiben, wird der Minister oder die Ministerin im Brustton der Überzeugung sagen, man habe doch voll auf die besten Experten gehört. Was eindeutig unterstellt, dass die gestressten Truppen der ominösen „Big Four“ (bei denen jährlich bis zu ein Viertel der „Soldaten“ abspringt) viel intelligenter, smarter, verlässlicher, unabhängiger, agiler und erfindungsreicher sind, als die angeblich trägen Staatsbeamten.

Immer dann, wenn ein Politiker zu wahltaktischer Kurzsichtigkeit neigt,

muss die Beamtenschaft dafür sorgen, dass die staatliche Nachhaltigkeit nicht ruiniert wird. Auch nicht durch Leute, die so tun, als ob sie die Nachhaltigkeit erfinden hätten.

Mit der schleichenden Ausdünnung der Beamtenschaft im zentralen Verwaltungsapparat werden die bewährten Regeln der Demokratie missachtet. Um es mit schicken angelsächsischen Modewörter zu sagen: Hier wird die staatliche „Gouvernance“ ausgehöhlt und die „Compliance“ verletzt, welche in den Gesetzen über den öffentlichen Dienst festgeschrieben sind.

### Die üble Versuchung der „Établissements publics“

Eine der größten Schwachstellen unseres Staatsapparates und der öffentlichen Institutionen aber ist die Einrichtung von sogenannten „Établissements publics“, über die Bereiche hinaus, wo diese sinnvoll und notwendig sind. Diese Sachlage ist seit Langem bekannt: Seit Jahrzehnten legen die CGFP und die Berufskammer aller öffentlich Bediensteten immer wieder den Finger in die Wunde. Leider mit wenig Erfolg, weil die Minister ihren Komfort über die Interessen des Landes stellen, und weil sich anscheinend niemand für dieses Problem interessiert.

Selbstverständlich gibt es im weiten Aktionsradius des Staates, im Rahmen der vielfachen Bedürfnisse der modernen Menschen und der heutigen digitalen Dienstleistungswirtschaft, viele Aufgaben, die nicht von einer traditionellen Verwaltung wahrgenommen werden können. Da bedarf es zuweilen anderer Strukturen, deren Funktionsweise sich differenziert anpassen kann. Es darf jedoch nicht zu Willkür und Wildwuchs kommen.

Die Presse gibt sich oft kritisch, aber da, wo es darauf ankommt, hinterfragt sie nichts. Man berichtet zwar gelegentlich über offensichtliche Missstände sowie über politisches Missmanagement und Geldverschwendung. Dabei beschränkt man sich auf die direkten Pannen, statt auch die zu Grunde liegenden (und schwer zu recherchierenden und zu dokumentierenden) strukturellen Schwächen aufzuspüren.

### Scheinbare schlaue Lösungen

Pannen in Ministerien werden schneller erkannt und thematisiert, auch seitens der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition, weil sich hier ein (echter oder vermeintlicher) politischer Schuldiger ausmachen lässt. Ist die Verantwortung aber, zumindest scheinbar, ausgelagert (ohne dass der Minister dabei auf seine direkte Eingriffsmöglichkeit verzichtet), kann der entsprechende Politiker schnell seine Hände in Unschuld waschen.

Wo Beihilfen zu verteilen sind, da bleibt die offensichtliche Entscheidungsbefugnis beim Minister, der somit den Bürgern, Gemeinden, Vereinigungen, Unternehmen usw. die guten Botschaften mit seiner persönlichen Unterschrift zuschicken kann. Die weniger erfreulichen Absagen, Einschränkungen, Verbote und Strafen, auch jene Entscheidungen, die der Minister persönlich trifft, sind scheinbar in Verwaltungen, öffentlichen Einrichtungen sowie Überwachungsbehörden ausgelagert und werden somit meistens von Beamten unterschrieben.

Dies ist absolut legal und durchaus verständlich, und auch insofern legitim, da auch Politiker nur Menschen sind, denen ihre Karriere nicht gleichgültig sein muss. Das korrekte Funktionieren des Staates bringt dieser Trick jedenfalls nicht sogleich in Gefahr.

Zudem diene die Schaffung von öffentlichen Einrichtungen in der Vergangenheit oft dazu, eine politische Standhaftigkeit vorzutauschen, die es so nicht gibt. Medienwirksam wurde versprochen, den Verwaltungsapparat kleinzuhalten. Mit dem sogenannten

„Numerus clausus“ wurde eine scharfe Einstellungsbremse erzeugt. Nur scheinbar wird diese Einstellungsbremse auch auf Regierungsebene eingehalten, denn auf unverschämte Art und Weise werden personalintensive Funktionen in neue Einrichtungen mit immer mehr Personal ausgelagert. Dies sind billige politische Tricks, ein rein statistisches „Window-Dressing“.

### Aushebeln der goldenen Regeln

Zu beanstanden ist nicht, dass der Staatsapparat sich neuen Bedürfnissen anpasst und dazu neue Strukturen schafft. Sehr ärgerlich ist dagegen, dass hier oft unkritisch innoviert und experimentiert wird. Oft werden unsachgemäße Lösungen gewählt, die sich an den Privatsektor anlehnen.

Da schustert sich jeder seinen Laden zurecht, wie er will, ohne dass es ein allgemeines wohldurchdachtes Gesamtkonzept gäbe. Die Richtlinien sind vage und man braucht sich nicht daran zu halten. Der Gesetzgeber ist ja souverän. Und deswegen ist unsere Landschaft der öffentlichen Einrichtungen ein bunter und phantasievoller Flickenteppich mit vielen Schwachstellen.

Fehlende Prinzipien gelten für die Strukturen, die Führungsgremien, die Art der Abhängigkeit von den übergeordneten Dienststellen oder der Politik. Am schlimmsten aber ist die Tatsache, dass hier ständig personalrechtlich versucht wird, Teile des öffentlichen Dienstes aus dem gut strukturierten Staatsapparat in diffuse Verwaltungsstrukturen, ohne ein strukturiertes und sinnvolles Personalkonzept auszulagern.

Hoheitsrechtliche Aufgaben kann man nicht ungestraft von Mitarbeitern erledigen lassen, welche nur mit Zeitverträgen und ohne angemessene Prüfung der Qualifikation eingestellt wurden, ohne dabei ausgebildet und eingeführt worden zu sein. Und wo diesbezüglich keine klaren und verbindlichen Regeln vorgegeben sind, werden auf Dauer auch keine eingehalten.

Oft wird hier einfach aus reiner Bequemlichkeit die schnelle, billige und pflegeleichte Lösung angestrebt. Die erprobten und bewährten Prozeduren, nach denen Staatsdiener eingestellt werden, um sicherzustellen, dass die Besten zum Zuge kommen, werden umgangen.

### Offener Vertragsbruch

Am 21. März 2002 hat die Regierung diesbezüglich eine verbindliche – nie gekündigte und nie abgeänderte – Vereinbarung unterzeichnet, welche prinzipiell das statutarische Dienstverhältnis für das Personal von öffentlichen Einrichtungen festhält. Die Aussage ist klar und deutlich: **„En exécution des recommandations de l'Institut Européen d'Administration Publique de Maastricht, les lois ayant créé ou créant des établissements publics garantiront au personnel concerné le régime de statut public pour des raisons d'harmonisation, de transparence et d'équité.“**

Inzwischen haben zahlreiche Regierungen diese, im allgemeinen Interesse getroffene Vereinbarung, vielfach gebrochen, zulasten des Staates und zulasten des Landes. „Pacta sunt servanda!“ Sind wir ein Rechtsstaat oder nicht?

Nicht die Schaffung neuer öffentlicher Einrichtungen ist verwerflich, sondern der diesbezügliche unüberlegte Wildwuchs. Gleiches gilt für die Schaffung von neuen Strukturen aus falschen Gründen heraus, nur um gesunde Prinzipien zu umgehen und erforderliche Regeln zu unterlaufen. Wo punktuelle Anpassungen notwendig sind, können diese vorgesehen werden, so wie man ja auch, „mutatis mutandis“, in den traditionellen Verwaltungen viele sinnvolle Abweichungen zu den statutarischen Vorgaben vorfindet.

Paul ZIMMER

# Der unsichtbare Feind

## Über den Terror des Zufalls – Teil 1

Er beteuerte seiner durch die in den internationalen Medien kursierende Meldung über den Terroranschlag am Brüsseler Flughafen Zaventem besorgten Tante, alles sei in Ordnung, es gehe ihm gut, machte sich wie jeden Morgen auf den Weg ins Büro, zu dem die U-Bahn-Linien 1 und 5 – beide mit Halt an der Station Maelbeek – führen: David Dixon, Brite, 50 Jahre, eines der zahlreichen Opfer des zweiten dschihadistischen Anschlags am 22. März 2016 in der Brüsseler Metro. „David Dixon, Despite a Reassuring Message, Dies in Brussels Attacks – David Dixon had not heard about the explosion at Brussels Airport until a concerned aunt in Britain sent a text message asking if he was safe. He told her he was, and then he made his way to the Maelbeek subway station.“, berichtete drei Tage später *The Daily der New York Times*.

Der moderne Sprachgebrauch hieß diesen Unfall tragisch, obschon der Tod dieses Menschen jedweder Tragik stricto sensu entbehrt: Sein Scheitern war nicht unabwendbar, wie das Schicksal eines Ödipus, beschlossen und somit „vorprogrammiert“ durch das Orakel von Delphi. Dass er kurze Zeit nach einem bereits begangenen Massaker am Flughafen Opfer eines weiteren hinterlistigen Angriffs in einer U-Bahn-Station werden würde, wird wohl auch David Dixon wenn auch nicht unmöglich, so doch höchst unwahrscheinlich geschienen haben. Nach der SMS seiner Tante musste er sich für eine von unzähligen Möglichkeiten (zu Hause bleiben, zu Fuß gehen, ein Taxi nehmen u. v. m.) entscheiden, und diese Wahl führte ihn in den mittleren eines aus drei Waggons bestehenden Zuges, der um 9:11 Uhr explodierte und sechzehn Todesopfer forderte.



David Dixon war am exakt falschen Zeitpunkt (9:11 Uhr) am exakt falschen Ort (der mittlere Waggon von drei), so dass ihm die Katastrophe „zugefallen“ ist; diese war weder präzise vorhersehbar, planbar noch berechenbar. © express.co.uk

Die Mutmaßung bzw. Behauptung, die Zeit eines 50-jährigen gesunden Mannes sei abgelaufen, widerspricht jedweder Logik und jedweder Erfahrungswerte, ist somit nichtssagend und absurd, suggeriert sie doch, dass das Leben vorbestimmt (von wem? wovon?) und der Einzelne von jeder Eigenverantwortung entbunden sei. Dass es so habe kommen müssen, entwertet sämtliche andere Möglichkeiten, die es aber potentiell gab und die hätten ergriffen werden können, so dass es keinen eindeutigen kausalen Zusammenhang (weil ich in die U-Bahn-Station gehe, sterbe ich) gibt. David Dixon war am exakt falschen Zeitpunkt (9:11 Uhr) am exakt falschen Ort (der mittlere Waggon von drei), so dass ihm die Katastrophe „zugefallen“ ist; diese war weder präzise vorhersehbar, planbar noch berechenbar. So wie der 27-jährige junge Mann in der U-Bahn nicht als grausame Tötungsmaschinerie hat a priori identifiziert werden können, so wird auch der Zufall zu einem neuen,

rationaler Planung erklären lässt<sup>43</sup>, aus Selbstschutz leugnet. Regellosigkeit, unbeabsichtigte Ergebnisse und Planlosigkeit werden abgelehnt, weil sie die Selbstherrlichkeit und den Machtanspruch des kleinen Gottes mehr als infrage stellen: „So stehen dem Zufall einerseits Ordnung und Gesetz, andererseits Plan und Absicht gegenüber.“<sup>44</sup> Befinden wir uns also in einem Zeitalter, in dem Ordnung, Gesetz, Plan und klare Intention hoch geschätzt werden – und das ist wohl zweifelsohne der Fall, da diese Begriffe äußerst positiv konnotiert sind –, so sträuben wir uns zwangsläufig gegen das Zufällige.

Adorno und Horkheimer beleuchten den gefeierten aufgeklärten Menschen – hat er sich doch qua Ratio aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit befreien können – äußerst kritisch, da das Bestreben, alles zu verstehen, zusammen mit der Absicht, sich aus dem Zwang blinder Notwendigkeiten zu befreien, den Machtanspruch erhebt, zum Souverän der gesamten Welt zu werden.<sup>5</sup> Doch je mehr sich das Individuum zum Ziel setzt, die Welt zu durchdringen, alles zu erfassen und somit zu beherrschen und zu kontrollieren, umso ernüchternder und schmerzvoller ist der Rückfall, wenn es feststellen muss, dass es alles wissen will, aber nicht alles wissen kann. Je tiefer der *homo faber* in die Geheimnisse der Natur und der Welt eindringt oder einzudringen glaubt, umso fremder, undurchschaubarer und sinnloser (weil kontingent / zufällig) treten diese ihm entgegen: „Jeder Versuch, den Naturzwang zu brechen indem Natur gebrochen wird, gerät nur um so tiefer in den Naturzwang hinein.“<sup>46</sup> Die Aufklärung hat uns schon längst wieder zurück in die Mythologie geführt: in den Mythos einer scheinbaren Faktizität und in den Mythos einer möglichen naturwissenschaftlichen Durchdringung jedweder Phänomene. Weil wir alles ausnahmslos wissen und beherrschen wollen, häuft sich das Unerklärliche, so dass wir wieder vor einem Geheimnis stehen: „Wie die Mythen schon Aufklärung vollziehen, so verstrickt Aufklärung mit jedem ihrer Schritte tiefer sich in Mythologie.“<sup>47</sup> Und weil wir heutzutage jedes Rätsel lösen und rational erfassen wollen, wird der auf uns lastende Druck größer und die Wirkung alles Zufälligen und Unfassbaren auf uns schmerzvoller: „Je planmäßiger der Mensch vorgeht, um so wirkungsvoller trifft ihn der Zufall.“<sup>48</sup> – Die erzielte, von Dürrenmatt angesprochene Wirkung ist vor allem Angst...

### Rückfall in einen Zustand der objektlosen Angst

Freud zufolge haftet der Angst „ein Charakter von Unbestimmtheit und Objektlosigkeit an“, während sie zur Furcht wird, „wenn sie ein Objekt“ gefunden hat.<sup>9</sup> Der Unterschied zwischen der Angst als „diffusum Gefühl ohne Ahnung

oder Bewusstsein von der Ursache oder dem Grund der eigenen Gefährdung“<sup>10</sup> und der Furcht „als gefühlter Bedrohung vor erahnten oder bewussten Gefahren“<sup>11</sup> ist wesentlich für die Einschätzung der menschlichen Reaktion auf den Zufall:

Die Angst als unbestimmtes und v. a. von einem realen Objekt unabhängiges Gefühl, die sogenannte „Existenzangst“ wird in vielen philosophischen Theorien als *Grundbefindlichkeit* des menschlichen Daseins verstanden. Der Einzelne wird in die Existenz „geworfen“, anschließend von zufälligen Ereignissen und Entscheidungen durch das Leben getrieben, um schließlich einem nicht präzise absehbaren Ende zu erliegen – das Woher und Wohin bleibt ungewiss und erfüllt den Sinn Suchenden mit latenter Angst. Diese, so Heidegger, „wirft das Dasein auf das zurück, worum es sich ängstet, sein eigentliches In-der-Welt-sein-können.“<sup>12</sup> Der unbeschreiblichen und unterschweligen Angst vor der Möglichkeit und Fähigkeit zu leben in ihrer rationalen Unfassbarkeit und Metaphysik hat unsere verwissenschaftlichte und technisierte Welt der Pseudo-Eindeutigkeit längst den Rücken gekehrt. Eine nicht greifbare Angst wird vom Menschen durch positivistisches Wissen, Divertissement und unentwegtes Handeln bekämpft und verdrängt, denn dieses nicht identifizierbare, irrationale und quasi metaphysische Unbehagen macht ihm seinen Platz als Herrscher und Krone der Schöpfung streitig.

Im Gegensatz zur Angst bietet die Furcht eine Angriffsfläche, da das Gefürchtete klar umrissen wird und somit aktiv bekämpft werden kann. Wiederum greift der Einzelne auf die bewährten Selbstverteidigungswaffen zurück: Mit seinem *Verstand* definiert und bestimmt er das zu Befürchtende und mit seinem *Handeln* bekämpft er es aktiv. Das oder vielmehr alles Unbekannte, vor dem man sich ängstigen könnte, Phänomene mit Angstpotential werden konkretisiert bzw. materialisiert, so dass man ihnen entgegenwirken kann: Angst wird auf Furcht reduziert, um die Kontrolle über das Leben zu bewahren. So erschafft sich der Mensch Feindbilder, weil diese ihm eine deutliche Angriffsfläche bieten und ihm erlauben, das Beängstigende auf ein eindeutiges Objekt zu reduzieren. Ferner bietet das Gefürchtete in seiner Erscheinung und Offensichtlichkeit den potentiellen Opfern die Möglichkeit, durch ihre Kenntnis Strategien, Pläne zu entwerfen und Vorkehrungen zu treffen, um das Schlimmste vorherzusehen und somit zu verhindern. Die bewährte Taktik besteht somit aus Erkennen, Vorherse-



Terroranschlag am Brüsseler Flughafen Zaventem am 22. März 2016

Manche mögen das Schicksal bemühen und behaupten, es habe so kommen müssen, die Zeit dieses Menschen sei abgelaufen gewesen. Mit Sicherheit hat es keineswegs so kommen müssen, denn eine knappe Verspätung an diesem Morgen hätte das Opfer verschont (oder ins Verderben geführt, wäre die Bombe etwas später explodiert) – die Ereigniskette an sich, die in den Tod geführt hat, ist nicht zwangsläufig, muss nicht notgedrungen die „schlimmstmögliche Wendung“ nehmen, wie Dürrenmatt es formulieren würde:

„Ein Unfall ist zuerst unwahrscheinlich, wird dann im Verlaufe der Zeit immer wahrscheinlicher, bis er zur Wirklichkeit wird; die Kette der Umstände, Zufälle usw. hat ihre schlimmstmögliche Wendung genommen. Zwar kann ich mir bei einem Unfall auch nur eine Schramme zuziehen, trotzdem stellt diese Schramme die schlimmstmögliche Wendung dar, deshalb, weil die schlimmstmögliche Wendung die Wirklichkeit, d. h. den Unfall, so wie er sich ereignet, darstellt und nicht, wie er sich auch noch ereignen könnte.“<sup>41</sup>

heimtückischen weil unsichtbaren Feind, der vor allem eine aufgeklärte Gesellschaft, deren Souveränität auf der Fehleinschätzung gründet, alles begreifen, erkennen und kontrollieren zu können, auf unerbittliche Weise trifft.

### Der Zufall – ein zeitgenössischer Erzfeind

Bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert entwirft Nietzsche mit der lapidaren Behauptung „*Die Leugner des Zufalls*. – Kein Sieger glaubt an den Zufall.“<sup>42</sup> das Bild eines Menschen, der den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird: Geblendet oder abhängig von dem naturwissenschaftlich-positivistisch Verifizierbaren, unterwirft er sich der Eindeutigkeit von Logik und Berechnungen, verbannt das Unberechenbare und somit Unkontrollierbare aus seinem Leben, um letzten Endes seinen Stellenwert als Krone der Schöpfung zu verfechten. Der Zeitgenosse ist ein Siegertyp, der das Unerwartete, Unverhoffte, Unvorhersehbare bekämpft und den Zufall als Ereignis, „das sich weder als regelmäßige Folge eines gesetzmäßigen Zusammenhangs noch als intendiertes Ergebnis



Adorno und Horkheimer beleuchten den gefeierten aufgeklärten Menschen – hat er sich doch qua Ratio aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit befreien können – äußerst kritisch, da das Bestreben, alles zu verstehen, zusammen mit der Absicht, sich aus dem Zwang blinder Notwendigkeiten zu befreien, den Machtanspruch erhebt, zum Souverän der gesamten Welt zu werden.



Die Angst als unbestimmtes und v. a. von einem realen Objekt unabhängiges Gefühl, die sogenannte „Existenzangst“ wird in vielen philosophischen Theorien als Grundbedinglichkeit des menschlichen Daseins verstanden. © stupidedia.org

hen und Handeln. Was aber geschieht, wenn der Feind unsichtbar geworden ist?

Die letzten Jahre und die letzten Wochen haben in einem schleichenden und heimtückischen Prozess zu einem allmählichen Paradigmenwechsel geführt. Terrorismus und Pandemie vereiteln die altbewährte Strategie der Gegenwehr, weil sie als unsichtbare Feinde nicht über die herkömmlichen Angriffspunkte verfügen: Sie sind nicht klar definierbar und erkennbar, weder deutlich vorhersehbar noch berechenbar, während die Methoden der Reaktion bzw. der Gegenwehr äußerst begrenzt, wenn nicht inexistent, sind. Schlagartig hat in letzter Zeit der Zufall seinen gebührenden Platz in der menschlichen Existenz zurückerobert und den Menschen in seiner Wehr- und Hilflosigkeit in einen erneuten Angstzustand versetzt. Der wahre Terror der letzten Zeit besteht weniger aus Bombenanschlägen und Vireninfectionen als aus der Ungewissheit, der Unberechenbarkeit und der Zufälligkeit „dessen, was kommen mag“ – der Feind ist unbeschreiblich und somit nicht furchterregend, sondern angsteinflößend: Die Waffe des 21. Jahrhunderts ist der Zufall.

Die folgenden Aspekte sollen verdeutlichen, inwiefern das Unberechenbare und Zufällige die Menschen terrorisiert und mit welchen Mitteln diese versuchen, dieser neuen Form des Terrors entgegenzuwirken.

### Der Zufall als Waffe

Bereits im 12. Jahrhundert berichtet Wilhelm von Tyrus von einer geheimbündischen und heimtückischen Sekte in Phönizien, deren Mitglieder, die Assassinen, ihrem Meister, dem „Alten“, bedingungslos Gehorsam schworen und in dessen Auftrag unliebsame Fürsten mit einem in Gift getränkten Dolch ermordeten:

„Wenn ihm und seinem Volke etwa irgendwelche Fürsten misslieblich oder verdächtig sind, gibt er einem oder auch mehreren der Seinen einen Dolch, und dieser strebt dorthin, wohin er befohlen worden ist, und ohne zu erwägen, wie die Sache ausgehen könnte und ob er davonkommen würde, geht der, der den Auftrag erhalten hat, sogleich dorthin, wohin er befohlen wurde, und rastet nicht eher, als bis es ihm gelingt, den erhaltenen Befehl zu vollstrecken und den Willen des Meisters zu erfüllen.“<sup>13</sup>

Die Bestimmtheit dieser fanatischen Kämpfer kennzeichnet sich einerseits durch die blinde Akzeptanz des Mordauftrags, andererseits durch die Kühnheit des Meuchelmörders, der vor dem Verlust des eigenen Lebens mitnichten zurückschreckt. Auch wenn diese Bruderschaft vielleicht eher der Legende als der historischen Wirklichkeit zuzuordnen ist, so legt sie doch den Grundstein für die terroristischen Umtriebe eines religiösen Fanatismus, der sich im 21. Jahrhundert bis nach Europa durchgekämpft hat. In den letzten Jahren sind neben den Krisengebieten im Nahen Osten und Afrika Städte wie Paris, Brüssel, Berlin, London – um nur einige Beispiele zu nennen – Opfer radikalierter

Gotteskämpfer geworden, die wahllos und ihren eigenen Tod in Kauf nehmend Menschenleben zerstört haben.

Neu bzw. unerhört an dieser „Kriegführung“ sind die Unberechenbarkeit, Irrationalität und Anonymität dieser Gewalt, die sich unter dem Deckmantel eines unscheinbaren Bürgers unter die Massen mischt, um diese anschließend abzuschlachten. Neu ist ebenfalls die Wahllosigkeit der Opfer, die in der Regel der zivilen Gesellschaft angehören – kurz, beispiellos ist der Rückgriff auf den Zufall als Waffe, der die seit dem 18. Jahrhundert zu Grundpfeilern gewordenen „Glaubenssätze“ des Abendlands zerschlägt: die Ratio, die Gesetzmäßigkeit, die Logik, die Ordnung... Diese Art von Gewalt ist weit davon entfernt, dem Einzelnen Furcht einzujagen, sondern versetzt ihn in Angst und Schrecken. Doch, näher betrachtet, sind es eigentlich nicht die Massaker an sich – diese wurden mit dem Menschen geschaffen –, sondern vielmehr die ihnen inhärente Zufälligkeit, die den Menschen terrorisieren. Der Zufall übt den Terror aus. So schreibt Malte Henk in der Zeit über das Attentat auf dem Berliner Weihnachtsmarkt am 19. Dezember 2016:



Bereits im 12. Jahrhundert berichtet Wilhelm von Tyrus von einer geheimbündischen und heimtückischen Sekte in Phönizien, deren Mitglieder, die Assassinen, ihrem Meister, dem „Alten“, bedingungslos Gehorsam schworen und in dessen Auftrag unliebsame Fürsten mit einem in Gift getränkten Dolch ermordeten © historynet.com

„Und wie viele Menschen waren in diesem Winter auf deutschen Weihnachtsmärkten? Wie viele wurden dort getötet? Es kommt mir vor, als habe der Attentäter von Berlin nicht nur den gekaperten Lkw, sondern auch die Gesetze des Zufalls als Waffe eingesetzt. Mit der winzigen Chance, dass auch du und ich gegen alle Wahrscheinlichkeit zum Terroropfer werden könnten – damit hat er in diesem Land sehr viele Menschen getroffen.“<sup>14</sup>

Der eigentliche Terror wird nicht durch die konkrete Missetat an sich ausgeübt, sondern durch die Möglichkeit bzw. Wahrscheinlichkeit, plötzlich und unerwartet, eben durch Zufall zum Opfer zu werden. Der sich auf Wahrscheinlichkeitsrechnungen vollkommen verlassende Mensch des 21. Jahrhunderts wird von seinem wissenschaftlichen Credo regelrecht verlassen, weil der unsichtbare Feind gerade die Methode anwendet, mit der jener sich vor allen Übeln zu schützen wähnt: Die Wahrscheinlichkeit bzw. Möglichkeit, Opfer eines Selbstmordattentats zu werden, kann letzten Endes nicht „berechnet“ werden.

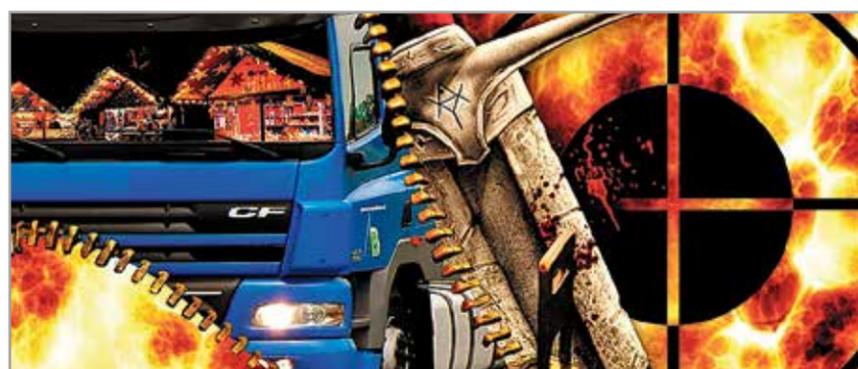
Peter R. Neumann zufolge, der im Terrorismus eine „brutale Form der psychologischen Kriegsführung“ sieht, verfolgen Anschläge das Ziel, „Stärke zu demonstrieren, Gegner einzuschüchtern, Chaos zu stiften und damit eine

Situation zu schaffen, in der ‚normales‘ Leben unmöglich wird.“<sup>15</sup> Ein „normales“ Leben führen zu können, setzt voraus, dass, wenn man gewisse Verhaltensregeln, Gesellschaftsregeln und Gesetze respektiert, man ein bestimmtes Resultat erzielt: Der Besuch eines Weihnachtsmarktes mit friedlicher Absicht und im Beisammensein gleichgesinnter Menschen suggeriert als Resultat (logische Konsequenz) Sicherheit, Freude, Gemütlichkeit – diese rationale Kausalität ist seit einigen Jahren in ihren Grundfesten zerstört worden.

Ein weiterer Aspekt ist die Unsichtbarkeit, die Nichtidentifizierbarkeit des Feindes, so dass letztlich jeder zum potentiellen Feind wird – ob ich in meinem Gegenüber einen Mitbürger oder einen Selbstmordattentäter vorfinde, bleibt dem Zufall überlassen. Er oder sie kann nicht als Mordwaffe identifiziert werden, da er oder sie keine „typischen“, erkennbaren Charakteristika aufweist. So schickt vor allem die afrikanisch-islamistische Terrororganisation Boko Haram Frauen und Mädchen als Selbstmordattentäterinnen in den Tod. In dem Artikel *Zahl weiblicher Selbstmordattentäter ist auf Höchststand* erklärt Aviad Mendelboim, Verfasser einer Studie des israelischen Institute of National Security Studies, die Beweggründe: Frauen entsprechen nicht dem stigmatisierten Bild des Bösen, die Terrorgruppe profitiere ferner von der gesellschaftlichen Unschuldsumvermutung der Frau und deren Auftreten, letzten Endes sei das Bild des weiblichen terroristischen Potentials im gesellschaftlichen Bewusstsein noch nicht angekommen.<sup>16</sup> Die Autorin des Artikels schickt im Untertitel voraus: „Für den Westen bedeutet dies [d.i. die hohe Zahl an Selbstmordattentäterinnen, C. H.], dass man sich von konservativen Vorstellungen verabschieden muss.“<sup>17</sup> Auch dieses Phänomen beweist, inwiefern die rationalen Sicherheiten, hier die Auffassung von menschlichem Verhalten, infrage gestellt werden: Dass eine Frau oder gar ein Kind zu solchen Grausamkeiten fähig ist, widerspricht dem *common sense*, der Logik und den anerkannten Regeln. Auf unsere auf gewissen rationalen Prinzipien gründende Weltanschauung ist kein Verlass mehr. Der Feind bleibt dahingehend unsichtbar, dass er nicht mehr identifizierbar und per Deduktion enttarnt werden kann. Schwinden diese Sicherheiten, herrscht der Zufall.

Interessant ist letztlich ein kurzer Exkurs in die Schöpfungsgeschichte, der zufolge das Verderben des Menschen in der Erkenntnis liegt. Erfreuten sich Adam und Eva im Garten Eden einer harmonischen Existenz dadurch, dass sie ihr Leben ohne das Wissen um die Kategorien Gut und Böse fristeten, so wurden sie im Augenblick der erwachenden Rationalität jäh aus dem Paradies gejagt. Der unsichtbare Selbstmordattentäter, der (aus der Perspektive der Opfer) „zufällig“ zuschlägt, hat die Gesellschaft zum Teil in einen Zustand versetzt, in der wiederum das Böse nicht mehr vom Guten zu unterscheiden ist – der biblische Zustand der Unschuld hat sich in der Zwischenzeit zu einem angsteinflößenden Zustand des Terrors entwickelt: eine Anti-Genesis.

Claude Heiser



Attentat auf dem Berliner Weihnachtsmarkt am 19. Dezember 2016 © pixabay.com



Die afrikanisch-islamistische Terrororganisation Boko Haram schickt vor allem Frauen und Mädchen als Selbstmordattentäterinnen in den Tod. © cameroun24.net

In der nächsten Ausgabe widmet sich der zweite Teil einem weiteren Übel, das neben dem Terrorismus unsere Gesellschaft seit den letzten Monaten heimsucht, und zwar der COVID-19-Pandemie, deren Angstpotential auf ähnlichen Ursachen gründet wie das des Dschihadismus: Zum einen kennzeichnet sich die Pandemie durch die prinzipielle Wahllosigkeit ihrer Opfer, zum anderen schüchert dieser Feind seine potentiellen Opfer noch „deutlicher“ mit seiner Unsichtbarkeit und Anonymität ein.

<sup>1</sup> Friedrich Dürrenmatt: Sätze über das Theater, in: Ders.: Werkausgabe in siebenunddreißig Bänden, Bd. 30: Theater. Essays, Gedichte und Reden, Zürich 1998, S. 208f.

<sup>2</sup> Friedrich Nietzsche: Die fröhliche Wissenschaft, in: Ders.: Werke in drei Bänden (Bd. 2), S. 157.

<sup>3</sup> Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.): Enzyklopädie Philosophie. In drei Bänden mit einer CD-Rom. Unter Mitwirkung von Dagmar Borchers, Arnim Regenbogen, Volker Schürmann und Pirmin Stekeler-Weithofer, Hamburg 2010, s. v. „Zufall“, S. 3113.

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> Vgl. Andreas Hetzel: Dialektik der Aufklärung, in: Adorno-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, hrsg. v. Richard Klein, Johann Kreuzer u. Stefan Müller-Doohm, Stuttgart 2011, S. 390.

<sup>6</sup> Max Horkheimer / Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, in: Theodor W. Adorno: Gesammelte Schriften, hrsg. v. Rolf Tiedemann unter Mitwirkung v. Gretel Adorno, Susan Buck-Morss u. Klaus Schultz (Bd. 3), Darmstadt 1998, S. 29.

<sup>7</sup> Ebd., S. 28.

<sup>8</sup> Friedrich Dürrenmatt: 21 Punkte zu den Physikern, in: Ders.: Werkausgabe in siebenunddreißig Bänden, Bd. 7: Die Physiker. Eine Komödie in zwei Akten. Neufassung 1980, Zürich 1998, S. 91.

<sup>9</sup> Sigmund Freud: Hemmung, Symptom und Angst, in: Ders.: Gesammelte Werke. Chronologisch geordnet. Unter Mitwirkung von Marie Bonaparte, Prinzessin Georg von Griechenland, hrsg. v. Anna Freud, u. a., Bd. 14: Werke aus den Jahren 1925-1931, Frankfurt a. M. 1999, S. 197f.

<sup>10</sup> Sandkühler: Enzyklopädie Philosophie, s. v. „Angst/Furcht“, S. 98.

<sup>11</sup> Ebd.

<sup>12</sup> Martin Heidegger: Sein und Zeit, Tübingen 182001, S. 187.

<sup>13</sup> Wilhelm von Tyrus: Historia rerum in partibus transmarinis gestarum, liber XX, capitulum XXIX, in: Recueil des historiens des croisades. Historiens occidentaux, Bd. 1 (1844), S. 995-996, zit. n. Heinz Halm: Kalifen und Assassinen. Ägypten und der Vordere Orient zur Zeit der ersten Kreuzzüge 1074-1171, München 2014, S. 226-227. H. v. m.

<sup>14</sup> Malte Henk: Unberechenbarkeit. Alles Zufall?, in: Zeit online (12.1.2017), zuletzt eingesehen am 14.6.2020.

<sup>15</sup> Peter R. Neumann: Der Terror ist unter uns. Dschihadismus und Radikalisierung in Europa, Berlin 2016, S. 20.

<sup>16</sup> Joëlle Weil: Zahl weiblicher Selbstmordattentäter ist auf Höchststand, in: Luzerner Zeitung (25.2.2018).

<sup>17</sup> Ebd.

Viandes fraîches  
Gibier - Volaille  
Charcuteries  
Salaisons

**AWIETOR**

VIANDES EN GROS

[www.wietor.lu](http://www.wietor.lu)

19A, rue de Haller  
L-6312 Beaufort  
Tél : 83 64 85-1  
Fax : 86 90 87  
e-mail : [wietor@internet.lu](mailto:wietor@internet.lu)



## Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire et secondaire technique luxembourgeois

Inscription et informations (**Attention: nouvelles heures d'ouverture!**)

mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30

mercredi: de 14h30 à 16h30

jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 [afas@cgfp.lu](mailto:afas@cgfp.lu)  
[http://www.cgfp.lu/cgfp\\_services](http://www.cgfp.lu/cgfp_services)

**AFAS CGFP**  
Association de Formation et d'Appui scolaires a.s.b.l.

# Metalica Home



Bioklimatische Pergola



Terrassendach und Glashaus

**SONDER-  
ANGEBOTE  
JETZT!**

**Wir stehen zu Ihrer Verfügung, um mit Ihnen zusammen  
Ihre zukünftige Pergola zu planen!**

### SHOWROOM

Montag bis Freitag: 9-18 Uhr | Samstag: 9-16.30 Uhr

Tel.: 55 21 56 1 oder 55 21 56 555

Email: [info@metalica.lu](mailto:info@metalica.lu)

**M** METALICA Home

[www.metalica.lu](http://www.metalica.lu)



# Incidence d'une maladie de longue durée pour l'agent de l'État

*Cet article fait suite à celui publié dans le numéro 260 et portant sur les incapacités de travail de courte durée de l'agent de l'État. Il a pour but de présenter un aperçu succinct et général de la procédure standard en cas de maladie de longue durée de l'agent de l'État.*

Une maladie de longue durée peut mener à divers questionnements dans la vie de l'agent. À côté des considérations de santé et d'ordre personnel, s'ajoutent des inquiétudes dues à l'incidence d'une absence prolongée ou répétée pour raisons de santé sur son avenir professionnel au sein de l'État.

Bien que le chef d'administration puisse entamer une procédure de contrôle par le biais du médecin de contrôle à tout moment (y compris dès le premier jour d'absence pour cause de maladie), c'est à partir de 6 mois d'absence que la maladie de longue durée de l'agent peut avoir des répercussions non négligeables sur son environnement de travail.

Cette période de 6 mois est déterminée en prenant en compte tous les jours d'absence pour cause de maladie, consécutifs ou non, au cours d'une période de 12 mois, y compris les journées partielles. Il est donc impératif de garder à l'esprit que cette période de référence diffère de celle du secteur privé, qui est à présent de 78 semaines.

Les potentielles conséquences pour l'agent, absent pour cause de maladie de longue durée ou répétée, varient en fonction de son statut étatique.

Si un employé de l'État est absent de façon prolongée ou répétée pour raisons de santé, le ministre du ressort ou le ministre de la Fonction publique saisit la Caisse nationale d'assurance pension (CNAP) pour qu'elle se prononce sur l'invalidité professionnelle de l'employé.

Selon son état de santé, l'employé de l'État pourra soit :

- être mis en pension d'invalidité ;
- être reclassé (en interne ou en externe) ;
- voir son contrat de travail résilié.

Le fonctionnaire absent de manière prolongée ou répétée pour raisons de santé peut être amené à se soumettre à une procédure de contrôle du médecin de contrôle, qui peut le traduire devant la Commission des pensions. Il pourra également être traduit devant cette commission sur demande de son administration ou sur sa propre demande.

Selon les cas, cette dernière pourra prendre une des décisions suivantes ; l'agent :

- est apte à travailler et doit donc réintégrer ses fonctions ;
- a droit à une pension d'invalidité ;
- se voit accorder un service à temps partiel pour raisons de santé ;
- se voit accorder un changement de fonction ou d'affectation avec ou sans changement d'administration.

## Cas des employés de l'État

Au plus tard après 4 mois d'absence pour raisons de santé, le chef d'administration de l'employé de l'État informe



ce dernier de l'approche du délai de 6 mois et le rend indirectement attentif aux conséquences qui peuvent en découler.

L'employé peut ainsi demander une prolongation supplémentaire de 3 mois de ce délai, sur base d'un rapport médical circonstancié de son médecin traitant. Ce rapport ne doit pas nécessairement détailler l'état de santé de l'employé de l'État dans les moindres détails, mais doit certifier qu'une prolongation du délai est susceptible de permettre une amélioration de l'état de santé de l'agent dans les mois à venir ou tout simplement nécessaire au vu de son état de santé.

Sur base de ce rapport médical circonstancié, le ministre du ressort ou le ministre de la Fonction publique fixe le délai de saisine de la CNAP.

Lorsque le ministre ou le ministre de la Fonction publique saisit la CNAP au terme du délai de 6 mois (voire 9 mois maximum en cas de prolongation), le Contrôle médical de la sécurité sociale est chargé d'analyser le dossier et de prendre l'une des décisions suivantes ; s'il estime que :

- l'employé est apte à exercer son dernier poste : le ministre du ressort ou le ministre de la Fonction publique pourra décider de résilier le contrat de travail ;
- l'employé est reconnu invalide : ce dernier pourra demander une pension d'invalidité ;
- l'employé n'est pas invalide mais incapable d'exercer son dernier poste de travail : il est envoyé devant la Commission mixte de l'ADEM.

Dans le cas où l'employé de l'État est envoyé devant la Commission mixte de l'ADEM, cette dernière pourra décider :

- un reclassement interne, auquel cas l'employé de l'État sera affecté à un autre poste au sein de son administration ;
- un reclassement externe, auquel cas le contrat de travail sera résilié automatiquement et l'employé de l'État sera inscrit à l'ADEM comme tout autre demandeur d'emploi. Il pourra bénéficier de formations, etc.

Attention ! L'admission au service de l'État est refusée aux candidats qui étaient auparavant à son service et qui ont été licenciés. Dans certains cas, l'agent pourrait solliciter une résiliation du contrat de travail de commun accord (sans aucune garantie quant au résultat), voire présenter sa démission, afin de garder la possibilité de retravailler auprès de l'État.

Les mesures exposées dans cette partie ne s'appliquent pas aux employés de l'État bénéficiant du régime de pension des fonctionnaires, à savoir les agents :

- âgés de 55 ans au moins, et/ou ;
- avec 20 ans de service à compter de l'entrée en vigueur du contrat à durée indéterminée.

Ces employés de l'État sont assimilés à des fonctionnaires en ce qui concerne les absences pour cause de maladie de longue durée ou répétée.

## Cas des fonctionnaires et employés bénéficiant du régime de pension des fonctionnaires de l'État

Le ministre du ressort ou l'administration de l'agent peut saisir le médecin de contrôle à tout moment afin de vérifier si l'agent est apte à réintégrer son poste.

L'agent doit se soumettre à l'examen du médecin de contrôle lorsqu'il y a été convoqué. S'il refuse de s'y soumettre, son dossier est directement transmis à la Commission des pensions. De plus, un tel refus est considéré comme une absence non autorisée. L'agent perd de plein droit une partie de son traitement (1/30<sup>e</sup> par journée d'absence entière ou entamée) et risque l'application de sanctions disciplinaires.

Si le médecin de contrôle estime que les absences pour cause de maladie sont justifiées, il peut prolonger le congé pour cause de maladie. L'agent restera sous son contrôle et autorité et devra se soumettre aux examens périodiques prescrits.

Si à la fin du dernier des congés accordés, et au plus tard après 6 mois à compter de la première intervention du médecin de contrôle, ce dernier estime que l'état de santé de l'agent le nécessite, le dossier est transmis à la Commission des pensions.

Dans tous les cas, l'administration a l'obligation de saisir la Commission des pensions au terme des 6 mois d'absence pour cause de maladie, afin de veiller au bien-être de l'agent.

Pour rappel, l'agent lui-même peut également saisir la Commission des pensions à tout moment (avant même l'écoulement du délai de 6 mois) s'il estime que son état de santé ne lui permet plus de remplir ses fonctions.

La Commission des pensions prend alors l'une des décisions suivantes :

- un service à temps partiel pour raisons de santé est accordé à l'agent ;
- l'agent a droit à une pension d'invalidité ;
- l'agent se voit accorder un changement de fonction ou d'affectation avec ou sans changement d'administration ;
- l'agent est apte à travailler et doit donc réintégrer ses fonctions. Dans ce cas, l'agent ne pourra plus solliciter de congés de maladie en rapport avec l'état de santé pour lequel la Commission des pensions a été saisie, sauf fait médical nouveau avéré. S'il le fait, ces congés seront assimilés à des absences non autorisées

## Références légales

Loi modifiée du 16 avril 1979 fixant le statut général des fonctionnaires de l'état

Loi modifiée du 25 mars 2015 déterminant le régime et les indemnités des employés de l'état

Loi modifiée du 3 août 1998 instituant des régimes de pension spéciaux pour les fonctionnaires de l'état et des communes ainsi que pour les agents de la Société nationale des chemins de fer luxembourgeois

Loi modifiée du 25 mars 2015 instituant un régime de pension spécial transitoire pour les fonctionnaires de l'état et des communes ainsi que pour les agents de la Société nationale des chemins de fer luxembourgeois

Béliza Mendes





# LUX VOYAGES

## Schön, wunderschön, Malediven

Ein Fleckchen Erde, welches einem die Sprache verschlägt. Umwoben von vielen Klischees und Gerüchten verstehen sich die Malediven seit jeher schon als Sehnsuchtsort zahlreicher Reisefreudigen. Direkt an weißen Sandstränden und umgeben von türkisfarbenem Wasser bietet der Robinson Club Noonu für jeden etwas: Ob barfuß im Sand in der wunderschönen Sundownerbar auf der Landzunge, entspannt im WellFit-Spa oder auf einer Tauchtour im spektakulären Noonu-Atoll, für Abwechslung ist immer gesorgt.

Lassen Sie sich und Ihre Familie verwöhnen mit All-inclusive-Angeboten sowie der Möglichkeit, sich Ihr persönliches Wunschzimmer bereits vor Reiseantritt auf dem interaktiven Lageplan auszuwählen.

**Reisepreis: ab 2.939 €\* pro Person im Doppelzimmer,** inklusive

- Flug ab/bis Frankfurt (Condor)
- 9 Nächte im Doppelzimmer mit Meerblick
- abwechslungsreiche Buffets zum Frühstück, Mittag- und Abendessen
- Langschläferfrühstück
- Auswahl an ausgewogener, gesunder und trendorientierter Küche

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer paradiesischer Traumreisen vor. Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.



**LUX VOYAGES** s.à r.l.

25-A, boulevard Royal  
L-2449 Luxembourg  
Tel.: 47 00 47 - 1  
[info@luxvoyages.lu](mailto:info@luxvoyages.lu)

\*3% CGFP-Exklusivrabatt für CGFP-Mitglieder, generell auf allen Pauschalreisen, Kreuzfahrten, Hotel- und Mietwagenreservierungen





fonction  
publique

# SPÉCIAL **Tourisme au Luxembourg**

## Le Luxembourg, une destination d'exception à redécouvrir

Même si la vie luxembourgeoise a été fortement perturbée par le Covid-19, les choses s'améliorent ! Grâce aux mesures efficaces prises par le Gouvernement, à la discipline de la population et au dévouement des personnels de santé, une vie quasiment normale reprend cours dans notre pays.

Il est possible de transformer ces prudentes restrictions en formidables opportunités. Bonne nouvelle : le temps est venu de (re)-partir à la découverte du patrimoine et des innombrables possibilités qu'offre le Grand-Duché de Luxembourg !

### D'une capitale multiculturelle...

Capitale du pays, cœur de la Grande Région, centre européen, d'affaires et de finance, la Ville de Luxembourg est un excellent point de départ. Entre tradition et modernité, elle joue harmonieusement de ses espaces

de verdure et surprend par le nombre et la qualité de ses sites touristiques, dont plusieurs monuments classés au Patrimoine mondial de l'Unesco. Bâtiments à la superbe architecture, jolies places, artères commerçantes, musées, restaurants incitant à la gastronomie ou à la gourmandise... complètent une offre étendue de promenades, activités, visites et autres expositions.

### ... À un patchwork de régions aux personnalités marquées

Quittant la Ville de Luxembourg, tout un pays s'offre au visiteur. Et encore mieux : une multitude de régions aux personnalités marquées qui font le bonheur des sportifs de tous âges (marche et randonnée, loisirs nautiques, golf, équitation, escapades à vélo ou en VTT...), de ceux qui veulent découvrir une nature préservée ou, plus simplement, de celles et ceux qui vont à la rencontre des hommes et des terroirs.

Aux portes de la capitale, au centre et à l'ouest du pays, le Guttland s'offre comme un paysage de carte postale fait de villages charmants, de domaines ruraux joliment restaurés ou de mystérieux châteaux et forteresses. Vers Ettelbruck, Vianden ou Diekirch, les Ardennes alternent les vallées aux pentes raides, les châteaux médiévaux et de superbes parcs naturels. Dans le Sud du pays, la région des Terres Rouges met en valeur le passé industriel du pays. Plus loin, la Moselle luxembourgeoise est un fleuron naturel et viticole, riche de coteaux et de vignobles pentus. Une région propice à la visite des domaines viticoles et aux dégustations. La Petite Suisse luxembourgeoise (ou Mullerthal) enchaîne les vallons et propose un biotope surprenant composé, entre autres, de surprenantes formations rocheuses.

### L'art de vivre à la luxembourgeoise

Au fil des étapes, le visiteur peut faire halte dans de nombreux hébergements. L'offre luxembourgeoise est étendue et diversifiée, depuis la chambre d'hôte ou la pension de famille jusqu'aux hôtels de prestige. Pour compléter agréablement le tout, le Luxembourg se positionne aussi comme une terre de gastronomie, avec des établissements pour tous les budgets, tous les goûts et toutes les envies.

Pour découvrir tout cela, le temps d'un week-end d'exception ou d'un harmonieux séjour, nombreuses sont les offres et les arrangements forfaitaires proposés toute l'année en ligne sur [www.visitluxembourg.com](http://www.visitluxembourg.com)

### TOURS GUIDÉS OFFICIELS

PASSEZ VOS VACANCES DANS VOTRE RÉGION ET DÉCOUVREZ LA VILLE DE LUXEMBOURG AVEC LE LUXEMBOURG CITY TOURIST OFFICE

#VAKANZDOHEEM

**luxembourg**  
ma ville · my city · meng stad



#### TOURS GUIDÉS RÉGULIERS

- City Promenade
  - Circuit Wenzel
  - Palais grand-ducal (en été)
- Consultez notre site web pour les tours guidés saisonniers !

**Tarifs :**  
14-18 € : adultes  
12-15 € : étudiants et seniors  
7-9 € : enfants de 4 à 12 ans  
Gratuit : pour les enfants de moins de 4 ans

#### TOURS GUIDÉS PRIVÉS

30 circuits thématiques en plusieurs langues !

**Tarifs :**  
110 € : 2 heures et jusqu'à 19 participants  
+ 40 € : par heure supplémentaire entamée

Contactez-nous pour plus d'informations :  
Tél. : (+352) 22 28 09-79 · [guides@lcto.lu](mailto:guides@lcto.lu)

**luxembourg**  
city tourist office

30, Place Guillaume II · L-1648 Luxembourg · Tél. : (+352) 22 28 09 · [touristinfo@lcto.lu](mailto:touristinfo@lcto.lu) · [luxembourg-city.com](http://luxembourg-city.com)





# Ales nei entdecken

Nees Kand sinn, staunen:  
Lieft Äert perséinlecht Erleefnes virun der Hausdier.

*Lëtzebuerg,  
dat ass Vakanz!*

ampersand studio  Renata Lusso

  
**VISIT  
LUXEMBOURG**

 Schlass Useldeng

Weider Iddie fir  
inspiréierend Erleefnesser  
fannt Dir

[www.100thingstodo.lu](http://www.100thingstodo.lu)



LE GOUVERNEMENT  
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG  
Ministère de l'Économie

Direction générale du tourisme

SPÉCIAL **Tourisme au  
Luxembourg****Nach der Ausgangssperre sind nun wieder  
Stadtführungen buchbar**

Nachdem während einigen Wochen eine Ausgangssperre galt, organisiert das „Luxembourg City Tourist Office“ (LCTO) seit dem 14. Juli wieder seine bekannten Führungen durch die gesamte Hauptstadt. Hierbei gelten natürlich sämtliche sanitären Empfehlungen der Regierung und der nationalen Sicherheitsbehörden. Es werden sowohl regelmäßige Gruppenführungen als auch private Besichtigungen auf Nachfrage angeboten. Der Start erfolgt jedes Mal auf der Place Guillaume II.

**Die privaten Stadtführungen**

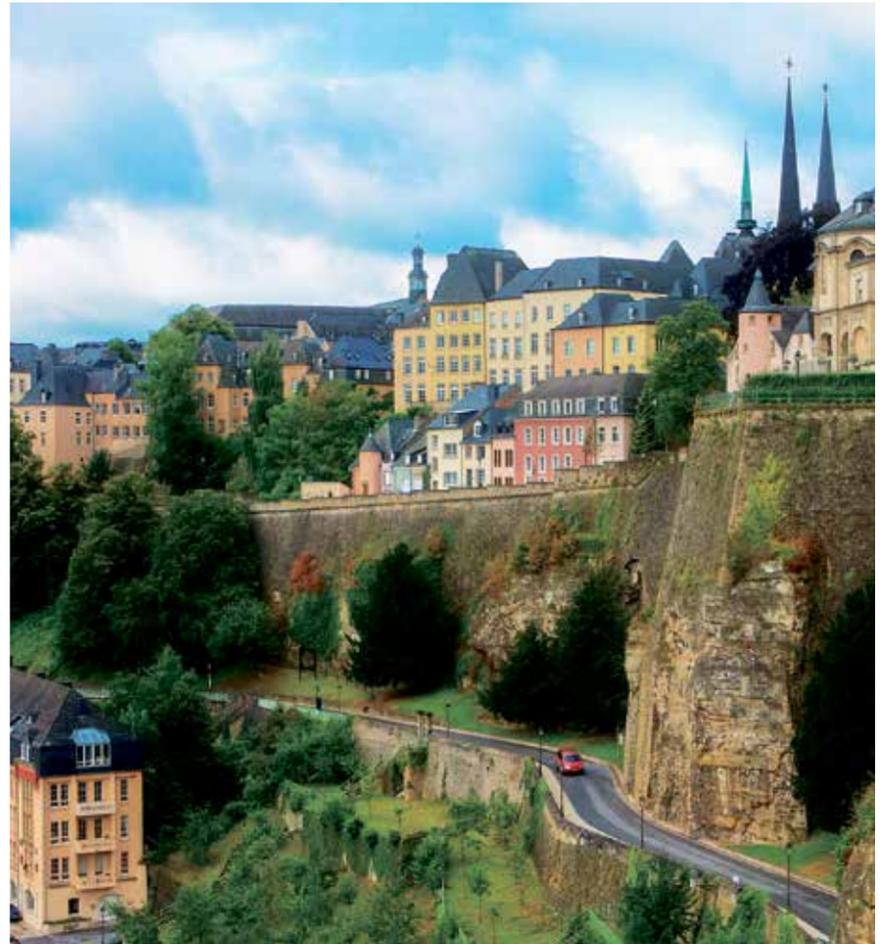
Das LCTO bietet sämtlichen Touristen und Einwohnern Touren an (bis zu 19 Personen), sodass jeder die Möglichkeit hat, unsere Hauptstadt in aller Ruhe mit der Familie oder Freunden zu erkunden. Hier steht dann ein privater Reiseführer zur Verfügung, der sämtliche Informationen über die einzelnen Orte angibt. Zudem werden die Führungen in zahlreichen Sprachen angeboten. Sowohl die Hauptsehenswürdigkeiten als auch einzelne Geheimtipps stehen auf dem Programm.

Buchen kann man diese Führungen ab sofort per Telefon (+352) 22 28 09 - 79, per Email [guides@lcto.lu](mailto:guides@lcto.lu) oder unter [luxembourg-city.com](http://luxembourg-city.com)

**Die regelmäßigen  
Gruppenführungen**

- Die City Promenade, die täglich angeboten wird, ist die perfekte Stadtführung, um sich während des Aufenthaltes in unserer Hauptstadt mit den Hauptsehenswürdigkeiten der Stadt Luxemburg vertraut zu machen. In Begleitung eines erfahrenen Reiseführers können zahlreiche Geheimnisse der luxemburgischen Hauptstadt entdeckt werden. Hierzu noch ein kleiner Tipp: Die City Promenade ist im Rahmen einer privaten Stadtführung auch in der Abenddämmerung möglich! Diese bietet ein besonderes Flair.

- Der Wenzel-Rundgang, welcher jeden Samstag angeboten wird, führt die Teilnehmer durch die 1000-jährige Geschichte der Stadt Luxemburg. Seinen Namen erhielt er in Erinnerung an Wenzel II., Herzog von

**Guided Summer Tours 2020** 20/07 - 29/08

Kostenlose Teilnahme, Anmeldung & das ganze Programm unter:  
Participation gratuite, inscription & le programme complet sur : [www.visitguttland.lu](http://www.visitguttland.lu)



Ansembourg



Haut-Martelange



Uebersyren



Mersch



Useldange



Hivange, Rébiers



Nospelt



Goebange

Unter dem Motto „Lëtzebuerg, dat ass Vakanz“ hat der regionale Tourismusverband Zentrum/Westen ein vielfältiges Angebot für den perfekten Urlaub in Luxembourg erstellt. **GUTTLAND EXPERIENCES** beinhaltet Tagesausflüge, Pauschalangebote, geführte Sommerbesichtigungen und noch vieles mehr! Mehr Informationen unter : [www.visitguttland.lu/guttland-experiences](http://www.visitguttland.lu/guttland-experiences)

L'Office régional du Tourisme Centre/Ouest vous propose sous la thématique de « Lëtzebuerg, dat ass Vakanz » un programme diversifié pour un séjour parfait au Luxembourg. **GUTTLAND EXPERIENCES** contient des découvertes à la journée, des offres forfaitaires, des visites guidées estivales et beaucoup plus ! Plus d'informations sur : [www.visitguttland.lu/guttland-experiences](http://www.visitguttland.lu/guttland-experiences)

① Für weitere Informationen zur Region, bitte kontaktieren Sie uns:  
Pour plus d'information sur notre région, veuillez nous contacter :

OFFICE RÉGIONAL DU TOURISME CENTRE/OUEST LUXEMBOURG  
B.P. 150 / L-7502 Mersch / Tel. +352 28 22 78 62 / [info@visitguttland.lu](mailto:info@visitguttland.lu) / [www.visitguttland.lu](http://www.visitguttland.lu)

Visit  
Guttland

## SPÉCIAL **Tourisme au Luxembourg**

Luxemburg von 1383 bis 1419. Bei dieser Promenade können die Besucher auf den Spuren Wenzels wandern und die Ursprünge der einstigen Festungsstadt entdecken. Die Tickets sind ab dem 8. Juli 2020 unter [luxembourg-city.com](http://luxembourg-city.com) und im Informationsbüro des LCTO (30, Place Guillaume II) erhältlich.

Das LCTO zählt auf das vollste Verständnis und die Mithilfe von allen künftigen Teilnehmern, um den

bestmöglichen Empfang garantieren zu können. Auch erinnert das LCTO erneut an die gesellschaftliche Verantwortung und Solidarität und zählt darauf, dass jeder einzelne Besucher sich an den gegebenen Mindestabstand sowie an die Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen der Regierung und der Stadt Luxemburg hält.

**Weitere Infos:**  
[www.luxembourg-city.com](http://www.luxembourg-city.com)  
**Tel.: (+352) 22 28 09**



### Die neuen Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen

Um die Sicherheit der Kunden, der Reiseführer und der Mitarbeiter zu gewährleisten, wurden folgende Schutzmaßnahmen ergriffen:

- Stadtführungen werden derzeit nur zu Fuß und unter freiem Himmel angeboten.
- Die Gruppen sind streng auf 19 Personen und einen „Guide“ begrenzt. Eine größere Anzahl an Teilnehmer muss demnach in mehrere Gruppen aufgeteilt werden.

- Wie an vielen Orten, gilt auch bei den Besichtigungen für sämtliche Teilnehmer die Pflicht einen Nasen-Mund-Schutz zu tragen, auch wenn die zwischenmenschliche Distanz von zwei Metern eingehalten wird. Nur Kinder unter sechs Jahren unterliegen dieser Pflicht nicht.
- Die Abstandsregeln müssen eingehalten werden.
- Sämtliche Führungen starten vor dem Informationsbüro des LCTO (30, Place Guillaume II) im Stadtzentrum.



Bech-Maacher  
[musee-possen.lu](http://musee-possen.lu)  
**+352 23 69 73 53**  
Kultur a Geschicht aus der Region

## Action bon d'hébergement

Dans le cadre de la relance du secteur touristique, la Direction générale du tourisme du Ministère de l'Economie a émis début juillet un bon d'hébergement d'une valeur de 50 €. Le bon est destiné aux résidents du Grand-Duché et aux travailleurs frontaliers et il est valable jusqu'au 31 décembre 2020 dans les structures d'hébergement au Luxembourg qui participent à l'action. En outre, le bon peut également être utilisé lors du paiement d'un voyage à forfait, sous condition que ce voyage inclut au moins une nuitée dans un établissement d'hébergement participant à l'action.

En parallèle avec les bons d'hébergement, la Direction générale du tourisme lance une campagne de publicité visant à promouvoir le tourisme à l'intérieur du pays en invitant les résidents du Grand-Duché et de la Grande Région à découvrir des lieux insolites et de faire des expériences hors du commun.

La campagne est accompagnée d'une chasse au trésor à travers les différentes régions du pays ainsi que d'un concours photo avec de nombreux prix à gagner.

Retrouvez toutes les informations sur [www.100thingstodo.lu](http://www.100thingstodo.lu)



D'Equipe vum Hotel\*\*\* & Restaurant **AUX TANNERIES DE WILTZ** ass frou, Eech kënnen matzedeelen dat de Betrib op ass.

D'Krisensituatioun huet fir eis och **Changementer** mat sich bruecht. Fir eis war et d'Geleeënheet eis **nei a méi fräsch** opzestellen. Mat enger **neier Equipe** an enger **neier Direktioun** se mer prett fir deen Challenge unzegoen.

Eis nei Kichenequipe proposéiert fräsch, saisonal a regional Produkter. Dofir wiere mer frou, Eech rëm an den Tannerien begrëssen ze kënnen. **Mer proposéiere Eech fir de ganze Mount Juli eng Begrëssungskippchen** op eiser Terrasse laascht d'Wooltz oder an eisem verwëllefte Restaurant aus dem 18ten Joerhonnert.

Am Zentrum vun de Lëtzebuerger Ardennen empfaangen mir Eech an engem convivialen Kader. Kommt bis laascht fir een confortabele Sejour an der **Natur**, oder fir een kuerzen **kulinäreschen Besuch**.

Fir Äre Confort an Är Sécherheet ass gesuergt. All d'Virschreffe vun „**Save to Serve**“ gi bei eis respektéiert.

Eise Restaurant ass **op vun 18:00 bis 21:00** Auer, ausser Dënsdes a Mëttwochs.

Kuckt och op eis nei Homepage:  
[www.auxtanneriedewiltz.com](http://www.auxtanneriedewiltz.com)

**Aux Tanneries de Wiltz**  
HOTEL\*\*\* & RESTAURANT

14-18, Am Bongert • L-9550 Wiltz  
Grand-Duché de Luxembourg

Tel +352 95 75 99  
Fax +352 95 75 95

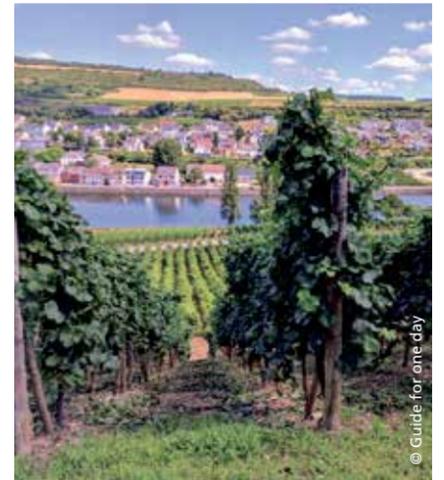
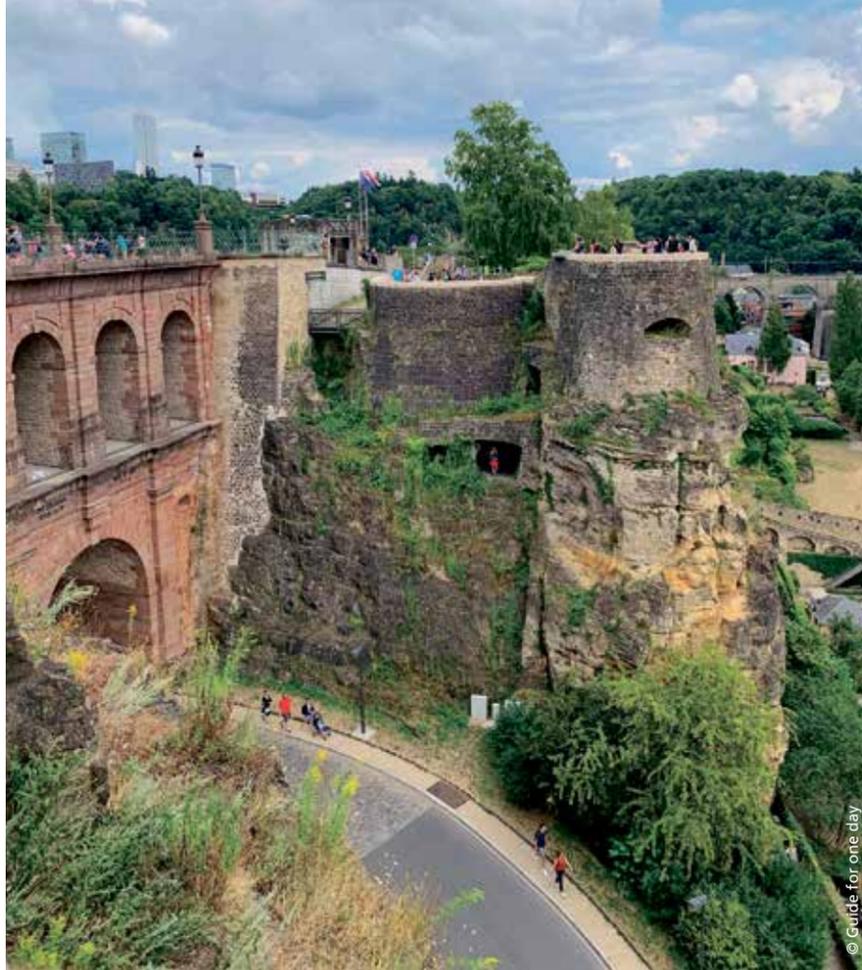
[info@auxtanneriedewiltz.com](mailto:info@auxtanneriedewiltz.com)  
[www.auxtanneriedewiltz.com](http://www.auxtanneriedewiltz.com)

SPÉCIAL **Tourisme au  
Luxembourg****Wollen Sie Luxemburg anders entdecken ?****GUIDE  
FOR ONE  
DAY**

20/07-13/09/2020

„Guide for one day“ bietet Bewohnern, die erst vor kurzem nach Luxemburg zugezogen sind, sowie allen Interessenten eine Reihe von Touren an, die originell und vor allem authentisch sind. Das Projekt bringt Menschen zusammen, die sich im Alltag nur selten begegnen.

Die freiwilligen „Guides“ bieten dabei, unabhängig von den Tourismusbüros, denen sie mit ihrer Aktion keinerlei Konkurrenz machen, Touren zu Orten an, die ihnen am Herzen liegen. Dabei entstehen einzigartige und überaus individuelle Besichtigungen.

**Château de Vianden****[www.castle-vianden.lu](http://www.castle-vianden.lu)**

Les Amis du Château de Vianden asbl b.p.26 L-9401 Vianden tél.: 834108-1  
tous les jours ouverts de 10h à 18h

# SPÉCIAL **Tourisme au Luxembourg**

„Guide for one day“ ermutigt Menschen, ihre Lieblingsorte in Luxemburg mit anderen zu teilen. Es ist demnach eine großartige Möglichkeit, neue Aspekte des Landes zu entdecken und Luxemburg auf eine andere Art und Weise zu erleben.

Nach dem grossen Erfolg der drei vergangenen Jahre findet auch in diesem Sommer, vom 20. Juli bis zum 13. September, eine neue Ausgabe statt.

**Möchten Sie an einer originellen Tour voller Authentizität teilnehmen ?**

Die Touren, die in Luxemburgisch, Englisch, Französisch oder Deutsch abgehalten werden, dauern ca. 90 Minuten und sind für maximal 10 Teilnehmer konzipiert und finden im Respekt der sanitären Empfehlungen statt. Sie decken ein breites Spektrum an Themen aus den Bereichen Lokales, Geschichte, Cafés, Freizeit, Shopping und Sport ab. Neu in diesem Jahr: Virtuelle Touren.

**Buchen Sie jetzt Ihre Tour auf [www.guideforoneday.lu](http://www.guideforoneday.lu)**

**f** [guideforoneday](https://www.facebook.com/guideforoneday)



## EXPLOREZ LE LUXEMBOURG AVEC LES CFL

Profitez des forfaits attrayants\* de  
**CFL** evasion

\*Possibilité de faire valoir votre bon d'hébergement de 50€.

Plus d'informations:  
[www.cflevasion.lu](http://www.cflevasion.lu)  
OU  
☎ 4990 4845

**CFL MOBILE**

[www.cfl.lu](http://www.cfl.lu) | Call Center +352 2489 2489

Är  
Restaurants,  
Caféen & Hoteller  
hunn erëm op!

#KommtBeiEis

SAFE TO SERVE  
HORESCA

[horesca.lu](http://horesca.lu)

**HOTEL**

Moiien

**RESTAURANT**

Gudden Appetit

**CAFÉ**

Cheers

**Nous sommes de nouveau ouverts ! #VenezChezNous**      **We are open again! #JoinUs**

LE GOUVERNEMENT  
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG  
Ministère de l'Économie  
Direction générale des classes moyennes

LE GOUVERNEMENT  
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG  
Ministère de l'Économie  
Direction générale du tourisme



## Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW-Berater darüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.

BHW Bausparkasse  
Niederlassung Luxemburg  
16, rue Erasme  
L-1468 Luxembourg Kirchberg  
[www.bhw.lu](http://www.bhw.lu)

**BHW**   
Gemeinsam für Ihr Zuhause